

Abgeordnetenhaus **BERLIN**

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Beschlussprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Arbeit und Soziales

58. Sitzung
16. Oktober 2025

Beginn: 09.00 Uhr
Schluss: 12.21 Uhr
Vorsitz: Herr Abg. Lars Düsterhöft (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Senat wird vertreten durch Frau Senatorin Kiziltepe (ASGIVA), Frau Staatssekretärin Klapp (SenASGIVA) und Herrn Staatssekretär Bozkurt (SenASGIVA).

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Sitzung live auf der Website des Abgeordnetenhauses übertragen (Bild und Ton) und eine Aufnahme nachträglich auf der Website der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt wird.

Der Vorsitzende gestattet den Medienvertreterinnen und -vertretern die Anfertigung von Bild- und Tonaufnahmen nach Artikel 44 Absatz 1, Satz 2 der Verfassung von Berlin in Verbindung mit § 4 Abs. 3 und Abs. 2, Satz 2 der Hausordnung der Präsidentin vom 17. März 2023.

Dem Ausschuss liegt die Einladung mit Tagesordnung vom 6. Oktober 2025 vor.

Der Vorsitzende stellt fest, dass sich der Ausschuss darauf verständigt hat, aufgrund der Haushaltsberatungen in der heutigen Sitzung auf die ständigen Tagesordnungspunkte „Aktuelle Viertelstunde“ und „Bericht aus der Senatsverwaltung“ zu verzichten.

Punkt 1 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/2627

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans
von Berlin für die Haushaltsjahre 2026 und 2027
(Haushaltsgesetz 2026/2027 – HG 26/27)**

[0280](#)
ArbSoz
Haupt(f)

**Hier: Einzelplan 11 – Kapitel 1100, 1109, 1140 bis
1167 sowie Einzelplan 27 – Kapitel 2711 –
Aufwendungen der Bezirke – Arbeit, Soziales,
Gleichstellung, Integration, Vielfalt und
Antidiskriminierung – alle Titel mit Bezug zu
Arbeit und Soziales**

– 2. Lesung –

In die Beratung wird einbezogen:

– Bericht SenASGIVA

[0280-1](#)
ArbSoz

**Sammelvorlage vom 02.10.2025
Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans
von Berlin für die Haushaltsjahre 2026 und 2027**

**hier: Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Ausschusses für Arbeit und Soziales
vom 18.09.2025**

– Vertraulicher Bericht Nr. 42 SenASGIVA
vom 02.10.2025

An die Mitglieder des Ausschusses für Arbeit und Soziales sowie die Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung wurde vorab eine Synopse verteilt, in der sämtliche in der 1. Lesung beschlossenen Berichtsaufträge bzw. zurückgestellten Titel, die eingegangenen Berichte der Senatsverwaltung sowie die zur 2. Lesung eingereichten Änderungsanträge aller Fraktionen aufgeführt sind. Die Synopse liegt in der Sitzung auch als Tischvorlage vor.

Im Rahmen der Generalaussprache nehmen in folgender Reihenfolge Stellung:

- Herr Abg. Kurt (GRÜNE),
- Frau Abg. Wahlen (GÜNE)
- Herr Abg. Wapler (GRÜNE),
- Herr Abg. Wohlert (CDU),
- Herr Abg. Prof. Dr. Pätzold (CDU),
- Frau Abg. Schubert (LINKE),
- Herr Abg. Valgolio (LINKE)

- Herr Abg. Düsterhöft (SPD),
- Herr Abg. Meyer (SPD),
- Frau Abg. Auricht (AfD).

Im Rahmen der Einzelplanberatung nehmen zu den Fragen und Berichtsanträgen der Fraktionen Stellung und beantworten Fragen der Ausschussmitglieder:

- Frau Senatorin Kiziltepe (ASGIVA),
- Herr Staatssekretär Bozkurt (SenASGIVA),
- Frau Staatssekretärin Klapp (SenASGIVA),
- Herr Herting (SenASGIVA),
- Herr Delius (SenASGIVA),
- Frau Zauner (SenASGIVA),
- Herr Straßmeir (Präsident des LAGeSo).

Im Anschluss an die Einzelberatung – deren Ergebnisse der Anlage zu entnehmen sind – stellt der Vorsitzende fest, dass die in der 1. Lesung beschlossenen Berichtsaufträge mit den von der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung vorgelegten Berichten sowie den in der Sitzung erfolgten mündlichen Erläuterungen erledigt sind.

Hiernach beschließt der Ausschuss in der Schlussabstimmung wie folgt:

- Dem Hauptausschuss wird die Annahme des Einzelplans 11 Kapitel 1100, 1109, 1140 bis 1167 mit den beschlossenen Änderungen (siehe Anlage) empfohlen
(mehrheitlich mit CDU und SPD gegen GRÜNE, LINKE und AfD)
- Dem Hauptausschuss wird die Annahme des Einzelplans 27 Kapitel 2711, mit der beschlossenen Änderung (siehe Anlage) empfohlen
(mehrheitlich mit CDU und SPD gegen GRÜNE, LINKE und AfD)

Es ergeht eine entsprechende Stellungnahme an den federführenden Hauptausschuss.

Punkt 2 der Tagesordnung

Verschiedenes

Die nächste (59.) Sitzung findet am Donnerstag, dem 13. November 2025, 9.00 Uhr im Plenarsaal statt.

Der Vorsitzende

Die Schriftführerin

Lars Düsterhöft

Lisa Knack

Synopse zur 2. Lesung des Ausschusses für Arbeit und Soziales zum Entwurf des Haushaltsgesetzes 2026/2027
Einzelplan 11 Kapitel 1100 und 1109, 1140 bis 1167 sowie
Einzelplan 27 Kapitel 2711 – alle Titel mit Bezug zu Arbeit und Soziales

– Fragen der Fraktionen, Berichte der Senatsverwaltung, Änderungsanträge der Fraktionen samt Abstimmungsergebnissen –

[Hinweis: Alle verzeichneten Ansätze verstehen sich in EURO.]

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
Einzelplan 11 – Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung							
Kapitelübergreifende Berichtsanträge							
1.			über- greifend		Landesorganisationsgesetz (LOG) LOG – Aufgabensortierung: Bitte um einen Bericht zum Stand der Aufgabenerhebung und -neuordnung für die Politik und Querschnittsfelder des Einzelplanes: • Wie viele Aufgaben wurden insgesamt erhoben? (bitte für die jeweiligen Politik- und ggf. Querschnittsfelder angeben) • Bitte um Darstellung der Handlungsfelder (bitte für die jeweiligen Politik- und ggf. Querschnittsfelder angeben) • Wie viele sogenannte Klärungsfälle sind noch offen? (bitte um eine Übersicht der zugrunde liegenden Aufgaben) • Bitte um die zwei wichtigsten Aufgaben die im Rahmen der potentialorientierten Aufgabenkritik auf der Agenda stehen; jeweils bitte kurz begründen und das Potential einer Neuordnung darstellen!	GRÜNE	Bericht Nr. 1
2.			über- greifend		Masterplan zur Bekämpfung von Wohnungslosigkeit Wie ist der Stand der Umsetzung des Zieles, die Wohnungslosigkeit bis 2030 zu beenden oder zumindest massiv zu reduzieren? Gibt es Mittel zur Konkretisierung des Vorhabens?	GRÜNE	Bericht Nr. 2

Lfd. Nr.		Seite HH- Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Bemerkungen
					keit sowie Leitlinien der Wohnungslosen- politik / Strategiekonferenz	Welche Mittel sind geplant, um Maßnahmen zur Prävention von Wohnungslosigkeit zu verbessern? Gibt es eine Zielvereinbarung zwischen Land und Bezirken? Welche Planungen gibt es für die Fortsetzung der Strategiekonferenzen?		
3.			über- greifend		GStU Prozess	Welche Mittel sind eingeplant, um den Prozess der gesamtstädtischen Steuerung der Unterbringung weiter zu entwickeln oder gar zu finalisieren? Bitte titelscharf nachweisen und den Zeitplan darstellen.	GRÜNE	Teilfrage 1: nach Aussprache erledigt (s. Inhaltsprotokoll 19/56) Teilfrage 2: (Titelschärfe und Zeitplan) Bericht Nr. 3
4.			über- greifend		Reform der Hilfen nach § 67 SGB XII ff.	Welche Mittel stehen für die Reform der Hilfen nach § 67 SGB XII ff. zur Verfügung? Wie sieht hier der Zeitplan aus?	GRÜNE	Bericht Nr. 4
5.			über- greifend		Projekte für obdachlose Menschen	Wo sind die Mittel für im Koalitionsvertrag festgelegte explizite Projekte verortet? Bitte listen Sie alle geplanten Projekte auf und den Stand der Planung/Realisierung.	GRÜNE	Bericht Nr. 5
6.			über- greifend EP 11+27		Verbesserung der Situation der Sozialämter	Welche Mittel werden zur Verbesserung der Situation der Berliner Sozialämter eingesetzt? Welche Maßnahmen sind hier konkret geplant? Bitte tabellarische Auflistung der Maßnahme, Titel in dem diese etatisiert ist und Höhe der etatisierten Mittel für diese Maßnahmen.	GRÜNE	Bericht Nr. 6

Lfd. Nr.		Seite HH- Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Bemerkungen
7.			über- greifend		Digitalisierung soziale Wohnhilfen	Welche Mittel werden für die Digitalisierung der sozialen Wohnhilfen der Bezirke aufgewendet? In welchem Zeitrahmen findet die Umstellung auf die E-Akte statt?	GRÜNE	Bericht Nr. 7
8.			über- greifend		Suchthilfe und Obdachlose	Welche Projekte werden finanziert für suchtmittelabhängige wohnungs- bzw. obdachlose Menschen. Gehen Sie dabei auch insb. auf die Orte rund um den Görlitzer Park / Kottbusser Tor / Leopoldplatz ein.	GRÜNE	Bericht Nr. 8
9.			über- greifend		Koalitionsvertrag / Richtlinien der Regierungspolitik	Welche Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag und den Richtlinien der Regierungspolitik für den Bereich der Senatsverwaltung für Soziales wurden im Haushalt etatisiert und welche nicht?	GRÜNE	Bericht Nr. 9
10.			über- greifend		Klima-Berufe	Welche konkreten CO2-Einsparungen durch explizite Ausbildungs- und Arbeitsförderungs-Maßnahmen im Bereich der klima- und umweltrelevanten Berufe will der Senat erzielen? Hält er diese Ziele angesichts der fortschreitenden globalen Erwärmung und ihrer schädlichen Folgen für ausreichend?	GRÜNE	<i>Nach Aussprache erledigt (s. Inhalts- protokoll 19/56)</i>
11.			über- greifend		Modellprojekt 4- Tage Woche	Wo findet sich das Modellprojekt „4-Tage Woche“ und wie viele Mittel sind dafür vorgesehen?	GRÜNE	<i>Nach Aussprache erledigt (s. Inhalts- protokoll 19/56)</i>
12.			über- greifend		Azubiwerk	Welche Mittel sind an welcher Stelle für das geplante Azubiwerk eingeplant? Gehen Sie bitte insbesondere auf Investitionsmittel ein.	GRÜNE	<i>Nach Aussprache erledigt (s. Inhalts- protokoll 19/56)</i>
13.			über- greifend		Sozialunternehmen	Welche Mittel sind für das von der Senatsverwaltung ASGIVA groß angekündigte „Sozialunternehmen“ eingeplant?	GRÜNE	<i>Nach Aussprache erledigt (s. Inhalts- protokoll 19/56)</i>

Lfd. Nr.		Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Bemerkungen
14.			über-greifend		Landesdemokratie-fördergesetz	Laut Koalitionsvertrag, will die Koalition "im Dialog mit zivilgesellschaftlichen Akteuren" ein Landesdemokratiefördergesetz erarbeiten: Sind für diesen Prozess im Einzelplan 11 Mittel eingestellt? Wenn ja wo und in welcher Höhe? Wenn nein: Warum nicht?	GRÜNE	Bericht Nr. 10
15.			über-greifend		Härtefallfonds Energieschulden	Ist eine Fortführung des Härtefallfonds geplant? Wenn ja in welchem Titel und in welcher Höhe? Wenn keine Fortführung geplant ist, welche haushaltsrechtlichen Vorkehrungen plant der Senat im Haushaltsplan ein um Menschen mit Energieschulden zu helfen und wie viele Personen haben zuletzt vom Härtefallfonds profitiert?	GRÜNE	Nach Aussprache erledigt (s. Inhaltsprotokoll 19/56) SenASGIVA stellt dem Ausschuss die Stellungnahme des Rechnungshofes zur Verfügung
16.			über-greifend EP 11+27		Schuldner- und Insolvenzberatung	Welche Summe wurde durch die Senatsverwaltung für die Globalsumme für beide Jahre angemeldet und wie waren die Anmeldungen für 2024/25? Ist eine Zentralisierung der Schuldnerberatungen, bzw. Überführung in den Landeshaushalt noch geplant?	GRÜNE	Nach Aussprache erledigt (s. Inhaltsprotokoll 19/56)
17.			über-greifend		Arbeitsmarkt-integration wohnungsloser EU-Bürgerinnen	Welche Projekte und Ansätze dienen der Arbeitsmarktintegration wohnungsloser EU-Bürgerinnen?	GRÜNE	Bericht Nr. 11
18.			über-greifend		Fachkräftestrategie	In welchen Kapiteln sind die Maßnahmen angesetzt, um die angekündigte Fachkräftestrategie zu erarbeiten und konkret in Gestalt zu bringen?	GRÜNE	Nach Aussprache

Lfd. Nr.		Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Bemerkungen
						Wann ist mit der Veröffentlichung zu rechnen?		erledigt (s. Inhaltsprotokoll 19/56)
19.			über-greifend		Geschlechtergerechtigkeit	Welche Maßnahmen wurden getroffen, um den Anteil der weiblichen Beschäftigten auf Führungspositionen zu erhöhen und wie wird die Wirksamkeit der Maßnahmen evaluiert/festgestellt?	GRÜNE	Bericht Nr. 12
20.			über-greifend		Anerkennung ausländischer Qualifikationen	Welche Strategien verfolgt die Senatsverwaltung für eine erleichterte und beschleunigte Anerkennung von Abschlüssen und zur Integration von ausländischen Fachkräften?	GRÜNE	Bericht Nr. 13
21.			über-greifend		Landesinstitut für berufliche Bildung	Welche Mittel sind für das geplante Landesinstitut für berufliche Bildung eingeplant? Wann ist mit dem Start des Instituts zu rechnen? Wie ist der Stand der Planung?	GRÜNE	Nach Aussprache durch die antragstellende Fraktion zurückgezogen (s. Inhaltsprotokoll 19/56)
22.			über-greifend		Berechtigungs-nachweis (alt BerlinPass)	Welche Mittel sind geplant um die Probleme beim Berechtigungsnachweis (alt: BerlinPass) zu lösen? Sind Mittel für eine digitale Lösung eingeplant? Inwiefern plant der Senat eine Erhöhung des Ticketpreises für das Sozialticket?	GRÜNE	Bericht Nr. 14
23.			über-greifend		Vereinfachung und Vereinheitlichung des Zuwendungsrechts	Welche Mittel sind für die Umsetzung der Vereinheitlichung des Zuwendungsrechts etatisiert?	GRÜNE	Bericht Nr. 15
24.			über-greifend		Ausbildungs-förderung	Bitte um einen Bericht zur Entwicklung der Ausbildungsplätze im Bereich der Senatsverwaltung und zur Förderung benachteiligter	GRÜNE	Bericht Nr. 16

Lfd. Nr.		Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Bemerkungen
					benachteiligter Jugendlicher	Jugendlicher.		
25.			über-greifend		Ausbildungs-förderung für Menschen mit Behinderung	Mit welchen Maßnahmen fördert die Senatsverwaltung den Übergang von jungen Menschen mit Behinderungen aus der Schule in die Ausbildung? Bitte die einzelnen Maßnahmen und Titel auflisten.	GRÜNE	<i>Bericht Nr. 17</i>
26.			über-greifend		Maßnahmen zur Schaffung eines offenen inklusiven Arbeitsmarkts für Menschen mit und ohne Behinderungen	Mit welchen Maßnahmen fördert die Senatsverwaltung den Übergang von Menschen mit Behinderungen, die in den Werkstätten für Menschen mit Behinderungen tätig sind, in den sogenannten „regulären“ Arbeitsmarkt? Bitte die einzelnen Maßnahmen und Titel auflisten.	GRÜNE	<i>Bericht Nr. 18</i>
27.			über-greifend		Schnittstelle Wohnungslosen-hilfe und der Eingliederungs-hilfe	Welche Mittel sind für das niedrigschwellige Angebot an der Schnittstelle zwischen der Wohnungslosenhilfe und der Eingliederungshilfe vorgesehen (Koalitionsvertrag 2023-2026, S. 74)? Über welchen Titel werden sie verausgabt?	GRÜNE	<i>Bericht Nr. 19</i>
28.			über-greifend		Strategiekonferenz Eingliederungs-hilfe	Welche Projekte oder Ideen aus der ersten Strategiekonferenz wurden nun etatisiert? Welche Mittel sind dafür vorgesehen? Über welchen Titel werden sie verausgabt?	GRÜNE	<i>Bericht Nr. 20</i>
29.			über-greifend		Ombudsstelle für Streitfälle	Wurde die im Koalitionsvertrag vorgesehene unabhängige Ombudsstelle für Streitfälle bei der Gesamtplanung (S. 76) eingeführt? Welche Mittel sind dafür vorgesehen? Über welchen Titel werden sie verausgabt?	GRÜNE	<i>Nach Aussprache erledigt (s. Inhalts- protokoll 19/56)</i>

Lfd. Nr.		Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Bemerkungen
30.			über-greifend		Ausgaben für Assistenz für Menschen mit Behinderung	Wie viele Mittel sind für die Finanzierung der persönlichen Assistenz im Arbeitgebermodell (AGM) im Haushalt 2026/27 eingeplant? Mit welcher Entgeltstufe plant der Senat für die Assistenz im Arbeitgeberinnenmodell? Wie viele Assistenzstellen im AGM werden in 2025 nach Entgeltstufe 3 und wie viele nach Entgeltstufe 5 finanziert (bitte auflisten wie viele Assistent*innen zu welchem Zeitpunkt in die höhere Tarifestufe eingruppiert wurden)? Bitte erläutern wie viele Mittel explizit für die persönliche Assistenz im AGM gemäß § 78 i. v. m. § 113 Abs. 2 Nr. 2 SGB IX eingeplant sind und wie viele Stellen nach welchem Tarif damit finanziert werden können sowie wie viele Mittel bei wie vielen Kundinnen für die persönliche Assistenz („Betreuung“) über Sozialdienste eingeplant sind. (eb)	GRÜNE	Bericht Nr. 21
31.			über-greifend		Behinderten-parlament	Listen Sie bitte alle Mittel die zur Unterstützung und Durchführung des Behindertenparlaments eingeplant sind.	GRÜNE	<i>Nach Aussprache erledigt (s. Inhalts- protokoll 19/56)</i>
32.			über-greifend		Ausgleichsabgabe	Stellen Sie bitte die Einnahmen der Ausgleichsabgabe im Verlauf von 5 Jahren dar.	GRÜNE	Bericht Nr. 22
33.			über-greifend		Seniorenmitwir-kung	Listen Sie bitte alle Mittel auf, die für die Reform der Seniorenmitwirkung eingeplant sind.	GRÜNE	Bericht Nr. 23
34.			über-greifend		Refinanzierung Betriebsratsarbeit	Wie wird im Haushalt Vorsorge für die Refinanzierung der Betriebsratsarbeit bei freien Trägern getroffen?	GRÜNE	<i>Nach Aussprache erledigt (s. Inhalts- protokoll 19/56)</i>

Lfd. Nr.		Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
35.			über-greifend		Entgeltgleichheit-Checks	Bitte um einen Bericht zur verbindlichen Anwendung des Entgeltgleichheit-Checks in der Verwaltung und den landeseigenen Unternehmen.	GRÜNE	<i>Bericht Nr. 24</i>
36.			über-greifend		DGB-Index „Gute Arbeit“	Plant der Senat eine Befragung der Mitarbeiter*innen der Verwaltung und der landeseigenen Unternehmen? Falls ja, ab wann und wo ist im Haushaltsplan dafür Vorsorge getroffen worden?	GRÜNE	<i>Bericht Nr. 25</i>
37.			über-greifend		Solidarisches Grundeinkommen (SGE)	Nach dem Auslaufen des SGE: welche Maßnahmen einer aktiven Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsangebote für Langzeiterwerbslose plant der Senat, um den Wegfall auszugleichen?	GRÜNE	<i>Nach Aussprache erledigt (s. Inhaltsprotokoll 19/56)</i>
38.			über-greifend EP 11+27		Beauftragte für „Gute Arbeit“	Inwiefern plant der Senat die Einrichtung von weiteren Beauftragten für Gute Arbeit und Ausbildung in den Bezirken und wie wird die Finanzierung gesichert?	GRÜNE	<i>Bericht Nr. 26</i>
39.			über-greifend	über-greifend	Umsetzung Partizipationsgesetz	Welche Maßnahmen hat die Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung bisher zur Umsetzung des PartMigG und des LADGs in ihrem Zuständigkeitsbereich unternommen? In welchen Titeln und in welchem Umfang sind dafür Mittel im DHH 2026/2027 eingestellt und welche konkreten Maßnahmen sind geplant? Welche Maßnahmen zur Förderung von Beschäftigten mit Migrationsgeschichte hat SenASGIVA in ihrem Zuständigkeitsbereich unternommen? In welchem Umfang wurden Mittel dafür eingestellt?	LINKE	<i>Bericht Nr. 27</i>
40.			über-greifend	über-greifend	Schulungen der Beschäftigten der Senatsverwaltung	Welche Schulungen der Beschäftigten im Hinblick auf das AGG, das LADG und das PartMigG hat die Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung 2024 durchgeführt? Wie viele Beschäftigte haben an diesen Schulungen teilgenommen? Wie viele Mittel wurden dafür zur Verfügung gestellt?	LINKE	<i>Bericht Nr. 28</i>

Lfd. Nr.		Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Bemerkungen
						Erbeten wird eine Auflistung nach Tarifgruppen der Beschäftigten. Wie viele dieser Schulungen sind für die Jahre 2025, 2026 und 2027 geplant?		
41.			über-greifend	über-greifend	Förderung von Menschen mit Migrations-geschichte	Welche Antidiskriminierungs- und Teilhabeprojekte zur Förderung von Menschen mit Migrationsgeschichte wurden von SenASGIVA im Jahr 2024 finanziert? Wie viele Mittel wurden dafür zur Verfügung gestellt? Wie viele dieser Antidiskriminierungs- und Teilhabeprojekte sind für die Jahre 2025, 2026 und 2027 geplant?	LINKE	<i>Bericht Nr. 29</i>
42.			über-greifend	über-greifend	Frauenförderung	Welche Maßnahmen zur Förderung weiblicher Beschäftigter hat die Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung bisher in ihrem Zuständigkeitsbereich unternommen? In welchen Titeln und in welchem Umfang sind dafür Mittel im DHH 2026/27 eingestellt und welche konkreten Maßnahmen sind geplant?	LINKE	<i>Bericht Nr. 30</i>
43.			über-greifend	über-greifend	Tarifgerechtigkeit und -vorsorge	Welcher finanzielle Mehrbedarf entsteht im EP 11 durch die Umsetzung der aktuellen und zu erwartenden Tarifabschlüsse und wo ist dieser im Haushaltsentwurf 2026/2027 abgebildet? Wie wird bei Freien Trägern und sonstigen Zuwendungsempfänger*innen im Bereich des EP 11 Vorsorge für die Weitergabe von Tarifierhöhungen getroffen und wie stellt der Senat sicher, dass die Mittel bei den Beschäftigten ankommen? Wie wird sichergestellt, dass bei einer Erhöhung der Vergütung der Beschäftigten eines Zuwendungsempfängers die Mittel entsprechend erhöht werden, damit der Zuwendungsempfänger die Erhöhung nicht mit einer Einschränkung des Angebots kompensieren muss? Wurden durch SenASGIVA alle Zuwendungsempfänger*innen per Schreiben darum gebeten, eine Tarifierhöhung aus ihren Rücklagen zu finanzieren oder wurden nur einige Zuwendungsempfänger*innen darum gebeten? Wenn nur einige, welche?	LINKE	<i>Bericht Nr. 31 gemeinsam mit Bericht Nr. 64</i>

Lfd. Nr.		Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Bemerkungen
44.			über-greifend	über-greifend	Bezirkliche Schuldner- und Insolvenzberatung	Bitte die Ansätze für die bezirkliche Schuldner- und Insolvenzberatung für die Jahre 2024, 2025, 2026 und 2027 auflisten. Bitte erläutern Sie ggf. Aufwüchse bzw. Kürzungen gegenüber dem letzten Haushalt konkret.	LINKE	<i>Bericht Nr. 32</i>
45.			über-greifend	über-greifend	Bekämpfung von Obdach- und Wohnungslosigkeit	In den Richtlinien der Regierungspolitik hat sich der Senat darauf verständigt, die Wohnungs- und Obdachlosigkeit bis 2030 abschaffen zu wollen. Hält der Senat an diesem Ziel fest und für wie realistisch hält er es, dieses Ziel auch erreichen zu können? Welche Maßnahmen ergreift der Senat, um dieses Ziel zu erreichen, und wo finden sich diese im Haushalt wieder?	LINKE	<i>Bericht Nr. 33</i>
46.			über-greifend	über-greifend	Erprobungsklausel nach Ziffer 3.4 Absatz 2 der AV-Wohnen	Welche Maßnahmen plant die Senatsverwaltung, um die Anwendung der Erprobungsklausel auszuweiten? Hat die Senatsverwaltung Berechnungen dazu angestellt, wie viel Geld die konsequentere Anwendung der Erprobungsklausel im Haushalt einsparen könnte? Wenn ja, mit welchem Ergebnis?	LINKE	<i>Bericht Nr. 34</i>
47.			über-greifend	über-greifend	Sozialunternehmen zur Unterbringung und Schaffung von Wohnraum für wohnungslose Menschen mit und ohne Fluchthintergrund	Welche Maßnahmen unternimmt der Senat zur Gründung eines Sozialunternehmens zur Unterbringung und Schaffung von Wohnraum für wohnungslose Menschen mit und ohne Fluchthintergrund? Welche Mittel wurden dafür wo in den Haushalt eingestellt?	LINKE	<i>Bericht Nr. 35</i>
48.			über-greifend	über-greifend	Gesamtstädtische Steuerung der Unterbringung (GStU)	Auf welchem Stand ist aktuell das Projekt Gesamtstädtische Steuerung der Unterbringung (GStU)? Wie sind die Planungen für 2026/2027? Welche Mittel sind in welchem Titel dafür eingestellt?	LINKE	<i>Nach Aussprache erledigt (s. Inhalts- protokoll 19/56)</i>

Lfd. Nr.		Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Bemerkungen
								s. hierzu auch Berichtsauftrag Nr. 3
49.			über-greifend	über-greifend	Berechtigungs-nachweis/ Berlinpass	Welche Maßnahmen plant der Senat für eine digitale Lösung für den Berechtigungsnachweis und wo sind diese im Haushalt etatisiert?	LINKE	Nach Aussprache durch die antragstellende Fraktion zurückgezogen (s. Inhaltsprotokoll 19/56)
50.			über-greifend	über-greifend	Entbürokratisierung des Zuwendungsrechts	Wo finden sich im Haushalt Maßnahmen im Rahmen der eingeleiteten Entbürokratisierung des Zuwendungsrechts wieder? Welche Ersparnisse entstehen der Senatsverwaltung ggf. durch diese Maßnahmen, bspw. durch geringeren Prüfaufwand? Wann ist mit der Umsetzung der Projektförderung mit wiederkehrendem Bedarf zu rechnen? Wie ist der Umsetzungsstand bei den weiteren Teilprojekten im Zusammenhang mit der Entbürokratisierung des Zuwendungsrechts?	LINKE	Bericht Nr. 36
51.			über-greifend	über-greifend	Sondervermögen des Bundes und Transaktionskredite	Welche investiven Maßnahmen werden in welcher Höhe und mit welcher Begründung zukünftig über Mittel aus dem Sondervermögen des Bundes oder Transaktionskredite finanziert?	LINKE	Nach Aussprache erledigt (s. Inhaltsprotokoll 19/56)
52.			über-greifend	53101 in allen Kapiteln	Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit	Wie viele Veröffentlichungen wurden in leichter Sprache bzw. mehrsprachig/ in weiteren bzw. anderen Sprachen als Deutsch veröffentlicht und mit welchem Mitteleinsatz? (Bitte um maßnahmenscharfe Auflistung, gegliedert nach Kapiteln.)	LINKE	Bericht Nr. 37

Lfd. Nr.		Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
53.			über-greifend	über-greifend	Seniorenmit-wirkungsgesetz	In welchen Titeln und in welchem Umfang sind Mittel zur Umsetzung der geplanten Novellierung des Seniorenmitwirkungsgesetzes etatisiert? Wie lautet der aktuelle Zeit-Maßnahmenplan zur Erarbeitung und Umsetzung des Gesetzesvorhaben?	LINKE	Bericht Nr. 38
54.			über-greifend		Haushaltskon-solidierung	· Was wurde konkret unternommen, um konsumtive Subventionen seit dem DHH 2024/25 zu überprüfen und abzubauen – und wie fließen diese Maßnahmen in die Haushaltsplanung 2026/27 ein? · Welche konsumtiven Förderstrukturen wurden im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2026/27 auf ihre Verstetigungsfähigkeit oder Konsolidierungstauglichkeit geprüft – und welche Schlussfolgerungen zieht die Senatsverwaltung daraus für die mittelfristige Finanzplanung?	AfD	Bericht Nr. 39
55.			über-greifend		Außerplanmäßige Titel	Bitte um Auflistung aller mit einem <i>Ist</i> ausgewiesenen Titel, die im vorangegangenen Doppelhaushalt (2024/25) gar nicht vorgesehen waren (unter Angabe der jeweiligen Ansätze sowie der Erforderlichkeit der jew. Maßnahmen).	AfD	Bericht Nr. 40
56.			über-greifend		Neue Titel	Bitte um Auflistung aller <i>neu</i> eingerichteten Titel im EP 11 (Arbeit und Soziales) sowie der dazugehörigen Ansätze für die Haushaltsjahre 2026/27.	AfD	Bericht Nr. 41
57.			über-greifend		Externe Expertise und Beratungs-leistungen	· Wie haben sich die von der Senatsverwaltung für Arbeit und Soziales in den Haushaltsjahren 2023, 2024 und 2025 in Anspruch genommenen externen Beratungs- und Unterstützungsleistungen jeweils dargestellt? Nach welchen Kriterien der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit gemäß LHO hat der Senat die Notwendigkeit dieser Leistungen festgestellt und welche haushaltsrechtliche Begründung liegt dem jeweiligen Beratungsbedarf zugrunde? · Bitte um eine tabellarische Übersicht sämtlicher im Einzelplan 11 veranschlagten und tatsächlich in Anspruch genommenen Ausgaben	AfD	Bericht Nr. 42 (vertraulich)

Lfd. Nr.		Seite HH- Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
						für <i>externe Beratungs- und Unterstützungsleistungen</i> jew. in den Haushaltsjahren 2023 bis 2025, differenziert nach: <i>Maßnahme/Einsatz</i> <i>Beauftragte Unternehmen bzw. Berater</i> <i>Beratungsgegenstand</i> <i>Zugrundeliegende Rahmenvereinbarungen (sofern vorhanden)</i> <i>Beratungszeiträumen (Beginn/Ende)</i> <i>Veranschlagter Auftragswert</i> <i>Mittelabfluss (Soll/Ist)</i> <i>Stand der Titelbewirtschaftung (inkl. etwaiger Umschichtungen oder Deckungsvermerke).</i> · Wurden die entsprechenden Mittel bereits im Haushaltsplan veranschlagt (bitte mit Angabe der Titel und Kapitel) oder handelt es sich um überplanmäßige bzw. außerplanmäßige Ausgaben? · Falls überplanmäßig: Aus welchen Haushaltsmitteln wurden diese Leistungen finanziert und wie wurde die Deckung sichergestellt?		
58.			über- greifend		Evaluationen	· Welche <i>Evaluationen</i> wurden im Rahmen der laufenden Förderperiode jeweils in den Jahren 2024 und 2025 durchgeführt? Bitte tabellarisch auflisten nach: <i>Maßnahme/Vorhaben</i> <i>Träger</i> <i>Mittelansatz</i> <i>Mittelverbrauch</i> · Bei welchen Projekten/Maßnahmen wird auf Grundlage dieser Evaluationen empfohlen, sie nicht fortzusetzen bzw., auch nicht in geänderter Form neu aufzulegen, weil sie entweder ihren Zweck bereits vollständig erreicht oder sich als <u>nicht</u> zielführend erwiesen haben?	AfD	Bericht Nr. 43

Lfd. Nr.		Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Bemerkungen
59.			über-greifend		Investitionsmaß-nahmen	Bitte um Auflistung aller <i>Investitionsmaßnahmen</i> im EP 11 in den Haushaltsjahren 2024/25 sowie die für 2026/27 geplanten.	AfD	Bericht Nr. 44
60.			über-greifend		Haushaltsmittel zur Armuts-bekämpfung	Welche Ansätze der Armutsbekämpfung verfolgt der Senat mit dem neuen DHH 2026/27? Bitte die strategischen Ziele, Zielgruppen, Handlungsfelder und Prioritäten darlegen. Bitte zu jedem Ziel das zugehörige Indikator-Set angeben (Definition, Datenquelle, Messfrequenz, Zielwert o. a.). 1. Welche neuen bzw. verstärkten Programme/Maßnahmen werden 2026/27 aufgelegt? 2. Welche spezifischen Maßnahmen für Kinder und Jugendliche sind 2026/27 im EP 11 vorgesehen? 3. Welche (neuen oder Verstärkung bereits bestehender) Programme und Maßnahmen (bitte nach Handlungsfeldern gegliedert) zur Prävention und Bekämpfung von Armut in Berlin – insbesondere von Kindern und Jugendlichen – hat der Senat aufgelegt? 4. Wie ist der Umsetzungsstand der in der DHH-2024/2025-Beratung angekündigten integrierten Armuts- und Sozialberichterstattung, insbesondere im Hinblick auf die geplante Analyse der Angebotsstrukturen als Grundlage für eine gesamtstädtische Steuerung von Armutsbekämpfung und -prävention? 5. Wie wird die Wirksamkeit der Maßnahmen gemessen? Welche Evaluationen (Wirk-/Prozessevaluation, Vorher-Nachher mit Kontrollraum) sind beauftragt bzw. abgeschlossen? 6. Wie wird eine gesamtstädtische Steuerung der vielen parallelen Förderstrukturen (ISP, Stadtteilzentren, Rahmenfördervertrag, EFRE/ESF) sichergestellt? 7. Welche Maßnahmen wurden auf ihre Verstetigungsfähigkeit geprüft?	AfD	Bericht Nr. 45

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
61.		über-greifend		Ausgaben im Kontext von Flucht und Migration (Bereich Arbeit, Soziales)	- Welche Gesamtsumme ist im Einzelplan 11 (<i>Arbeit, Soziales</i>) des Haushaltsentwurfs 2026/27 für Ausgaben im Kontext von Flucht und Migration veranschlagt? Bitte um eine vollständige Aufschlüsselung nach Titeln, Titelgruppen und Maßnahmen einschließlich der jeweiligen Zweckbestimmung. - Wie viele Vollzeitäquivalente (VZÄ) werden in diesem Zusammenhang in der unmittelbaren Verwaltung finanziert und wie viele VZÄ bei nachgeordneten Behörden, externen Projektträgern sowie sonstigen Institutionen aus Haushaltsmitteln gefördert? - In welcher Höhe stellt der Bund für diesen Aufgabenbereich Mittel bereit – getrennt nach Jahren (2024–2027) und differenziert nach Zweckbindung? Wie sind diese Mittel im DHH-Entwurf 2026/27 veranschlagt und ggf. mit Landesmitteln kofinanziert? - Welche Mehrbedarfe sind haushaltswirksam im DHH 2026/27 berücksichtigt (bitte differenziert nach Kapitel, Titel und Zweck)? In welchem Umfang fließen hierbei Hilfen des Bundes ein, und wie werden diese im Entwurf gesondert ausgewiesen?	AfD	Bericht Nr. 46
62.	9	über-greifend		Kennzahl 1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	Bitte um Darstellung der <i>Ansätze</i> und <i>Ist</i> -Werte für die Jahre 2024/2025. Woraus resultieren die unterschiedlichen Ansätze in 2024/2025 und 2026/27 bei den Verwaltungseinnahmen (<i>Kennzahl 11</i>)?	AfD	Bericht Nr. 47
63.	9	über-greifend		Kennzahl 2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	Wie erklärt der Senat die Differenzen zwischen den Haushaltsansätzen und den <i>Ist</i>-Werten bei den <i>Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen</i> (<i>Kennzahl 2</i>) in den Jahren 2024 und ggf. 2025 (bitte darstellen)? Welche politischen oder strukturellen Ursachen liegen diesen Abweichungen zugrunde? Wodurch und wofür entsteht die signifikante Erhöhung der Ansätze für	AfD	Bericht Nr. 48

Lfd. Nr.		Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
						2026 und 2027 bei der <i>Kennzahl</i> 28 – handelt es sich hierbei um eine realistische Planung oder um eine eher optimistische Annahme?		
64.		9	über-greifend		Kennzahl 3 Einnahmen aus Schulden-aufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	- Wie hoch ist der aktuelle <i>Ist</i>-Wert für die Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen im Jahr 2025, und wie erklärt der Senat den zum <i>Ist</i> vergleichsweise niedrigen Ansatz im Jahr 2024? - Welche konkreten Faktoren führen zu den deutlich höheren Einnahmeansätzen in den Jahren 2026 und 2027? - Bitte um Erläuterung zur <i>Kennzahl</i> 35: Um welche Entnahmen aus Rücklagen, Fonds und Sondervermögen handelt es sich konkret? Welche Einnahmepositionen und Vorhaben sind hier veranschlagt bzw. fallen darunter?	AfD	Bericht Nr. 49
65.		10	über-greifend		Kennzahl 4 Personalausgaben	- Welche konkreten Ausgaben sind in der <i>Kennzahl</i> 45 (Sonstige personalbezogene Ausgaben) der Kennzahl 4 enthalten? - Wie erklärt der Senat den überdurchschnittlich hohen <i>Ist</i>-Wert im Haushaltsjahr 2024 und wie hoch ist dieser in 2025? Bitte um quantifizierte Angaben zu den größten Einzelposten sowie zur Entwicklung gegenüber den Vorjahren (jew. für 2024 und 2025 (sofern auch hier Abweichungen festzustellen sind)).	AfD	Bericht Nr. 50
66.		10	über-greifend		Kennzahl 9 Besondere Finanzierungsausgaben	Wo wurden im Einzelplan 11 globale Mehrausgaben und Mindereinnahmen (<i>Kennzahl</i> 97) in den Haushaltsjahren 2024 und 2025 erzielt? Welche konkreten Bereiche, Titel und Maßnahmen waren davon betroffen? Bitte erläutern.	AfD	Bericht Nr. 51
67.		11	über-greifend		Kennzahl 8 Finanzwirtschaft	- Woher stammen die veranschlagten Mittel in <i>Kennzahl</i> 85 der Kennzahl 8 (Finanzwirtschaft)? Bitte um Darstellung der Herkunft dieser Mittel – insbesondere, ob es sich um Rücklagen aus Vorjahren, Mittel aus Sondervermögen oder Umschichtungen aus anderen Funktionsgruppen handelt. - Für welche konkreten Maßnahmen, Titel oder haushaltspolitischen	AfD	Bericht Nr. 52

Lfd. Nr.		Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
						Zwecke werden die Mittel der Kennzahl 85 im <i>Einzelplan 11</i> , im DHH 2026/27 verwendet? Liegt eine haushaltsrechtliche Zweckbindung vor, und wie wird die Mittelverwendung begründet?		
Kapitel 1100 – SenASGIVA – Politisch-Administrativer Bereich und Service								
68.	a)	21	1100	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Soweit möglich den Abruf in 2025 darstellen (ggf. hochhochrechnen). Bitte erklären ob neue Stellen geschaffen werden sollen oder ob es sich bei der starken Erhöhung zum Ist 2024 um Anpassungen der Bezüge handelt.	GRÜNE	Bericht Nr. 53
	b)	21	1100	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Wie lässt sich der Mittelaufwuchs begründen, wenn die Mittel in 2024 nicht ausgeschöpft wurden? Wie hoch ist das aktuelle Ist im Jahr 2025? Welche Gründe führten zur Nichtverausgabung, und wie wirkt sich dies auf die Aufgabenwahrnehmung und die Personalbelastung aus – insbesondere vor dem Hintergrund der ursprünglichen Kalkulationsgrundlage? Wie viele Stellen sind derzeit unbesetzt, und welche Verzögerungen bestehen bei Neueinstellungen? Bitte um Darstellung des aktuellen Personalbedarfs, der Rekrutierungsherausforderungen und der prognostizierten Personalentwicklung bis 2030.	AfD	
69.		21	1100	42701	Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/ Mitarbeiter	- Warum wurden im Jahr 2024 nur rund 50 % der veranschlagten Mittel verausgabt? Gab es weniger Bedarf oder Probleme bei der Beauftragung? Wie hoch ist der Ist-Stand für 2025? - Welche konkreten Leistungen wurden 2024 über diesen Titel finanziert (bitte auch die VZÄ angeben)? - Wie viele Einsätze von Gebärdensprachdolmetschern gab es (2024/2025)? Welche weiteren selbstständigen Tätigkeiten wurden abgerechnet? Wie sind demzufolge die Ansätze für den DHH 2026/27 kalkuliert?	AfD	Bericht Nr. 54

Lfd. Nr.		Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Bemerkungen
70.	a)	21	1100	42722	Ausbildungsentgelte (Praktikantinnen/ Praktikanten, Volontärinnen/ Volontäre)	Warum wurden die Mittel nicht ausgeschöpft? Wie viele Praktikumsplätze hat SenASGIVA in den Jahren 2024 und 2025 angeboten?	CDU SPD	Nach Aussprache erledigt (s. Inhalts- protokoll 19/56)
	b)	21	1100	42722	Ausbildungsentgelte (Praktikantinnen/ Praktikanten, Volontärinnen/ Volontäre)	Wie viele Praktikant*innen und Praktikanten werden derzeit beschäftigt? Ist eine Aufstockung der Zahl der Praktikant*innen geplant oder eine Erhöhung der Vergütung?	GRÜNE	
	c)	21	1100	42722	Ausbildungsentgelte (Praktikantinnen/ Praktikanten, Volontärinnen/ Volontäre)	· Warum wurden im Jahr 2024 deutlich weniger Mittel verausgabt als veranschlagt? Wie hoch ist der Ist-Stand für 2025? · Gab es Verzögerungen, strukturelle Änderungen oder fehlende Abrufe? · Warum wurde der Ansatz für Praktikanten in den Haushaltsjahren 2026/27 jeweils halbiert (von 80.000 EUR auf 37.600 EUR)? · Welche Auswirkungen hat das auf die Anzahl der Praktikumsplätze?	AfD	
71.	a)	22	1100	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Soweit möglich den Abruf in 2025 darstellen (ggf. hochhochrechnen). Bitte erklären ob neue Stellen geschaffen werden sollen oder ob es sich bei den Erhöhungen um Anpassungen der Bezüge nach Tarifsteigerungen handelt.	GRÜNE	Bericht Nr. 55
	b)	22	1100	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Wie lässt sich der Mittelaufwuchs begründen? Wie hoch ist das Ist in 2025? Welche Personalentwicklungen werden bis 2030 erwartet?	AfD	
72.	a)	22f.	1100	45903	Prämien für besondere Leistungen	Wie erklärt sich die Abweichung zwischen dem IST 2024 und dem Ansatz 2025?	CDU SPD	Nach Aussprache erledigt

Lfd. Nr.		Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Bemerkungen
	b)	22f.	1100	45903	Prämien für besondere Leistungen	· Warum wurden im Jahr 2024 über 327.000 EUR verausgabt, obwohl der Ansatz bei 33.300 EUR lag? · Welche Leistungen wurden konkret prämiert und wie viele Beschäftigte haben Prämien erhalten? Welche Kriterien wurden angewendet (z. B. Leistungsprämien, Verbesserungsvorschläge)? · Wurden zusätzliche Mittel über andere Titel oder Umschichtungen bereitgestellt? · Gab es eine überplanmäßige oder außerplanmäßige Ausgabe? Wenn ja, mit welcher Begründung?	AfD	(s. Inhaltsprotokoll 19/56)
73.		23	1100	46201	Pauschale Minderausgaben für Personalausgaben	1. Wie wurde die pauschale Minderausgabe in den Jahren 2024 und 2025 konkret realisiert? Auf welche Titel (Maßnahmen, Projekte) wurde sie verteilt? Welche Maßnahmen wurden zur Einsparung ergriffen? 2. Im DHH 2024/25 sind unter diesem Titel (46201, Pauschale Minderausgaben für Personalausgaben in Höhe von –1.050.000 EUR (2024) bzw. –1.081.000 EUR (2025) veranschlagt. Gleichzeitig zeigt sich, dass einzelne Titel im Bereich der Personalausgaben nicht vollständig ausgeschöpft wurden (z. B. Bezüge für Beamten), während andere deutlich überschritten wurden (z. B. Prämien für besondere Leistungen, Titel 45903). Wie wird die pauschale Kürzung begründet? 3. Wird dadurch eine strukturelle Unterdeckung im Personalhaushalt nicht ausreichend abgebildet? 4. Wie wird sichergestellt, dass die pauschale Kürzung nicht zu Lasten der Funktionsfähigkeit der Verwaltung geht?	AfD	Bericht Nr. 56
74.		23	1100	51140	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungs-	Wie begründen sich die erheblichen Kostensteigerungen für neues Büromobiliar für die Senatsverwaltung? Ausgehend vom Ist aus 2024 i.H.v. 259.000 Euro: Welche Möbel wurden für diese Summe von	GRÜNE	Bericht Nr. 57

Lfd. Nr.		Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
					gegenstände	welchen Marken zu welchem Kostensatz angeschafft? Welche Möbel wurden für diese Summe für den Leitungsbereich von welchen Marken zu welchem Kostensatz jeweils angeschafft? Warum wurden keine günstigeren Möbel jeweils angeschafft? Wie stellt der Senat sicher, dass das kostengünstigste und wirtschaftlichste Angebot genommen wird?		
75.		24	1100	51715	Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements	Warum wurden die Ansätze im DHH 2026/27 nicht angepasst (wie auch bei Titel 51820), trotz deutlicher Überschreitung im Jahr 2024? Wurde die Überschreitung 2024 durch Umschichtungen oder Deckungsvermerke gedeckt? Wenn ja: Aus welchen Titeln wurden Mittel umgeschichtet? Wie hoch ist das <i>Ist</i> in 2025?	AfD	Bericht Nr. 58
76.		24	1100	51820	Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management	Warum wurden die Ansätze für die Mietkosten im DHH 2026/27 nicht angepasst, trotz deutlicher Überschreitung im Jahr 2024? Welche Annahmen liegen der Fortschreibung zugrunde? Wird mit einer Rückkehr zu niedrigeren Mietkosten gerechnet – und wenn ja, inwiefern? Wie wird sichergestellt, dass die Ansätze in 2026/27 auskömmlich sind, und inwiefern wird die Gefahr weiterer überplanmäßiger Ausgaben ausgeschlossen?	AfD	Bericht Nr. 59
77.		25	1100	52610	Gutachten	Welche Gutachten sind geplant? Wie werden die Gutachten ausgeschrieben?	CDU SPD	<i>Nach Aussprache erledigt (s. Inhalts- protokoll 19/56)</i>
78.		26	1100	52906	Repräsentation, Empfänge, Feierlichkeiten, Kontaktpflege	Wie setzen sich die Kosten aus dem Ist 2024 im Einzelnen zusammen? Für welche Anlässe wurde was an Repräsentationskosten für welche einzelnen Dinge ausgegeben?	GRÜNE	Bericht Nr. 60

Lfd. Nr.		Seite HH- Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
79.		26	1100	53111	Ausschreibungen, Bekannt- machungen	Bitte um Erläuterungen des Mittelansatzes, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die <i>Ist</i> -Ausgaben im Jahr 2024 (was ist das Ist in 2025?) deutlich unter den veranschlagten Ansätzen lagen und somit eine Fortschreibung der Ansätze in 2026/27 nicht unmittelbar nachvollziehbar erscheint.	AfD	<i>Bericht Nr. 61</i>
80.	a)	26	1100	54003	Geschäftsprozess- optimierung	Wie erklärt sich die Abweichung zwischen dem IST 2024 und dem Ansatz 2025? Welche Optimierungsprozesse sind in den Jahren 2026 und 2027 von der Absenkung der Mittel betroffen?	CDU SPD	<i>Bericht Nr. 62</i>
	b)	26	1100	54003	Geschäftsprozess- optimierung	Bitte um Darstellung des <i>Ist</i> -Werts in 2025. Wie sind die Abweichungen (konkret) zu begründen? Bitte um Bericht über den aktuellen Umsetzungsstand. Wie ist der Mittelansatz 2026/27 zu begründen, obwohl die <i>Ist</i> -Werte im Vorjahr keine entsprechende Ausgabenentwicklung erkennen lassen? Besteht hier, trotz vorgenommener Reduzierung, auch weiterhin ein haushalterischer Anpassungsbedarf?	AfD	
ÄÄ		26	1100	54003	Geschäftsprozess- optimierung	Ansatz 2026: 140.000 Ansatz 2027: 140.000		
Änderungsanträge der Fraktionen								
							AfD <u>Änderungsantrag Nr. 1</u> 2026: - 50.000 2027: - 50.000 a) Begründung zum Änderungsantrag Anpassung an die bisherigen Ausgaben	

Lfd. Nr.		Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Bemerkungen
								und den tatsächlichen Mittelabruf. <i>b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)*</i> 2026: -50.000/ 2027: -50.000
								Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich <u>abgelehnt</u> mit CDU, SPD, GRÜNE und LINKE gegen AfD
81.	a)	26	1100	54010	Dienstleistungen	Zu Nr. 2) Welche Ausgaben für welche Zwecke sollen hieraus getätigt werden? Zu Nr. 3) Wurde die Dienstleistung von der Landesbeauftragten angemeldet?	GRÜNE	Bericht Nr. 63
	b)	26	1100	54010	Dienstleistungen	Die Ist-Ausgaben lagen im Jahr 2024 bei lediglich 14.920,16 EUR. Ist die Reduzierung der Ansätze auf 196 T. EUR jährlich haushalterisch ausreichend begründet oder besteht hier eine strukturelle Überplanung?	AFD	
82.	a)	27	1100	68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	Wie genau setzt sich die Berechnung der Kosten für die zusätzliche pauschale Vorsorge zusammen? Ist die Tarifvorsorge für die gesamten Zuwendungsprojekte des EP 11 vorgesehen und ist sie ausreichend?	CDU SPD	Bericht Nr. 64 (s. Bericht Nr. 31)
	b)	27	1100	68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	Wie und auf welcher Grundlage wurde die Tarifvorsorge berechnet? Ist die Tarifvorsorge für die gesamten Zuwendungsprojekte des EP 11 vorgesehen? Bitte erklären warum im ISP eine eigene Tarifvorsorge getroffen wurde?	GRÜNE	
	c)	27	1100	68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	1. Wie und auf welcher Grundlage wurde die Tarifvorsorge berechnet? 2. Ist die Tarifvorsorge für die gesamten Zuwendungsprojekte des EP 11 vorgesehen?	LINKE	
	d)	27	1100	68406	Zuschüsse an soziale oder	1. Welche konkreten Tarifsteigerungen wurden bei der Mittelplanung unterstellt?	AFD	

Lfd. Nr.		Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Bemerkungen
					ähnliche Einrichtungen	2. Auf welcher Grundlage wurde die Höhe der pauschalen Vorsorge für Tarifsteigerungen kalkuliert? 3. Wie verteilen sich die Mittel auf die einzelnen Zuwendungsempfänger und welche Tarifentwicklungen wurden dabei berücksichtigt? 4. Welche Träger profitieren konkret von der pauschalen Vorsorge und in welcher Höhe? 5. Warum steigt die Vorsorge überproportional, obwohl die Tarifsteigerungen moderat ausfallen? 6. Welche Annahmen liegen der Mittelsteigerung im Titel 68406 zugrunde – geht die Planung von zusätzlichen Zuwendungsempfängern aus oder soll eine bestehende strukturelle Unterfinanzierung ausgeglichen werden?		Bericht Nr. 64 (s. Bericht Nr. 31)
83.		27	1100	88401	Zuführung an das Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA)	1. Welche konkreten Maßnahmen werden mit den Mitteln aus dem Titel 88401 im SIWA umgesetzt? 2. Warum erfolgt die Mittelveranschlagung über SIWA und nicht direkt im Einzelplan 11? 3. Wie wird sichergestellt, dass die Mittel zweckentsprechend für die Sanierung von Frauenhäusern verwendet werden/wurden? 4. Bitte um Übersicht über die geplanten Investitionen aus diesen Zuführungen.	AfD	Bericht Nr. 65
84.		27	1100	97114	Pauschale Mehrausgaben im Zusammenhang mit gesamtstädtischen Zielvereinbarungen nach § 6a AZG	Wie wird bei Wegfall dieses zentralen Titels sichergestellt, dass die gesamtstädtische Steuerung und Transparenz der Mittelverwendung im Rahmen der Zielvereinbarung „Soziale Wohnhilfe“ weiterhin gewährleistet ist?	AfD	Bericht Nr. 66

Lfd. Nr.		Seite HH- Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
85.	a)	27	1100	97203	Pauschale Minderausgaben	Wann sollen die pauschalen Minderausgaben aufgelöst werden?	CDU SPD	Bericht Nr. 67
	b)	27	1100	97203	Pauschale Minderausgaben	Wie ist geplant die pauschale Minderausgabe aufzulösen?	GRÜNE	
	c)	27	1100	97203	Pauschale Minderausgaben	Bis zu welchem Zeitpunkt im jeweiligen Haushaltsjahr muss die PMA im EP 11 in 2026/27 aufgelöst werden und aus welchen Titeln plant der Senat dafür Mittel zu entnehmen? (Bitte um kapitel-, titel- und teilansatzkonkrete Auflistung) Aus welchen Titeln hat der Senat in 2024 Mittel zur Auflösung der PMiA entnommen und aus welchen Titeln plant er die PMiA für das Haushaltsjahr 2025 aufzulösen? (Bitte um kapitel-, titel- und teilansatzkonkrete Auflistung für beide Haushaltsjahre.)	LINKE	
	d)	27	1100	97203	Pauschale Minderausgaben	1. Wo wurden die Minderausgaben im Jahr 2025 erzielt und in welcher Höhe (incl. Kapitel, Titel und Maßnahme)? 2. Wie sollen die pauschalen Minderausgaben in den Haushaltsjahren 2026 und 2027 konkret realisiert werden? Auf welche Titel oder Maßnahmen sollen sie sich voraussichtlich auswirken und wie wird sichergestellt, dass die Funktionsfähigkeit der betroffenen Bereiche nicht gefährdet wird?	AfD	
ÄÄ		27	1100	97203	Pauschale Minderausgaben	Ansatz 2026: - 8.600.000 Ansatz 2027: - 8.800.000		
Änderungsanträge der Fraktionen								
						LINKE		
						Änderungsantrag Nr. 1		

Lfd. Nr.		Seite HH- Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
						2026: - 25.763.000 2027: - 32.117.000 a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Gegenfinanzierung der Unterdeckung im Haushalt in Titel 1166 68128 „Ambulante Hilfe zur Pflege nach SGB XII und AsylbLG“		
						Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich <u>abgelehnt</u> mit CDU, SPD und AfD gegen LINKE bei Enthaltung GRÜNE		
86.	a)	29	1100 MG 32	51135	Digitalisierung optimierter Geschäftsprozesse nach dem EGovG Bln	Bitte um Erläuterung der Ansätze vor dem Hintergrund der Ziele einer umfassenden Verwaltungsdigitalisierung.	GRÜNE	Bericht Nr. 68
	b)	29	1100 MG 32	51135	Digitalisierung optimierter Geschäftsprozesse nach dem EGovG Bln	1. Wie hoch waren die tatsächlichen Ausgaben (Ist) im Jahr 2025? 2. Welcher Umsetzungsstand wurde mit den Mitteln im DHH 2024/25 erreicht? 3. Wurden die gesetzten Ziele zur Digitalisierung optimierter Geschäftsprozesse gemäß EGovG Bln erfüllt (welche)? 4. Welche konkreten Prozesse sollen im neuen DHH 2026/27 optimiert werden? Gibt es eine Zeitplanung für deren Umsetzung (sofern ja, bitte um Darstellung)?	AfD	
87.		29	1100 MG 32	51185	Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT	· Bitte um Darstellung des <i>Ist</i> -Werts in 2025. · Warum wurden die Mittel in 2024 (sofern zutreffend auch 2025 einbeziehen) nicht ausgeschöpft?	AfD	Bericht Nr. 69

Lfd. Nr.		Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
						· Wie entwickelt sich die tatsächliche Nutzung und Kostenstruktur der über Titel 51185 finanzierten Fachverfahren und Dienste, und welche Maßnahmen wurden seit 2023 konkret umgesetzt bzw. verworfen?		
Kapitel 1109 – SenASGIVA – Personalüberhang								
88.		33	1109	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Bitte um Darstellung des <i>Ist</i>-Werts in 2025. Wie erklärt der Senat die deutlich höheren Ansätze in den Jahren 2024 und 2025 bzw. die deutliche Reduzierung der Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten im DHH 2026/27? Handelte es sich um einmalige Übergangs- oder Abwicklungskosten? Welche strukturellen oder personalwirtschaftlichen Maßnahmen liegen dieser Entwicklung zugrunde? Bitte erläutern.	AfD	Bericht Nr. 70
Kapitel 1140 – SenASGIVA – Arbeit und Berufliche Bildung								
89.		73	1140	11958	Rückzahlung überzahlter Leistungen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)	Wie hoch ist der aktuelle Bestand offener Rückforderungen und wie bewertet der Senat die Realisierungsquote dieser Forderungen in den Haushaltsjahren 2024 und 2025 (jeweils)? Welche Maßnahmen werden ergriffen, um offene Forderungen zeitnah und vollständig zu vereinnahmen? Welche konkreten Ursachen führen zu den Rückforderungsansprüchen im (AFBG)? Wie hoch ist der Anteil der Rückforderungen, die auf fehlerhafte Antragstellungen, nicht erfüllte Fördervoraussetzungen oder fehlerhafte Verwaltungsbearbeitung zurückzuführen sind?	AfD	Bericht Nr. 71
90.		74	1140	23148	Anteil des Bundes an den Zuschüssen	Aus welchen Gründen wurde der Bundesanteil an den Zuschüssen nach dem AFBG im Haushaltsjahr 2024 nicht vollständig ausgeschöpft?	AfD	Bericht Nr. 72

Lfd. Nr.		Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
					nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz	Wie stellt sich der Mittelabruf im laufenden Jahr (2025) dar? Auf welcher Grundlage basieren die deutlich erhöhten Ansätze für die Haushaltsjahre 2026 und 2027?		
91.		75	1140	27292	Zuschüsse der EU aus dem ESF für konsumtive Zwecke (Förderperiode 2021-2027)	Welche konkreten Projekte sollen mithilfe der erhöhten ESF-Mittel umgesetzt werden?	CDU SPD	<i>Bericht Nr. 73</i>
92.	a)	77 ff.	1140	54010	Dienstleistungen	Zu 2) Bitte um Erläuterung des Anstiegs um 100 Prozent. Zu 5) Welche sonstigen Dienstleister werden im Jahr 2025 über diesen Teilbereich des Titels finanziert? Welche Dienstleister sollen in den kommenden zwei Jahren finanziert werden? Zu 5a) Welche Expertisen werden im laufenden Haushaltsjahr über diesen Teilbereich finanziert? Welche Expertisen sollen über diesen Teilbereich in den folgenden Jahren finanziert werden? Zu 5b) Welche Expertisen werden im laufenden Haushaltsjahr über diesen Teilbereich finanziert? Welche Expertisen sollen über diesen Teilbereich in den folgenden Jahren finanziert werden? Zu 6) Geschäftsbesorgungsvertrag zur Umsetzung arbeitsmarktlicher Förderungen (Jobcoaching, Qualifizierung, Beschäftigung): Wie erklärt sich der Mittelaufwuchs in den folgenden zwei Haushaltsjahren? Welche konkreten Projekte werden mit den zusätzlichen Mitteln gefördert? Zu 7) Geschäftsbesorger für Prüfdienstleistungen: Wie erklärt sich die starke Absenkung im Vergleich zum Ansatz 2025? Zu 12) Welche Dienstleistungen/Projekte genau werden gefördert? Warum wird der Betrag für die Jahre 2026/2027 im Vergleich zu 2025 um 300.000 Euro gesenkt? Wie wird die Bedarfsentwicklung eingeschätzt? Zu 15) Wofür wird das Geld eingeplant? Wann soll das Azubiwerk seine	CDU SPD	<i>Nach Aussprache haben sich die Fragen unter der lfd. Nummer 92b)(GRÜNE) zu Nr. 16 und 17 sowie die gesamte lfd. Nummer 92c)(LINKE) erledigt (s. Inhaltsprotokoll 19/56) <u>im Übrigen</u></i>

Lfd. Nr.		Seite HH- Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Bemerkungen
						Arbeit aufnehmen? Zu 16) Warum wird kein Geld für die Unabhängige Beschwerde- und Beratungsstelle für Auszubildende eingestellt? Wird eine Alternative geplant? Zu 17) Dienstleistungen zur Umsetzung der Ausbildungsplatzumlage (neu): Wie genau setzen sich die Kosten zusammen? Was beinhaltet die Beauftragung konkret? Wie erfolgt die Budgetverteilung? Wann erfolgt die Ausschreibung des Vorhabens und wann soll die Ausbildungsplatzumlage gestartet werden?		Bericht Nr. 74
	b)	77 ff.	1140	54010	Dienstleistungen	Nr. 5a und 5b: Welche Expertisen und Wirkungsanalysen wurden in den letzten beiden Jahren beauftragt? Welche Methodiken wurden verwendet um „Wirkung“ zu messen? Welche sind für die kommenden Haushaltsjahre geplant? Nr. 6 und 9: Für welche Maßnahmen werden die Aufwüchse benötigt, bzw. welche Anpassungen sind in den Verträgen vorgesehen? Nr. 10: Welche Projekte werden gefördert? Inwiefern hält es der Senat angesichts seiner Ankündigungen im Zusammenhang mit dem neu aufgelegten „Bündnis für Ausbildung“ für angemessen, dass die Mittel für die betriebliche Ausbildungsplatzförderung im Handwerk weitgehend auf Vorjahresniveau verbleiben? Nr.12: Wieso kommt es hier zu Kürzungen? Bitte den Abruf und die Nutzerzahlen des letzten Jahres darstellen. Nr. 14 Sieht die Senatsverwaltung die Notwendigkeit einer Informations- und Beschwerdestelle für Arbeitsschutz als nicht gegeben an? Wohin können sich Arbeitnehmer*innen wenden, wenn sie Informations- oder Beschwerdebedürfnisse im Bereich des Arbeitsschutzes haben, Nr. 15: Welche Schritte sind für diesen Doppelhaushalt geplant? Ist eine Entscheidung über die rechtliche Form des Azubiwerks getroffen worden und wenn ja welche? Nr. 16: In den Erläuterungen ist angegeben, dass die Beschwerde- und Beratungsstelle mit dem ESF+-Förderinstrument in den Titeln 68333 und	GRÜNE	

Lfd. Nr.		Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Bemerkungen
						68392 umgesetzt wird. In der Mitteilung zur Kenntnisnahme Drucksache 19/2646 erklärt der Senat hingegen, dass eine Beschwerde- und Beratungsstelle für Auszubildende nicht erforderlich ist. Wie sind diese widersprüchlichen Aussagen zu verstehen?. Mit welchen Mitteln und Maßnahmen will der Senat der Diskriminierung am Ausbildungsplatz in Berlin entgegenwirken? Nr. 17: Für wann ist mit einer Ausschreibung zu rechnen? Gibt es ein konkretes Konzept zur Umsetzung?		Bericht Nr. 74
	c)	77 ff.	1140	54010	Dienstleistungen	Wofür ist der Betrag in Ziffer 17 genau vorgesehen?	LINKE	
	d)	77 ff.	1140	54010	Dienstleistungen	· Bitte um eine Darstellung der <i>Ist</i>-Werte bzw. des Mittelabrufs im Vergleich zum jeweiligen Haushaltsansatz für alle unter Titel 54010 geführten Einzelvorhaben in den Haushaltsjahren 2024 und bisher 2025. · Für die Vorhaben mit den laufenden Nummern 5, 5a, 5b, 6, 7, 9, und 15 bitte um: Begründung der haushaltsrechtlichen Notwendigkeit, Darstellung der Mittelverwendung/des Mittelabrufs (je Haushaltsjahr), Erläuterung der jeweiligen Ansatzserhöhungen (oder Reduzierungen) im Vergleich zu den Vorjahren, sachliche und haushaltsrechtliche Begründung für die Veränderung, Auswirkungen auf die Zielerreichung bzw. Aufgabenerfüllung. Zu Nr. 17 (neu), <i>Dienstleistungen zur Umsetzung der Ausbildungsplatzumlage</i> · Wie wurde die Wirksamkeit der Ausbildungsplatzumlage gegenüber bestehenden Förderinstrumenten (z. B. BAPP, Mentoring) abgegrenzt und evaluiert? · Wie wird vom Senat die Wirksamkeit der geplanten Ausbildungsplatzumlage (Nr. 17, Titel 54010) bewertet, zumal diese, das zentrale Problem der Ausbildungsfähigkeit — nicht adressiert? Wie wird sichergestellt, dass die Maßnahme nicht an den eigentlichen	AfD	

Lfd. Nr.		Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
						strukturellen Ursachen für unbesetzte Ausbildungsplätze (insbesondere mangelnde schulische Grundkompetenzen bzw. mangelnde Ausbildungsreife, Passungsprobleme) vorbeigeht und daher haushaltsökonomisch ins Leere läuft? · Wie bewertet der Senat die haushaltspolitische Verhältnismäßigkeit des veranschlagten Vorhabens zur Einführung einer Ausbildungsplatzumlage im Verhältnis zu seinem erwarteten arbeitsmarktpolitischen Nutzen? · Welche konkreten Zielzahlen (z. B. zusätzliche Ausbildungsplätze, Beteiligungsquote der Betriebe) liegen der Mittelveranschlagung zugrunde? · Wie wird sichergestellt, dass die Investition in das Fachverfahren (750.000 EUR jährlich) nicht zu einem isolierten Insellösungsprojekt ohne Anschlussfähigkeit wird? · Welche rechtlichen, datenschutzrechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen wurden für die Umlage geschaffen, und wie ist deren Umsetzungsstand? <i>Bitte um Konkretisierung:</i> · Auf welcher empirischen Grundlage basiert die Annahme, dass die Umlage zu einer signifikanten Erhöhung der Zahl betrieblicher Ausbildungsverhältnisse führen wird? · Wie wird der haushaltsseitige Mitteleinsatz (über 6 Mio. EUR für 2026/27) im Verhältnis zur Zielgröße von 2.000 zusätzlichen Ausbildungsverträgen bewertet? · Welche Indikatoren und Evaluationsmechanismen sind vorgesehen, um die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Maßnahme zu überprüfen?		
ÄÄ		77 ff.	1140	54010	Dienstleistungen	Ansatz 2026: 13.596.000 Ansatz 2027: 13.968.000		

Lfd. Nr.	Seite HH- Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
					VE 2026: 24.771.000 VE 2027: 11.428.000		
Änderungsanträge der Fraktionen							
					LINKE <u>Änderungsantrag Nr. 2</u> 2026: + 225.000 2027: + 225.000 a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Rücknahme der Kürzungen im Teilansatz 14 „Informations- und Beschwerdestelle für Arbeitsschutz“ b) <i>Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)*</i> TA 14 „Informations- und Beschwerdestelle für Arbeitsschutz“ Ansatz 2026: 100.000 Ansatz 2027: 100.000 TA 16 „Unabhängige zentrale Beschwerde- und Beratungsstelle für Auszubildenden“ Ansatz 2026: 125.000 Ansatz 2027: 125.000		AfD <u>Änderungsantrag Nr. 2</u> 2026: - 3.200.000 2027: - 3.221.000 VE 2026: - 3.200.000 VE 2027: - 3.221.000 a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> TA 5a), <i>Expertisen, Wirkungsanalysen und fachpolitisches Controlling</i> Anpassung an die bisherigen Ausgaben und den tatsächlichen Mittelabruf. TA 5b), <i>Expertisen</i> Anpassung an die bisherigen Ausgaben und den tatsächlichen Mittelabruf. TA 15, <i>Ausbildungswerk</i> Die Machbarkeitsstudie zum Azubiwerk liegt noch nicht vor. Die Mittel für die Haushaltsjahre 2026/27 bilden somit den Betrieb des Azubiwerks ab, dessen konkrete Ausgestaltung und

Lfd. Nr.	Seite HH- Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
							Wirtschaftlichkeit bislang nicht abschließend vorliegt. TA 17 (neu), Dienstleistungen zur Umsetzung der Ausbildungsplatzumlage Die gesetzliche Grundlage für die Ausbildungsplatzumlage liegt derzeit nicht vor. Eine haushaltswirksame Veranschlagung für Dienstleistungen im Jahr 2026 ist daher nicht erforderlich. b) <i>Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)*</i> TA 5a) 2026: -50.000 TA 5b) 2026: -40.000/ 2027: -40.000 TA 15, Ausbildungswerk 2026: 0/ 2027: 0 TA 17 (neu) 2026: -3.110.000/2027: -3.181.000 Gegenfinanzierung c) <i>Anbringung Haushaltsvermerke*</i>: TA 15, Ausbildungswerk Die veranschlagten Mittel für den Betrieb des Ausbildungswerks im Haushaltsjahr 2026 werden nach Vorlage (und positiver Bewertung) der Machbarkeitsstudie „Azubiwerk“ sowie eines belastbaren Betriebskonzepts durch den

Lfd. Nr.		Seite HH- Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag		Fraktion	Bemerkungen
								Hauptausschuss freigegeben.	
						Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich <u>abgelehnt</u> mit CDU, SPD und AfD gegen GRÜNE und LINKE		Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich <u>abgelehnt</u> mit CDU, SPD, GRÜNE und LINKE gegen AfD	
93.		80	1140	54053	Veranstaltungen	· Sind neue Veranstaltungen im DHH 2026/27 geplant? · Wie haben sich die <i>Ansatz-/Ist</i> -Werte seit 2023 entwickelt? · Wodurch wird der Mittelaufwuchs im DHH 2026/27 gerechtfertigt?			AfD <i>Bericht Nr. 75</i>
ÄÄ		80	1140	54053	Veranstaltungen	Ansatz 2026: 140.000 Ansatz 2027: 140.000 VE 2026: 50.000 VE 2027: 50.000			
Änderungsanträge der Fraktionen									
							AfD <u>Änderungsantrag Nr. 3</u> 2026: - 40.000 2027: - 40.000 a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Anpassung an die bisherigen Ausgaben und den tatsächlichen Mittelabruf. b) <i>Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)*</i> 2026: -40.000 /2027: -40.000		

Lfd. Nr.		Seite HH- Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Bemerkungen
							Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich <u>abgelehnt</u> mit CDU, SPD, GRÜNE und LINKE gegen AfD	
94.		81	1140	67106	Ersatz von Ausgaben an die Kreditanstalt für Wiederaufbau	· Was ist das <i>Ist</i> in 2025? · Wie bewertet der Senat die haushaltspolitische Verhältnismäßigkeit der hier veranschlagten Ausgaben zur Beteiligung an Zins- und Ausfallrisiken im Rahmen des AFBG, insbesondere vor dem Hintergrund der wiederholten Unterschreitung des Ansatzes (<i>Ist</i> 2024: 255.442,05 EUR bei einem Ansatz von 350.000 EUR) und welche Ursachen liegen der wiederholten Unterschreitung zugrunde? · Welche arbeitsmarktpolitischen Wirkungen werden mit den unter diesem Titel fallenden Maßnahmen konkret erzielt? · Inwiefern ist die Mittelplanung für 2026/27 an die tatsächliche Inanspruchnahme angepasst worden? Wie wird sichergestellt, dass die bereitgestellten Mittel nicht dauerhaft überdimensioniert sind und stattdessen haushaltswirtschaftlich effizient eingesetzt werden?	AfD	Bericht Nr. 76
95.	a)	82	1140	68132	Zuschüsse nach dem Aufstiegs- fortbildungs- förderungsgesetz (Aufstiegs- BAföG)	Die Zahlen der Nutzer*innen variieren nur leicht zu vorherigen Jahren – wodurch wird die Steigerung der Kosten begründet? Sind Erhöhungen durch den Bund geplant? Welche Maßnahmen sind geplant um die Antragszahlen zu erhöhen und damit mehr Menschen zu fördern?	GRÜNE	Bericht Nr. 77
	b)	82	1140	68132	Zuschüsse nach dem Aufstiegs- fortbildungs- förderungsgesetz (Aufstiegs-	· Wie hoch waren die Nutzerzahlen in 2024 und 2025 und mit wie vielen Nutzern wird in 2026/27 (voraussichtlich) gerechnet? · Was ist das <i>Ist</i> in 2025?	AfD	

Lfd. Nr.		Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
					BAföG)			
96.	a)	84	1140	68333	Zuschüsse zur Förderung der Berufsausbildung	Zu 1) Wie hoch ist der Anteil für die ÜLU und wie viel ist für die Verbundausbildung vorgesehen? Wie haben sich diese jeweils zu 2025 geändert? Zu 2) Berliner Ausbildungsplatzprogramm (BAPP): Welche Leistungskürzungen gehen mit der Absenkung des Teilansatzes einher? Wie lautet die Begründung für die Mittelabsenkung von 2026 auf 2027? Zu 5) Jugendberufsagentur Berlin (JBA Berlin): Warum sind die Aufwüchse für die Jahre 2025 und 2026 nicht gleichmäßig verteilt? Wie lautet die Begründung für die Mittelabsenkung von 2026 auf 2027?	CDU SPD	Bericht Nr. 78
	b)	84	1140	68333	Zuschüsse zur Förderung der Berufsausbildung	Zu Nr. 1) Welche Maßnahmen werden hier gefördert? Bitte um eine Aufschlüsselung der Zuschüsse. Wie hat sich die Verbundausbildung entwickelt, nachdem die Zugangsvoraussetzungen erleichtert wurden? Bitte mit Zahlen seit 2021 belegen. Welche Konsequenzen ergeben sich, wenn der Titel 68604 im Kapitel 0902 im Bundeshaushalt nicht aufgestockt wird? In welcher Höhe sind Landesmittel zur Mitfinanzierung angedacht? Zu Nr. 2) Berliner Ausbildungsplatzprogramm (BAPP): Bitte erklären Sie die massiven Kürzungen. In der Begründung ist die Rede von einem “immer noch recht hohen“ Bedarf. Welche Maßnahmen mit welchen Beteiligungszahlen werden hier gefördert? Inwieweit ist es weiterhin Ziel des Programms, außerbetriebliche Ausbildungsplätze für marktbenachteiligte Jugendliche bereitzustellen? Zu Nr. 3) Welche Projekte werden gefördert und wie verhält sich die Zahl der Mentoring-Plätze bezgl. Angebot und Nachfrage? Was sind die bisherigen Ergebnisse dieses Angebotes? Welche Projekte werden verstetigt und wie wird darüber beschieden? Zu Nr. 4) Welche Projekte werden gefördert?	GRÜNE	

Lfd. Nr.		Seite HH- Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
						Zu Nr. 5) Welche Pläne für die Weiterentwicklung der JBA hat der Senat? Bitte erläutern Sie den starken Mittelaufwuchs in 2026 und die Absenkung in 2027. Was genau soll darüber finanziert werden? Welche Maßnahmen sind geplant, um den hohen Abbruchquoten in der Ausbildung, insbesondere bei den für die Klima- und Energiewende relevanten Berufen, entgegenzuwirken? Welche Rolle spielt das 11. Pflichtschuljahr für die Konzeption der JBA? Wie wird eine unabhängige Beschwerde- und Beratungsstelle innerhalb der JBA verankert? Welcher Anteil der veranschlagten Mittel ist für diese Stelle vorgesehen?		
	c)	84	1140	68333	Zuschüsse zur Förderung der Berufsausbildung	Wie lautet die Begründung für die Mittelveränderungen in den folgenden Teilansätzen - Teilansatz 1: Wie genau werden die Förderprogramme verändert? Warum sollen diese Veränderungen im Vergleich zu den Vorjahren zu einem größeren Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen führen? Führen die Veränderungen in den Förderprogrammen zu einem höheren Mitteleinsatz oder erklärt sich der Zuwachs in diesem Teilansatz ausschließlich durch den gestiegenen Finanzierungsanteil des Landes Berlin bei den Bundesmitteln? - Zu Teilansatz 2 (Berliner Ausbildungsplatzprogramm (BAPP)) Wie erklären sich die Kürzungen um 18% für 2026 bzw. 19% für 2027? Wie viele Ausbildungsplätze sollen demnach für 2026 und 2027 angeboten werden? Soll deren Anzahl verringert werden im Vergleich zu 2025? Handelt es sich bei dem für 2025 angegebenen Wert (11.850.000 EUR) um den IST-Wert? - Zu Teilansatz 5 (Jugendberufsagentur Berlin (JBA Berlin)): Wie genau will der Senat die Arbeit der JBA mit dem Mittelaufwuchs erweitern?	LINKE	Bericht Nr. 78
	d)	84	1140	68333	Zuschüsse zur Förderung der	· Bitte um Darstellung der <i>Ansatz-/Ist</i>-Werte für 2024 und 2025 (jew. für den Titel und die einzelnen Maßnahmen Nr. 1-5).	AfD	

Lfd. Nr.		Seite HH- Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Bemerkungen
					Berufsausbildung	· Wie bewertet der Senat die haushaltspolitische Verhältnismäßigkeit der hier veranschlagten Mittel zur Förderung der Berufsausbildung im Verhältnis zu ihrem erwarteten arbeitsmarktpolitischen Nutzen? · Wie wird die starke Erhöhung der Verpflichtungsermächtigungen zwischen 2026 und 2027 haushaltsrechtlich begründet (ohne klare Begründung für die Dynamik)? · Warum sind die Verpflichtungsermächtigungen für beide Jahre gesperrt? · Wie wird sichergestellt, dass die Mittel haushaltspolitisch nicht ins Leere laufen, insbesondere angesichts der geringen zweckgebundenen Einnahmen aus der Ausbildungsplatzumlage? · Warum erfolgt eine Kürzung der Haushaltsmittel (Nr. 2)? Bitte um konkrete Erläuterungen für die jeweils von Kürzungen betroffenen Maßnahmen. · Bitte um Erläuterungen zu dem aktuellen Stand jew. der Nr. 1 bis 5, der Inanspruchnahme der Maßnahmen, der Wirksamkeit und dem Erfolg (auch Erfolgskontrollen und Evaluationen). Welche Maßnahmen erwiesen sich als besonders erfolgreich? <u>Zu Nr. 2, Berliner Ausbildungsplatzprogramm (BAPP)</u> 1. Bitte um Bericht über den aktuellen Umsetzungsstand. Um welchen prozentualen Anteil wurden die Ausbildungsausbrüche in den Haushaltsjahren 2024 und bisher 2025 (auch i. Vgl. zu den Vorperioden) reduziert? 2. Wie bewertet der Senat die haushaltswirksame Effizienz der neu geschaffenen ganzheitlichen <i>Begleitstruktur</i> im Rahmen des BAPP-Kompakt, insbesondere im Hinblick auf die hohe Zahl unversorgter Bewerber (bitte aktuelle Zahl angeben) und die begrenzte Zahl unbesetzter Ausbildungsstellen (bitte aktuelle Zahl angeben)? Wie viele Ausbildungsplätze wurden in Berlin in 2024 und 2025 geschaffen und auch besetzt, und welcher Art waren diese		

Lfd. Nr.		Seite HH- Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
						„außerbetrieblichen“ Ausbildungsplätze? 3. Welche konkreten Wirkungsindikatoren und Evaluationsmechanismen sind vorgesehen? 4. Wie wird sichergestellt, dass die eingesetzten Mittel zielgerichtet und wirksam zur Stabilisierung von Ausbildungsverhältnissen beitragen? 5. Wie konkret definiert der Senat die „ganzheitliche Begleitstruktur“ im Rahmen des BAPP-Kompakt? – Welche Träger oder Dienstleister sind mit der Umsetzung beauftragt? – Mit welchem Personal wird sie umgesetzt? Welche Qualifikationen und Kapazitäten bringt das eingesetzte Personal mit? – Welche Leistungen umfasst sie in den drei Phasen (Einstieg, Durchführung, Übergang)? 6. Wie verteilen sich die im Haushalt veranschlagten Mittel für das BAPP-Kompakt auf die einzelnen Phasen und Aufgabenbereiche der Begleitstruktur? – Wie hoch sind die Verwaltungskosten im Verhältnis zu den Transferleistungen? – Welche Anteile entfallen auf Personal, Sachkosten, IT, Monitoring und Evaluation? 7. Warum stützt sich die Bedarfsermittlung für das BAPP-Kompakt auf das Berichtsjahr 2022/2023 (Stand September 2023) und nicht auf aktuellere Daten aus 2024 oder 2025? – Welche aktuellen Zahlen liegen dem Senat zur Ausbildungsmarktlage vor? – Wie wird die Aktualität der Daten haushaltsseitig berücksichtigt?		

Lfd. Nr.		Seite HH- Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
						- Wie konkret bewertet der Senat die Aussage, dass die Zahl der unversorgten Bewerber „immer noch recht hoch“ sei? Welche <i>aktuellen</i> Schwellenwerte oder Zielgrößen liegen dieser Einschätzung zugrunde? Wie wird die Wirksamkeit des BAPP-Kompakt im Verhältnis zur tatsächlichen Marktlage gemessen? <u>Zu Nr. 3, Mentoring</u> 1. Bitte um Erläuterung zum aktuellen Umsetzungsstand des Programms. 2. Wie bewertet der Senat die haushaltswirksame Effizienz des Mentoring-Programms zur Vermeidung von Ausbildungsabbrüchen? – Welche konkreten Wirkungsindikatoren liegen vor? – Wie wird die Wirksamkeit des ehrenamtlichen Mentoreneinsatzes evaluiert – und mit welchen (qualitativen und quantitativen) Ergebnissen bisher? 3. Welche Qualifikationen und Schulungen erhalten die eingesetzten Mentoren (bitte um quantitative und qualitative Angaben)? – Wie wird die Qualität und Kontinuität der Betreuung sichergestellt? – Welche Kosten entstehen für Koordination, Supervision und Infrastruktur? 4. Wie hoch ist der Anteil der ESF-Mittel an der Gesamtfinanzierung des Mentoring-Programms? <u>Zu Nr. 4, Begleitprojekte der Berufsausbildung</u> 1. Welche konkreten Begleitprojekte werden im Rahmen der Berufsausbildungsförderung fortgeführt oder neu aufgelegt? – Wie wird deren haushaltswirksamer Beitrag zur Ausbildungsqualität und -stabilität gemessen und		

Lfd. Nr.	Seite HH- Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
					– welche Mittel sind für Evaluation und Qualitätssicherung vorgesehen? <u>Zu Nr. 5, Jugendberufsagentur Berlin (JBA Berlin)</u> - Wie bewertet der Senat die haushaltspolitische Wirksamkeit der JBA Berlin im Hinblick auf die hohe Zahl (Aktuelle Zahl bitte angeben) vorzeitiger Vertragslösungen in der dualen Ausbildung? – Welche quantitativen und qualitativen Zielgrößen sind für die Förderperiode 2026/2027 definiert? – Welche konkreten „nichtmateriellen Anreize“ werden im Rahmen des Projekts eingesetzt, um Jugendliche in der Ausbildung zu stabilisieren? – Wie wird deren Wirksamkeit evaluiert? Welche haushaltswirksamen Komponenten sind damit verbunden? - Wie genau erfolgt die Unterstützung von Jugendlichen, die ihren Ausbildungsvertrag gelöst haben und keinen Anschluss finden? – Welche Maßnahmen sind vorgesehen (Coaching, Nachqualifizierung, Praktika oder Sonstige)? – Wie viele Jugendliche sollen jährlich in 2026 und 2027 betreut werden und wie viele wurden in der Vorperiode betreut? – Wie viele Betreuungskräfte standen 2024 und 2025 zur Verfügung und wie viele sind für 2026 und 2027 (jeweils) eingeplant? - Wie bewertet der Senat die haushaltswirksame Rolle der bereits eingerichteten Netzwerkstelle der Jugendberufsagentur Berlin im Kontext der Maßnahmen zur Stabilisierung von Ausbildungsverhältnissen und zur inklusiven Öffnung der Beratungsangebote? – Welche konkreten Aufgaben übernimmt die Netzwerkstelle im		

Lfd. Nr.		Seite HH- Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
						Rahmen des DHH 2026/27? – Welche personellen und finanziellen Ressourcen sind dafür vorgesehen? – Wie wird die Wirksamkeit der Netzwerkstelle evaluiert und haushaltsrechtlich gesteuert? Wann wird mit ersten Ergebnissen gerechnet?		
ÄÄ		84	1140	68333	Zuschüsse zur Förderung der Berufsausbildung	Ansatz 2026: 22.202.000 Ansatz 2027: 20.452.000 VE 2026: 14.900.000 VE 2027: 23.100.000		
Änderungsanträge der Fraktionen								
						LINKE <u>Änderungsantrag Nr. 3</u> 2026: + 1.100.000 2027: + 1.100.000 a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Rücknahme der Kürzungen in Teilansatz 2 b) <i>Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)*</i> TA 2 „Berliner Ausbildungsplatzprogramm - BAPP“ Ansatz 2026: 10.850.000 Ansatz 2027: 10.600.000		

Lfd. Nr.		Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
					Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich <u>abgelehnt</u> mit CDU, SPD und AfD gegen GRÜNE und LINKE			
97.	a)	89ff.	1140	68351	Zuschüsse für Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung	Zu 2) Bitte um Darstellung der bisher geförderten Modell- und Pilotprojekte. Welche Projekte werden im Jahr 2026 nicht weiterfinanziert, welche im Jahr 2025 noch finanziert wurden? Welche Projekte sollen im Jahr 2027 neu an den Start gehen oder handelt es sich bei dem Aufwuchs nur um prognostizierte Mehrausgaben bei laufenden Projekten?	CDU SPD	Bericht Nr. 79
	b)	89ff.	1140	68351	Zuschüsse für Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung	Zu Nr. 2) Bitte erläutern Sie die Kürzung der Mittel trotz „dringendem arbeitsmarkt- und weiterbildungspolitischen Handlungsbedarf“. Welche der Modellprojekte werden verstetigt? Welche neuen Projekte sind geplant und welche Vorteile werden diese gegenüber den bereits bestehenden Projekten haben? Wie viel Beratungen fanden in den Jahren 2024 und 2025 statt? Welche Einrichtungen sind an der Umsetzung der Maßnahmen beteiligt?	GRÜNE	
	c)	89ff.	1140	68351	Zuschüsse für Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung	· Wurden die im Haushaltsjahr 2025 veranschlagten Mittel planmäßig abgerufen? Falls ja: In welchem Umfang und für welche konkreten Maßnahmen? Falls nein: Welche Gründe führten zur Abweichung vom Ansatz? · Warum wurde der Mittelabruf im Jahr 2024 deutlich unterschritten (Ist: 6.995.577,67 EUR bei einem Ansatz von 7,6 Mio. EUR)? Wie ist die Fortschreibung zu rechtfertigen? Zu <u>Nr. 1</u> , Weiterbildungsberatungsstellen und Weiterbildungsdatenbank · Seit wann werden die innovativen Weiterbildungskonzepte entwickelt und erprobt – welche konkreten Inhalte und Formate wurden bisher gefördert? –Welche Träger sind aktuell beteiligt?	AfD	

Lfd. Nr.		Seite HH- Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
						· Wie wird die Wirksamkeit der geförderten Weiterbildungskonzepte und Beratungsangebote evaluiert? – Welche Kennzahlen liegen vor (Teilnehmeranzahl, Vermittlungsquoten, Zufriedenheit)? Bitte für die Jahre 2024, 2025 und prospektiv 2026/27 angeben. – Wie wird die haushaltswirksame Effizienz der eingesetzten Mittel bewertet? · Welche Leistungen wurden durch die Weiterbildungsdatenbank erbracht? – Wie hoch waren die jährlichen Betriebskosten? – Welche technischen und inhaltlichen Anforderungen sind bei der Überführung in „mein NOW“ zu erfüllen? <u>Zu Nr. 2, Modell- und Pilotprojekte</u> · Welche Problembereiche sind das, für die eindringender arbeitsmarkt- und weiterbildungspolitischer Handlungsbedarf besteht und die nachweislich zur Modernisierung der beruflichen Kompetenzentwicklung beitragen? · Welche konkreten Modell- und Pilotprojekte, die der Fachkräftesicherung dienen, wurden seit Beginn der Förderperiode entwickelt und erprobt? · Welche Inhalte, Zielgruppen und Branchen wurden bisher und insb. in 2024/25 adressiert? · Wie wird der Innovationsgrad der Projekte bewertet? · Bitte um quantitative Erläuterungen zur Erfolgsmessung und Wirkung (Nutzerzahlen, Übergangsquoten, Qualifikationsgewinne). · Wie wird die haushaltswirksame Effizienz der eingesetzten Mittel		

Lfd. Nr.		Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
						bewertet? · Wie verteilen sich die Mittel auf Projektentwicklung, Umsetzung, Personal und Infrastruktur? · Wie ist der stark reduzierte Ansatz der im DHH 2026/27 veranschlagten Mittel konkret zu begründen?		
98.	a)	92 ff.	1140	68355	Zuschüsse für Berliner Jobcoaching und Qualifizierung	Wie erklärt sich die starke Abweichung zwischen dem IST 2024 und dem Ansatz 2025?	CDU SPD	<i>Nach Aussprache erledigt (s. Inhaltsprotokoll 19/56)</i>
	b)	92 ff.	1140	68355	Zuschüsse für Berliner Jobcoaching und Qualifizierung	Inwiefern hält der Senat die eingestellten Mittel für insgesamt ausreichend, um den Herausforderungen bei der Integration von langzeiterwerbslosen Menschen gerecht zu werden? Warum wurde der Maßnahmenkatalog verkleinert? Zu Nr.1) Bitte um Erläuterung, welche prognostizierte Entwicklung der öffentlich geförderten Beschäftigung den Ansätzen zugrunde liegt? Welche Maßnahmen werden dabei unterstützt? Welche Ziele verfolgt der Senat beim Jobcoaching? Zu Nr. 3) Wie viele Personen nahmen an der Maßnahme „Vorgründungscoaching“ in den Jahren 2023, 2024 und 2025 teil? Bitte listen Sie die Zahlen der beschäftigten Coaches nach Maßnahmen und Tarifeingruppierung auf. Was verspricht sich der Senat von der Verdreifachung der Mittel?	GRÜNE	Bericht Nr. 80
	c)	92 ff.	1140	68355	Zuschüsse für Berliner Jobcoaching und	Erbeten wird eine Aufschlüsselung des Einsatzes der Mittel in 2024, wo das Ist 12,5 Mio. € betragen hat. Wie erklärt sich der Mittelaufwuchs bei Nr. 1 (Jobcoaching)?	LINKE	

Lfd. Nr.		Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
					Qualifizierung	Wie erklärt der Senat den niedriger gesetzten Ansatz für 2026 und 2027 als der Ist 2024 ist? Welche Maßnahmen genau im Bereich öffentlich geförderte Beschäftigung und Qualifizierung hat der Senat gefördert und wie ist die Planung für 2026 und 2027?		
	d)	92 ff.	1140	68355	Zuschüsse für Berliner Jobcoaching und Qualifizierung	1. Bitte um Angabe der /Ist-Werte für 2025 bei den einzelnen Maßnahmen. Bitte um Erläuterungen zu den (jeweils) veränderten <i>Ansätzen</i> im DHH 2026/27. 2. Bitte um Bericht über den aktuellen Umsetzungsstand/ die Zielerreichung der einzelnen Maßnahmen – auch derer, aus dem DHH 2024/25. 3. Wie stellt sich die erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt quantitativ dar? 4. Welche der Coaching- und Qualifizierungsmaßnahmen im Einzelnen waren (nachweislich) in 2024/25 besonders erfolgreich und wie stellt sich der Erfolg der jeweiligen Maßnahmen dar? Bitte um (quantitative und qualitative) Erläuterungen. Fanden Evaluationen statt? 5. Wie sind die i. Vgl. zur Vorperiode veränderten Ansätze zu erklären?	AfD	
ÄÄ		92 ff.	1140	68355	Zuschüsse für Berliner Jobcoaching und Qualifizierung	Ansatz 2026: 11.735.000 Ansatz 2027: 12.257.000 VE 2026: 4.323.000 VE 2027: 4.549.000		
Änderungsanträge der Fraktionen								
					GRÜNE	LINKE	AfD	
					<u>Änderungsantrag Nr. 1</u>	<u>Änderungsantrag Nr. 4</u>	<u>Änderungsantrag Nr. 4</u>	

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
				2026: + 1.000.000 2027: + 1.000.000	2026: + 1.100.000 2027: + 1.000.000	2026: - 600.000 2027: - 550.000	VE 2026: - 600.000 VE 2027: - 550.000
				a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Ansatz nicht ausreichend in Anbetracht Konjunktur und Auslaufen SGE b) <i>Titelerläuterung/ (verbindliche Erläuterung)*</i> Zu lfd. Nr 1: Berliner Jobcoaching in öffentlich geförderter Beschäftigung Ansatz 2026: 11.330.000 Ansatz 2027: 11.800.000	a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Aufstockung aufgrund Auslaufens von SGE/Maßnahmen gegen Langzeitarbeitslosigkeit b) <i>Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)*</i> Aufstockung aufgrund Auslaufens von SGE/Maßnahmen gegen Langzeitarbeitslosigkeit Ansatz 2026: 12.835.000 Ansatz 2027: 13.257.000	a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Umschichtung zur Priorisierung nachweislich wirksamer Maßnahmen. Das Vorgründungsscoaching zeigt mit einer Erfolgsquote von 64 % eine besonders hohe Wirkung. Die Evaluation von Qualifizierungsmaßnahmen (<i>Qualifizierung Plus</i> ist „ausdrücklich positiv“, aber nicht flächendeckend (Vgl. Berichtsauftrag Nr. 80 der Sammelvorlage). b) <i>Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)*</i> TA 1, Jobcoaching 2026: -1.000.000/ 2027: -1.000.000 Gegenfinanzierung TA 2, Qualifizierung für Beschäftigung, Qualifizierung Plus 2026: +200.000/ 2027: +250.000 TA 3, Vorgründungsscoaching 2026: +200.000/ 2027: +200.000	

Lfd. Nr.		Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
					Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich <u>abgelehnt</u> mit CDU, SPD und AfD gegen GRÜNE und LINKE	Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich <u>abgelehnt</u> mit CDU, SPD und AfD gegen GRÜNE und LINKE	Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich <u>abgelehnt</u> mit CDU, SPD, GRÜNE und LINKE gegen AfD	
99.	a)	94 ff.	1140	68356	Landeszuschüsse für Beschäftigung	Weshalb sinken die Landeszuschüsse für Beschäftigung von 29,3 Mio. € (2025) auf 26,95 Mio. € (2027), obwohl die Zahl der Langzeitarbeitslosen in Berlin hoch bleibt? Hat dies nur mit den gesunkenen Vermittlungen der Jobcenter zu tun? Zu 1) Zuschüsse zur Freien Förderung nach § 16 f SGB II und sonstige Projektförderungen: Wie werden die erhöhten Mittel im Einzelnen umgesetzt? Zu 2) Öffentlich geförderte Beschäftigung (Zuschüsse zu Maßnahmen nach §§ 16 e und i SGB II und sonstigen Beschäftigungsprogrammen) und Landeszuschüsse für KMU (LKMU) sowie Lohnkostenzuschüsse für Ältere: Wie lautet die Planungsgrundlage für die Mittelabsenkung? Wie erfolgt die konkrete Umsetzung der Mittelkürzungen? Bitte um eine projektscharfe Darstellung der Veränderungen der Teilansätze 1, 2 und 3 im Vergleich zu 2025. Bitte die Prioritätenverschiebung zum Titel 68355 darstellen: in welcher Höhe wurden Mittel im Vergleich zu 2025 aus dem Titel 68356 in den Titel 68355 verschoben? Auf welcher Grundlage wird die Integrationsstärke der beiden Instrumente verglichen? Wieso wird die Förderung im Bereich Teilhabe am Arbeitsmarkt zugunsten anderer Instrumente zurückgefahren, obwohl gerade langzeitarbeitslose Menschen diese Unterstützung dringend benötigen? Liegt auch das an der gesunkenen Vermittlung der Jobcenter in diesem Bereich?	CDU SPD	Bericht Nr. 81

Lfd. Nr.		Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
	b)	94 ff.	1140	68356	Landeszuschüsse für Beschäftigung	Weshalb sinken die Landeszuschüsse für Beschäftigung von 29,3 Mio. € (2025) auf 26,95 Mio. € (2027), obwohl die Zahl der langzeiterwerbslosen Personen in Berlin nach wie vor hoch ist? Hat dies mit den gesunkenen Vermittlungszahlen der Jobcenter zu tun? Bitte erläutern Sie die genannte „Prioritätenverschiebung“ zugunsten des Titels 68355 (Zuschüsse für Berliner Jobcoaching und Qualifizierung). Wie bewertet der Senat die Wirkung der Programme und Förderinstrumente dieses Titels im Vergleich zu den Instrumenten des Titels 68355, insbesondere in Hinsicht auf die Qualität der Integration von langzeiterwerbslosen Personen in den ersten Arbeitsmarkt? Gibt es zwischen diesen Titeln bewusste Verschiebungen von Mitteln und wenn ja in welcher Höhe? Zu Nr. 1) In welcher Höhe soll das BALZ gefördert werden ? Wie sieht die Finanzierung der weiteren Projekte aus? Bitte projektscharf im Vergleich zum Ansatz und Ist 2025 darstellen. Zu Nr. 2) Welche Projekte wurden mit den Mitteln gefördert? Bitte projektscharf im Vergleich zum Ansatz und Ist 2025 darstellen. Wie viele Stellen nach §16 SGBII müssen aufgrund der Kürzungen gestrichen werden? Welche Ersatzmaßnahmen sind geplant? Aufgrund welcher Planungsgrundlage wurde hier entschieden? Zu Nr. 3) Welche Projekte wurden und werden gefördert? Bitte projektscharf im Vergleich zum Ansatz und Ist 2025 darstellen. Zu Nr. 4) Welche Projekte wurden gefördert und wie sehen die Teilnehmerinnenzahlen aus? Welche Projekte sollen in Zukunft gefördert werden?	GRÜNE	Bericht Nr. 81
	c)	94 ff.	1140	68356	Landeszuschüsse für Beschäftigung	Die Veränderungen der Teilansätze 1 (Zuschüsse zur Freien Förderung nach § 16 f SGB II und sonstige Projektförderungen), 2 (Öffentlich	LINKE	

Lfd. Nr.		Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
						geförderte Beschäftigung (Zuschüsse zu Maßnahmen nach §§ 16 e und i SGB II und sonstigen Beschäftigungsprogrammen) und Landeszuschüsse für KMU (LKMU) sowie Lohnkostenzuschüsse für Ältere) und 3 (Besondere Projekte der Berufsbildungspolitik) bitte projektscharf im Vergleich zu 2025 darstellen. Wie lautet die Planungsgrundlage für die Mittelabsenkung des Teilansatz 2? Weshalb sinken die Landeszuschüsse für Beschäftigung von 29,3 Mio. € (2025) auf 26,95 Mio. € (2027), obwohl die Zahl der Langzeitarbeitslosen in Berlin hoch bleibt? Hat dies nur mit den gesunkenen Vermittlungen der Jobcenter zu tun? Bitte die Prioritätenverschiebung zum Titel 68355 darstellen, in welcher Höhe wurden Mittel im Vergleich zu 2025 aus dem Titel 68356 in den Titel 68355 verschoben? Auf welcher Grundlage wird die integrationsstärkere der beiden Instrumente verglichen? Wieso wird die Förderung im Bereich Teilhabe am Arbeitsmarkt zugunsten anderer Instrumente zurückgefahren, obwohl gerade langzeitarbeitslose Menschen diese Unterstützung dringend benötigen? Liegt auch das an der gesunkenen Vermittlung der Jobcenter in diesem Bereich?		Bericht Nr. 81
	d)	94 ff.	1140	68356	Landeszuschüsse für Beschäftigung	1. Bitte um Erläuterungen zur Mittelverwendung bei den jeweiligen Maßnahmen in 2024 und 2025. Wie sind die veränderten Ansätze im DHH 2026/27 zu erklären? 2. Wie stellt sich der Erfolg der einzelnen Maßnahmen in der Förderperiode 2024/2025 dar? Inwiefern fanden Evaluationen statt?	AfD	

Lfd. Nr.		Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
						Bitte um Bericht über den aktuellen Umsetzungsstand (quantitative und qualitative) Erläuterungen dazu sowie allgemein über die neu eröffneten Beschäftigungschancen auf lokaler Ebene. <u>Zu Nr. 2:</u> Wie hoch ist die Anzahl der Begünstigten jeweils (§§ 16 e und i und sonstigen Beschäftigungsprogrammen) bezogen auf die Maßnahme Nr. 2? <u>Zur Nr. 3:</u> Bitte um nähere Erläuterungen – welche <i>Projekte zur Identifizierung und Erprobung neuer Ansätze zur Verbesserung von Vermittlung, Beschäftigung und Integration in Beschäftigung</i> sind das konkret? Wie bewertet der Senat die haushaltspolitische Wirksamkeit dieser Projekte und welche Kennzahlen liegen hierzu zur Verfügung?		
ÄÄ		94 ff.	1140	68356	Landeszuschüsse für Beschäftigung	Ansatz 2026: 27.476.000 Ansatz 2027: 26.954.000 VE 2026: 34.409.000 VE 2027: 18.332.000		
Änderungsanträge der Fraktionen								
					GRÜNE	LINKE	AfD	
					<u>Änderungsantrag Nr. 2</u>	<u>Änderungsantrag Nr. 5</u>	<u>Änderungsantrag Nr. 5</u>	
					2026: + 150.000 2027: + 150.000	2026: + 1.024.000 2027: + 1.900.000	2026: - 1.500.000 2027: - 1.500.000	
					a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Zu lfd. Nr. 4: Ansatz nicht ausreichend in Anbetracht Konjunktur und Auslaufen	a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> b) <i>Titelerläuterung/(verbindliche</i>	VE 2026: - 1.500.000 VE 2027: - 1.500.000	

Lfd. Nr.	Seite HH- Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
				SGE b) <i>Titelerläuterung/ (verbindliche Erläuterung)*</i> Zu lfd. Nr 4: Lokal-Sozial-Innovativ (LSI) Ansatz 2026: 2.900.000 Ansatz 2027: 2.900.000	<i>Erläuterung)*</i> Aufstockung aufgrund Auslaufens von SGE/Maßnahmen gegen Langzeitarbeitslosigkeit Ansatz 2026: 28.500.000 Ansatz 2027: 28.854.000		a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> TA 1 Priorisierung. TA 2 Anpassung; Priorisierung besonders wirksamer Maßnahmen und bessere haushaltspolitische Steuerung. Die veränderte Förderpraxis der Jobcenter erfordert zudem eine genauere Ausrichtung der Landesförderung. Eine projektscharfe Bedarfsanalyse soll sicherstellen, dass Mittel zielgerichtet und wirksam eingesetzt werden. <i>b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)*</i> TA 1 2026: -500.000/2027: -500.000. Gegenfinanzierung TA 2 2026: -1.000.000/2027: -1.000.000 Gegenfinanzierung <i>c) Anbringung Haushaltsvermerke*:</i> TA 2: Zweckbindung Die Mittel für Soziale Betriebe dürfen nur verwendet werden, wenn: · eine Integration in den ersten Arbeitsmarkt nachweislich angestrebt wird, · die Stellen nicht ausschließlich zur

Lfd. Nr.		Seite HH- Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
								Beschäftigung ohne Perspektive geschaffen werden, eine Evaluation der Kompetenzentwicklung erfolgt.
					Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich <u>abgelehnt</u> mit CDU, SPD und AfD gegen GRÜNE und LINKE	Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich <u>abgelehnt</u> mit CDU, SPD und AfD gegen GRÜNE und LINKE	Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich <u>abgelehnt</u> mit CDU, SPD, GRÜNE und LINKE gegen AfD	
100.		98	1140	68392	Zuschüsse an private Unternehmen aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)	1. Bitte um Darstellung des <i>Ist</i> -Werts für das Jahr 2025. 2. Wie ist die Unterschreitung des Ansatzes im Jahr 2024 zu erklären und wie begründet sich daraus der Mittelaufwuchs im Doppelhaushalt 2026/27? 3. Bitte um Erläuterung des aktuellen Stands der Maßnahmen Nr. 1 und 2 sowie ihrer einzelnen Programme. Welche Programme waren nachweislich besonders erfolgreich, und anhand welcher Kriterien wurde dies festgestellt? 4. Wie viele Ausbildungsabbrüche konnten in den Jahren 2024 und 2025 jeweils vermieden werden (Nr. 2)? Welche Daten liegen vor, um die Wirksamkeit der Maßnahmen zu evaluieren und zu rechtfertigen?	AfD	<i>Bericht Nr. 82</i>
101.	a)	99	1140	68406 (neu)	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	Wie genau setzen sich die Kosten zusammen? Wer ist Träger des Projektes und wie lautet der Projektname? Wenn das Projekt 2024 eingerichtet wurde, über welche Mittel wurde das Projekt im HH 2024/2025 finanziert und in welcher Höhe?	CDU SPD	<i>Bericht Nr. 83</i>
	b)	99	1140	68406 (neu)	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	Wie viele Menschen wurden seit Eröffnung in der Schutzwohnung untergebracht und beraten? Wie viele Plätze können mit den Mitteln gewährleistet werden? Zu welchen Themen können Beratungen durchgeführt werden? Über welche Mittel/Titel wurde das Projekt im DHH 2024/2025 finanziert und in welcher Höhe?	GRÜNE	

Lfd. Nr.		Seite HH- Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
	c)	99	1140	68406 (neu)	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	Wer ist Träger des Projektes und wie lautet der Projektname? Wenn das Projekt 2024 eingerichtet wurde, über welche Mittel wurde das Projekt im HH 2024/2025 finanziert und in welcher Höhe.	LINKE	
ÄÄ		99	1140	68406 (neu)	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	Ansatz 2026: 550.000 Ansatz 2027: 550.000		
Änderungsanträge der Fraktionen								
					GRÜNE			
					<u>Änderungsantrag Nr. 3</u>			
					2026: + 300.000 2027: + 300.000			
					a) Begründung zum Änderungsantrag höherer Bedarf, insbesondere auch bei Auszubildenden			
					b) Titelerläuterung/ (verbindliche Erläuterung)* Ansatz 2026: 850.000 Ansatz 2027: 850.000			
					Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich <u>abgelehnt</u> mit CDU und SPD gegen GRÜNE und LINKE bei Enthaltung AfD			

Lfd. Nr.		Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Bemerkungen
102.	a)	99	1140	68453	Zuschüsse für besondere Projekte der Arbeitsmarkt- und Berufsbildungs-politik	Warum fällt der Titel weg? Welche Projekte sind davon betroffen? Werden die Projekte in andere Titel überführt?	CDU SPD	Bericht Nr. 84
	b)	99	1140	68453	Zuschüsse für besondere Projekte der Arbeitsmarkt- und Berufsbildungs-politik	Welche Maßnahmen zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit hat der Senat nach dem Auslaufen des Projekts Solidarisches Grundeinkommen (SGE) geplant und wo sind diese im Haushaltsplan abgebildet? Im Jahr 2025 waren für das genannte Projekt im EP 11 noch 18.444.000 € eingeplant: Werden diese Gelder auf andere Projekte und Maßnahmen verteilt? Wenn ja, wird eine genaue Auflistung erbeten. Wenn nein, warum nicht?	LINKE	
103.	a)	99ff.	1140	68476	Zuschüsse für Maßnahmen der Berufsorientierung und Berufs-vorbereitung	Hält der Senat die eingestellten Mittel für insgesamt ausreichend, um den Herausforderungen bei der Berufsorientierung gerecht zu werden? Inwieweit setzt der Senat bereits auf die Wirkung der geplanten Ausbildungsplatzumlage? Wie sind die Sperrvermerke bei den Verpflichtungsermächtigungen erklärbar, wenn gleichzeitig ein hoher Bedarf an frühzeitiger Förderung besteht? Zu Nr. 1) Bitte die Nutzerinnenzahlen im Verlauf der letzten 5 Jahre darstellen Zu Nr. 2) Bitte die Nutzerinnenzahlen im Verlauf der letzten 5 Jahre darstellen Zu Nr. 3) Bitte die Nutzerinnenzahlen darstellen. Aus welchen Gründen kommt es hier zu einem Aufwuchs der Mittel? Bitte listen Sie die einzelnen Projekte auf. Wie sieht konkret die geplante Implementierung	GRÜNE	Bericht Nr. 85

Lfd. Nr.		Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
						der Berufsorientierung für Klima-Berufe aus? Zu Nr. 4) Welche Projekte werden weitergeführt, welche gestrichen? Bitte die Nutzerinnenzahlen der letzten Jahre für alle Projekte darstellen. Wird das Berufsorientierungsprojekt Bauwerkstatt weiterhin gefördert? Zu Nr. 6) ist eine Evaluation an anderer Stelle etatisiert? Zu Nr. 7) Bitte die Nutzer*innenzahlen darstellen. Wie bewertet der Senat den Wegfall der Maßnahme vor dem Hintergrund der Folgen des Klimawandels und die Notwendigkeit der Energiewende? Welche Schritte zur Förderung der Fachkräftesicherung der Energiewende sind geplant? Zu Nr. 8) Wie viele MSA-Abschlüsse konnten in den Jahren seit Einführung des Programms erreicht werden? Zu Nr. 9) Warum ist das Programm nur mit einem Merkansatz eingestellt? Was versteht der Senat unter „sozial schlechter gestellten Familien“?		Bericht Nr. 85
	b)	99ff.	1140	68476	Zuschüsse für Maßnahmen der Berufsorientierung und Berufsvorbereitung	Wie sind die Sperrvermerke bei den Verpflichtungsermächtigungen erklärbar, wenn gleichzeitig ein hoher Bedarf an frühzeitiger Förderung besteht?	LINKE	
	c)	99ff.	1140	68476	Zuschüsse für Maßnahmen der Berufsorientierung und Berufsvorbereitung	Wie (und wann) erfolgten Erfolgskontrollen im Hinblick auf die Wirkung und Zielerreichung der einzelnen Vorhaben? Bitte um Bericht über den aktuellen Umsetzungsstand und Erläuterungen, inwiefern mit dem Mitteleinsatz das mit dem jew. Vorhaben verfolgte Ziel bisher erreicht wurde.	AfD	

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
					<u>Zu Nr. 1 und 2</u> Mit welcher steigenden Schülerzahl wird gerechnet und wie hat sich die Zahl seit dem Jahr 2023 jährlich entwickelt? <u>Zu Nr. 1, Komm auf Tour</u> Wie bewertet der Senat die Kostenentwicklung und den Wirkungsnachweis des Programms „Komm auf Tour“ angesichts gleichbleibender Mittel (960.000 EUR/Jahr) bei stagnierenden Teilnehmerzahlen? Wann fand die letzte Evaluation statt? <u>Zu Nr. 2, Berliner vertiefte Berufsorientierung (BVBO)</u> Welche konkreten Maßnahmen sind im neuen DHH 2026/27 geplant? <u>Zu Nr. 3, Regionale Berufsorientierung</u> Wie wird die regionale Verteilung der Mittel (900.000 EUR/Jahr) gesteuert, um eine gleichmäßige, zugleich bedarfsorientierte Versorgung aller Bezirke sicherzustellen? <u>Zu Nr. 4, Modell- und Pilotprojekte</u> Welche Kriterien legt der Senat für die Auswahl und insb. Bewertung von Modellprojekten zugrunde? Wie erfolgreich sind (nachweislich) die Berufsorientierungskonzepte bzw. welche Modellprojekte bisher? Wie wird die Verstetigung erfolgreicher Projekte haushalterisch berücksichtigt? <u>Zu Nr. 5, ARRIVO Berlin</u> Wie wird die Integration von Geflüchteten in Ausbildung und Arbeit durch das Programm ARRIVO evaluiert? Welche belastbaren Erfolgskennzahlen liegen für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 vor? Welche Wirkungsnachweise rechtfertigen den kontinuierlichen Mitteleinsatz von über 2 Mio. EUR jährlich aus haushaltspolitischer Sicht? <u>Zu Nr. 8, Fachkräftesichernde Qualifizierung zum Nachholen des MSA</u>		

Lfd. Nr.		Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
						(FQ MSA) Wie viele Teilnehmer sollen jährlich im Rahmen der Maßnahme „Fachkräftesichernde Qualifizierung zum Nachholen des MSA (FQ MSA)“ gefördert werden? Welche Erfolgskennzahlen (z. B. bestandene Prüfungen bzw. Abschlüsse, Übergänge in Ausbildung oder Arbeit) liegen für die Jahre 2024 und 2025 vor? <u>Zu Nr. 9, Schulpate</u> Warum wird die Maßnahme „Schulpate“ lediglich mit einem Merkposten von 1.000 EUR veranschlagt? Welche inhaltlichen und haushaltspolitischen Überlegungen stehen hinter dieser symbolischen Ansatzzahl? Ist eine tatsächliche Umsetzung (ab wann?) geplant oder handelt es sich um eine rein vorsorgliche Positionierung? Bitte um Erläuterungen.		
ÄÄ		99ff.	1140	68476	Zuschüsse für Maßnahmen der Berufsorientierung und Berufsvorbereitung	Ansatz 2026: 12.321.000 Ansatz 2027: 12.321.000 VE 2026: 14.310.000 VE 2027: 10.330.000		
Änderungsanträge der Fraktionen								
CDU/SPD			GRÜNE			AfD		
<u>Änderungsantrag Nr. 1</u>			<u>Änderungsantrag Nr. 4</u>			<u>Änderungsantrag Nr. 6</u>		
2026: + 300.000 2027: + 300.000			2026: + 1.000.000 2027: + 1.000.000			2026: + 690.000 2027: + 940.000		
a) Begründung zum Änderungsantrag Mehrbedarf/ Verstärkung des TA9			a) Begründung zum Änderungsantrag nicht ausreichende Finanzierung in lfd. Nr.			VE 2026: + 690.000 VE 2027: + 940.000		

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
Schulpaten				5 (ARRIVO) + 7 (Berufsorientierung Klimaberufe). Insbesondere im Bereich Klimaberufe sind dringend mehr Mittel angezeigt.			a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> TA 1, Komm auf Tur (KaT) Erweiterung des Angebots. Das Programm „Komm auf Tour – meine Stärken, meine Zukunft“ ist ein zentraler Bestandteil der Berliner Berufsorientierungsstrategie. Mit jährlich rund 15.000 Teilnehmer ist das Programm vollständig ausgelastet. Die Nachfrage übersteigt die Kapazitäten deutlich – Wartelisten sind die Regel. Mit dem Aufwuchs soll die Teilnahme weiterer Schulen ermöglicht werden, zusätzliche Durchführungstage und eine bessere regionale Abdeckung.
b) <i>Titelerläuterung/ (verbindliche Erläuterung)*</i> Anpassung der Tabelle TA9: Schulpaten 2026: 301.000 2027: 301.000				b) <i>Titelerläuterung/ (verbindliche Erläuterung)*</i> Zu. Lfd. Nr. 5: ARRIVO Ansatz 2026: 2.610.000 Ansatz 2027: 2.610.000 Zu Lfd. Nr. 7: Berufsorientierung Klima-Berufe Ansatz 2026: 500.000 Ansatz 2027: 500.000			TA 4, Modell- und Pilotprojekte Entwicklung und Erprobung neuer, praxisnaher Ansätze und Projekte der Berufsorientierung und Berufsvorbereitung durch Betriebe, Schulen Innungen und regionale Praxisnetzwerke. Der Mittelaufwuchs soll die Wirksamkeit der Berufsorientierung, die Anschlussfähigkeit Jugendlicher an den Arbeitsmarkt und die Innovationsfähigkeit der beruflichen Bildung in Berlin stärken.
							TA 6, Evaluation Berufsorientierung

Lfd. Nr.		Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag		Fraktion	Bemerkungen
							Die Wirkungsanalyse der Berufsorientierungsmaßnahmen wurde pandemiebedingt nicht ausgeschrieben (Vgl. Bericht Nr. 85 der Sammelvorlage). Angesichts der Vielzahl an geförderten Instrumenten (KaT, BVBO, MuP, regionale BO) und der strategischen Bedeutung der Berufswahlkompetenz ist eine Evaluation dringend erforderlich. b) <i>Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)*</i> TA 1, Komm auf Tur (KaT) 2026: +340.000/ 2027: +340.000 TA 4, Modell- und Pilotprojekte 2026: +350.000/ 2027: +450.000 TA 6, Evaluation Berufsorientierung Evidenzbasierte Wirkungsanalyse zur systematischen Weiterentwicklung bestehender Förderinstrumente 2027: +150.000. <i>Gegenfinanzierung</i> durch Einsparungen in Titel 54010/Kapitel 1140.		
Abstimmungsergebnis: Einstimmig <u>angenommen</u> mit CDU, SPD, GRÜNE und LINKE bei Enthaltung AfD					Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich <u>abgelehnt</u> mit CDU, SPD und AfD gegen GRÜNE und LINKE			Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich <u>abgelehnt</u> mit CDU, SPD, GRÜNE und LINKE gegen AfD	
104.	a)	104	1140	68490	Zuschüsse an soziale oder ähnliche	Warum bleiben die Ansätze konstant bei 4,53 Mio. €, obwohl steigende Kosten und Bedarfe in den Programmen bestehen?		CDU SPD	Nach Aussprache <i>erledigt</i>

Lfd. Nr.		Seite HH- Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Bemerkungen
					Einrichtungen aus zweckgebundenen Einnahmen			(s. Inhaltsprotokoll 19/56)
	b)	104	1140	68490	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus zweckgebundenen Einnahmen	Warum bleiben die Ansätze konstant bei 4,53 Mio. €, obwohl steigende Kosten und Bedarfe in den Programmen bestehen?	GRÜNE	Bericht Nr. 86
	c)	104	1140	68490	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus zweckgebundenen Einnahmen	Warum bleiben die Ansätze konstant bei 4,53 Mio. €, obwohl steigende Kosten und Bedarfe in den Programmen bestehen?	LINKE	<i>Nach Aussprache erledigt</i> (s. Inhaltsprotokoll 19/56)
105.	a)	106	1140	89380	Zuschüsse für die Errichtung, Erweiterung und Ausstattung überbetrieblicher Berufsbildungsstätten	Wie setzten sich die Kosten zusammen? Bitte jährlich aufschlüsseln. Wie erklärt sich die Abweichung zwischen dem Ansatz 2026 und dem Ansatz 2027?	CDU SPD	Bericht Nr. 87
	b)	106	1140	89380	Zuschüsse für die Errichtung, Erweiterung und Ausstattung überbetrieblicher Berufsbildungsstätten	- Wie ist die deutliche Unterschreitung in 2024 (Ist:1.327.000 EUR) und wie sind demzufolge die neuen Ansätze im DHH 2026/27 zu erklären? - Was genau ist mit „Weniger wegen planerischer Verzögerungen bei der Umsetzung der einzelnen Fördervorhaben“ gemeint?	AfD	

Lfd. Nr.		Seite HH- Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Bemerkungen
106.		107	1140 MG 32	51185	Dienstleistungen für die verfahrens-abhängige IKT	· Bitte um Erläuterungen zum aktuellen Stand der Umsetzung der unter dem Titel 51185 veranschlagten IKT-Dienstleistungen. Weshalb wurden im Haushaltsjahr 2024 nur rund 190.000 EUR von den veranschlagten 363.000 EUR abgerufen? · Welche konkreten Maßnahmen wurden bereits realisiert, und wie wird sichergestellt, dass die Mittel in den Folgejahren vollständig und zweckgebunden eingesetzt werden?	AfD	<i>Bericht Nr. 88</i>
Kapitel 1141 – Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg								
						Keine Einreichungen		
Kapitel 1142 – Arbeitsgericht								
107.		125	1142	über- greifend		Wie bewertet der Senat die aktuelle Belastungssituation der Berliner Arbeitsgerichtsbarkeit angesichts der Vielzahl komplexer und öffentlichkeitswirksamer Verfahren? Welche Maßnahmen sind geplant, um einer strukturellen Überlastung entgegenzuwirken, und wie wird dies haushaltsseitig abgebildet? Wie bewertet der Senat die aktuelle Personalausstattung der Berliner Arbeitsgerichtsbarkeit im Verhältnis zur Verfahrenslast? Welche Kennzahlen zur Verfahrensdauer, anhängigen Verfahren und Erledigungsquote liegen für die Jahre 2024 und 2025 vor?	AfD	<i>Bericht Nr. 89</i>
108.		129	1142	51925	Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements	Was ist der Ist-Wert in 2025 und wodurch resultiert die Überschreitung des Ansatzes in 2024? Handelt es sich dabei um eine einmalige Beschaffung und wie sind die neuen Ansätze für den DHH 2026/27 zu erklären?	AfD	<i>Bericht Nr. 90</i>

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Bemerkungen
Kapitel 1145 – Landesamt für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit							
109.		1145	über-greifend	Entwicklung der Beschäftigten	Bitte um einen Bericht zur organisatorischen und personellen Aufstellung des LAGetSi im Hinblick auf die gesetzlichen Kontrollpflichten nach dem Arbeitsschutzgesetz, insbesondere im Kontext der Plattform-Ökonomie.	GRÜNE	<i>Bericht Nr. 91</i>
110.	135	1145	über-greifend	Landesamt für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit	- Welche Bedeutung wird dem Arbeitsschutz, dem Gesundheitsschutz sowie der technischen Sicherheit im kommenden DHH beigemessen? Bitte um Erläuterungen hierzu. - Wie stellt sich die personelle Situation des LAGetSi (Darstellung des Personalbedarfs sowie des Besetzungsstands) dar? Bitte für die Vorperiode (2024/25). - Inwieweit wird das Amt in die Lage versetzt, den Vorgaben des Arbeitsschutzkontrollgesetzes gerecht zu werden und wie stellt sich dies quantitativ und auch qualitativ dar? - Wie bewertet der Senat die strukturelle Untererfüllung der gesetzlichen Kontrollquote durch das LAGetSi? Welche Maßnahmen sind geplant, um die Quote von derzeit 1,7 % (?) auf die geforderten 5 % zu steigern? - Wie wird die Nachhaltigkeit des Traineeprogramms zur Fachkräftegewinnung haushaltsseitig abgesichert? Welche Risiken bestehen bei der langfristigen Bindung und Qualifizierung der Nachwuchskräfte? - Welche konkreten Umsetzungsschritte wurden im Rahmen der Digitalisierung (z. B. IFAS, EfA-Leistungen) bereits realisiert, und wie erklärt sich der niedrige Mittelabruf bei Titel 51185 (S. 141 des Haushaltsentwurfs zum DHH 2026/27) im Jahr 2024?	AfD	<i>Bericht Nr. 92</i>
111.	137	1145	42221	Bezüge der Anwärterinnen	Wie kommt es zu den starken Schwankungen in den Ansätzen, insbesondere den Abfall in 2027? Gelang es in 2025, mehr Menschen für	GRÜNE	<i>Bericht Nr. 93</i>

Lfd. Nr.		Seite HH- Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
					und Anwärter	die Tätigkeit im LaGetSi zu gewinnen?		
112.		138	1145	42722	Ausbildungs- entgelte (Praktikantinnen/ Praktikanten, Volontärinnen/ Volontäre)	Wie sieht der Mitteleinsatz in 2025 bisher aus? Um welche Art der Weiterbildungen handelt es sich bei den Ärzt*innen?	GRÜNE	<i>Bericht Nr. 94</i>
113.	a)	138	1145	42811	Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten	Wie kommt der Ausbau des Personalkörpers des Lagetsi voran und wie viele Stellen sind noch unbesetzt?	CDU SPD	<i>Nach Aussprache erledigt (s. Inhalts- protokoll 19/56)</i>
	b)	138	1145	42811	Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten	Bitte diesen Titel erläutern und die eingestellten Mittel erläutern. Welche nicht planmäßigen Beschäftigten sind hier gemeint? Wie kommt es zu den hohen Ansätzen bei bisher geringem Abruf? Wie sieht der Abruf bisher in 2025 aus?	GRÜNE	
Kapitel 1150 – SenASGIVA – Soziales								
ÄÄ		149	1150	11921	Rückzahlungen von Zuwendungen	Ansatz 2026: 250.000 Ansatz 2027: 250.000		
Änderungsanträge der Fraktionen								
						LINKE	AfD	
						Änderungsantrag Nr. 6	Änderungsantrag Nr. 7	
						2026: + 875.000 2027: + 875.000	2026: + 800.000 2027: + 800.000	

Lfd. Nr.		Seite HH- Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag		Fraktion	Bemerkungen
						a) Begründung zum Änderungsantrag Gegenfinanzierung	a) Begründung zum Änderungsantrag Anpassung an die bisherigen Einnahmen aus Rückzahlungen. b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)* 2026: +800.000/ 2027: +800.000 Gegenfinanzierung		
						Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich <u>abgelehnt</u> mit CDU und SPD gegen GRÜNE und LINKE bei Enthaltung AfD	Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich <u>abgelehnt</u> mit CDU, SPD, GRÜNE und LINKE gegen AfD		
114.		149	1150	11934	Rückzahlungen überzahlter Beträge	1. Wie hoch war die <i>Rückzahlung/das Ist</i> in 2025? Wodurch (wobei) entstanden/entstehen die überdurchschnittlich hohen Rückzahlungen (Ansatz/Ist in 2024: 200.000 / 1.983.509 EUR)? 2. Warum werden die veranschlagten Rückzahlungen wiederholt zu niedrig angesetzt, obwohl die Beträge (<i>Ist</i>) erneut die Ansätze um ein Vielfaches übersteigen? (Vgl. DHH 2020/2021, 2022/2023 und 2024/205.)		AfD	<i>Bericht Nr. 95</i>
ÄÄ		149	1150	11934	Rückzahlungen überzahlter Beträge	Ansatz 2026: 200.000 Ansatz 2027: 200.000			
Änderungsanträge der Fraktionen									
						LINKE	AfD		
						Änderungsantrag Nr. 7	Änderungsantrag Nr. 8		

Lfd. Nr.		Seite HH- Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
						2026: + 925.000 2027: + 925.000 a) Begründung zum Änderungsantrag Gegenfinanzierung	2026: + 800.000 2027: + 800.000 a) Begründung zum Änderungsantrag Anpassung an die bisherigen Einnahmen aus überzahlten Beträgen. b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)* 2026: +800.000/ 2027: +800.000 Gegenfinanzierung	
						Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich <u>abgelehnt</u> mit CDU und SPD gegen, GRÜNE und LINKE bei Enthaltung AfD	Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich <u>abgelehnt</u> mit CDU, SPD, GRÜNE und LINKE gegen AfD	
115.		151	1150	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Stellen Sie bitte die Ursachen für den geplanten Aufwuchs dar. Sollen neue Stellen geschaffen werden? Wenn ja, in welchen Abteilungen? Welchen Anteil hat die Tarifvorsorge?	GRÜNE	<i>Bericht Nr. 96</i>
116.	a)	151	1150	42811	Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten	Zu welchem Zwecke wird in diesem Titel welche Personalstelle außerplanmäßig finanziert?	LINKE	<i>Bericht Nr. 97</i>
	b)	151	1150	42811	Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten	1. Wie begründet der Senat die signifikante Erhöhung der Haushaltsansätze für nichtplanmäßige Tarifbeschäftigte (Titel 42811) von lediglich 1.000 EUR im Jahr 2025 auf über 90.000 EUR in den Jahren 2026 und 2027, obwohl für die Vorjahre keine <i>Ist</i> -Ausgaben ausgewiesen sind? 2. Welche konkreten Aufgaben, Projekte oder strukturellen Veränderungen rechtfertigen diese Ausweitung? 3. In welchem Verhältnis steht diese Maßnahme zur	AfD	

Lfd. Nr.		Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
						Personalbedarfsplanung der Abteilung III und zur Gesamtstrategie der Senatsverwaltung für Soziales? 4. Wie wird sichergestellt, dass die Mittel nicht zur Umgehung regulärer Stellenbesetzungsverfahren oder zur dauerhaften Finanzierung projektbezogener Beschäftigung außerhalb des Stellenplans verwendet werden?		
117.		151f.	1150	52501	Aus- und Fortbildung	Welche Maßnahmen sind im Rahmen des TA 2 „Fachliche Fortbildungsreihe im Rahmen des Umsetzungskonzeptes GStU“ in den Jahren 2024 und 2025 durchgeführt worden und welche sind in den Jahren 2026 und 2027 geplant?	LINKE	Bericht Nr. 98
118.	a)	152	1150	52610	Gutachten	Zu Nr. 2) Wurde das Gutachten bereits ausgeschrieben oder gar ausgelöst? Ist die Bezahlung in Tranchen geplant oder ist unklar zu wann die Kosten anfallen?	GRÜNE	Bericht Nr. 99
	b)	152	1150	52610	Gutachten	Welche Maßnahmen wurden mit welchem Ergebnis im TA 2 „Wissenschaftliche Evaluation der Umsetzung der Eingliederungshilfe-Reform/ des Bundesteilhabegesetzes für die landesspezifisch geschaffenen Organisationsstrukturen, Prozessabläufe und Wirkungen im Land Berlin“ in den Jahren 2024 und 2025 durchgeführt? Welche Maßnahmen sind für die Jahre 2026 und 2027 geplant?	LINKE	
	c)	152	1150	52610	Gutachten	1. Wie bewertet der Senat die Notwendigkeit und Wirtschaftlichkeit der für 2026 und 2027 erneut veranschlagten Mittel in Höhe von jeweils 116.000 EUR für externe Gutachten, insbesondere vor dem Hintergrund, dass bereits im Jahr 2025 ein nahezu identischer Betrag für die wissenschaftliche Evaluation der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes vorgesehen war? 2. Wie erklärt der Senat die deutliche Unterausnutzung der Haushaltsmittel im Titel 52610 („Gutachten“) im Jahr 2024, bei einem Ansatz von 155.000 EUR und einem Ist-Wert von lediglich 55.003,30 EUR	AfD	

Lfd. Nr.		Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Bemerkungen
119.	a)	153	1150	53101	Veröffentli- chungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeits- arbeit	Zu 2. und 4.) Stehen diese Ausgaben im Zusammenhang mit der BuT Beratungsstelle? Zu 3.) Wo ist der Unterschied zwischen 2. Infokampagne zur Wahl der Seniorenvertretung und 6. Erstellung von Informationsmaterialien über die Seniorenmitwirkungs-gremien? Zu 6.) Wie sehen die Abrufe in 2024 und 2025 aus? Wie setzen sich die Kosten im Einzelnen zusammen (i.H.v. 120.000 Euro) und wie wurden diese kalkuliert? Zu 8.) Wer führt diese Redaktion durch? Handelt es sich dabei um Ausgaben für den technischen Betrieb? Welchen Abruf gibt es bisher in 2025?	GRÜNE	Bericht Nr. 100
	b)	153	1150	53101	Veröffentli- chungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeits- arbeit	1. Wie lautet das Ist 2024 sowie das vorläufige Ist für 2025 für TA 3 „Infokampagne zur Wahl der Seniorenvertretung“? Wie erklärt sich der Aufwuchs in 2026/27? Welche konkreten Maßnahmen sind geplant? 2. Wie lautet das Ist 2024 sowie das vorläufige Ist für 2025 in TA 6 „Erstellung von Informationsmaterialien über die Seniorenmitwirkungs-gremien“? Welche konkreten Maßnahmen sind geplant? 3. Welche konkreten Maßnahmen sind im Rahmen von TA 8 „Redaktion Plattform "Soziales Berlin"“ geplant?	LINKE	
	c)	153	1150	53101	Veröffentli- chungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeits- arbeit	1. Wie erklärt der Senat die deutliche Unterausnutzung der Haushaltsmittel bei diesem Titel im Jahr 2024, bei einem Ansatz von 159.000 EUR und einem Ist-Wert von lediglich 37.730,87 EUR? Wie ist der Anstieg in 2026/27 zu rechtfertigen? 2. Welche geplanten Maßnahmen wurden nicht umgesetzt und aus welchen Gründen?	AfD	

Lfd. Nr.		Seite HH- Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
						3. Was ist bei Nr. 8, <i>Redaktion Plattform „Soziales Berlin“</i> genau geplant?		
ÄÄ		153	1150	53101	Veröffentli- chungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeits- arbeit	Ansatz 2026: 180.000 Ansatz 2027: 180.000		
Änderungsanträge der Fraktionen								
							AfD <u>Änderungsantrag Nr. 9</u> 2026: - 100.000 2027: - 100.000 a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Anpassung an die bisherigen Mittelbedarf/Mittelausgabe. b) <i>Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)*</i> 2026: -100.000/ 2027: -100.000	
							Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich <u>abgelehnt</u> mit CDU, SPD, GRÜNE und LINKE gegen AfD	
120.	a)	154 ff.	1150	54010	Dienstleistungen	Zu 2) Welches Unternehmen ist mit dieser Dienstleistung beauftragt? Wie erklärt sich die Steigerung im Jahr 2026? Wie ist das prognostizierte Ist 2025?	CDU SPD	<i>Frage unter lfd. Nummer 120 b)(GRÜNE)</i>

Lfd. Nr.		Seite HH- Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
						Zu 5) Welche Dienstleistungen wurden im Jahr 2025 erbracht und sollen in 2027 erbracht werden? Zu 9) Wie ist die fachliche Erklärung für die Kürzungen bei der Berliner unabhängigen Beschwerdestelle BuBS? Zu 13) Wie ist die fachliche Erklärung für die Kürzungen in diesem Teilansatz? Zu 14) Wie hoch ist der Anteil der Mittel für den Dienstleister des Partizipationsfonds? Welche Projekte haben in den Jahren 2024 und 2025 von den Mitteln des Partizipationsfonds profitiert? Wie hoch waren die beantragten und die an Projekte ausgegebenen Mittel in den Jahren 2024 und 2025? Wie viele Mittel bekam das Berliner Behindertenparlament im Jahr 2025? Wie soll im kommenden Jahr die Finanzierung des Berliner Behindertenparlamentes dargestellt werden? Zu 20) Wie erklärt sich die Erhöhung des Ansatzes um 40.000 pro Jahr? Zu 21) Wie viele zusätzlichen Mittel konnten durch die BuT-Beratung nach Berlin geholt werden? Wie viele Berlinerinnen und Berliner konnten erreicht werden? Zu 23) Wer wird diese Dienstleistung erbringen?		zu 19) nach Aussprache erledigt (s. Inhaltsprotokoll 19/56) <u>im Übrigen</u> Bericht Nr. 101
	b)	154 ff.	1150	54010	Dienstleistungen	Zu 2.) Stellen Sie die Abrufe in 2024 und 2025 dar. Welche Maßnahmen werden hier ausgelöst? Wer führt die Dienstleistung aus? Zu 5.) Stellen Sie die Abrufe in 2024 und 2025 dar. Wie erklärt sich der Ansatz für 2026? Zu 6.) Stellen Sie die Abrufe in 2024 und 2025 dar. Wie kommt es zu der massiven Steigerung des TA? Welche konkreten Pläne verfolgt der Senat? Zu 7.) und 8.) Stellen Sie die Abrufe in 2024 und 2025 dar. Wie wurden die Mittel im Einzelnen verwendet? Zu 9.) Wie begründet der Senat die massiven Einschnitte bei der BuBS?	GRÜNE	

Lfd. Nr.		Seite HH- Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Bemerkungen
						Wie prognostiziert der Senat die Zahl der unterzubringenden wohnungslosen und geflüchteten Menschen? Was passiert mit der geplanten Öffnung der BuBS auch für ASOG Einrichtungen? Zu 11.) Stellen Sie die Abrufe in 2024 und 2025 dar. Bitte erklären Sie die starken Einschnitte. Zu 12.) Stellen Sie die Abrufe in 2024 und 2025 dar. Wann genau soll die Strategiekonferenz nun stattfinden? Wie wurden die bisherigen Mittel dazu verwendet? Zu 13.) Stellen Sie die Abrufe in 2024 und 2025 dar. Bitte erklären Sie die starken Kürzungen bei der Fachstelle. Zu 17.) Stellen Sie die Abrufe in 2024 und 2025 dar. Zu 19.) Welche Planungen verfolgt der Senat bezüglich der Strategiekonferenzen und des Rats der Wohnungsnotfallhilfe (alt „Rat der Obdachlosenhilfe“)? Warum beendet der Senat die Strategiekonferenzen zur Wohnungsnotfallhilfe angesichts des massiven Anstiegs wohnungsloser Menschen in Berlin? Zu 21.) Stellen Sie die Abrufe in 2024 und 2025 dar. Zu 23.) In welcher Höhe war die Koordinierungsstelle bisher kalkuliert (Stellen Sie die Abrufe in 2024 und 2025 dar). Welche konkrete Aufgabe wird die Koordinierungsstelle bezüglich der Straßensozialarbeit übernehmen? Wie erfolgt die Abgrenzung zur bisherigen Koordinierungsstelle der Kältehilfe? Welches Budget steht für die Straßensozialarbeit bzw. die Kältehilfe zur Verfügung? Welche Tätigkeiten umfasst die Koordination der Straßensozialarbeit und insb. welche Projekte der Straßensozialarbeit? Ist der gesamte Aufwuchs für die neue Aufgabe gedacht oder soll das Themenfeld Kältehilfe auch gestärkt werden?		

Lfd. Nr.		Seite HH- Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
						Übergreifend: Stellen Sie bitte auch dar, welche Projekte aus dem Titel gestrichen wurden.		
	c)	154 ff.	1150	54010	Dienstleistungen	1. Welche Maßnahmen wurden im Rahmen des TA 2 „Steuerung der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen nach dem 2. Teil SGB IX und dem AG SGB IX Berlin“ konkret in 2025 mit welchem Ziel durchgeführt? Welche Maßnahmen sind für die Jahre 2026 und 2027 geplant und wodurch begründen sich der Aufwuchs in 2026 und das Sinken des Ansatzes in 2027? 2. Wie lautet das Ist 2024 sowie das vorläufige Ist für 2025 für den TA 5 „Weiterentwicklung der Leitlinien der Berliner Seniorenpolitik“? Wie erklären sich die Ansätze in 2026 und 2027? Welche konkreten Maßnahmen sind geplant? 3. Was wird konkret im TA 6 „Begleitende Umsetzung der Eingliederungshilfe reform/ des Bundesteilhabegesetzes im Land Berlin“ finanziert? Wodurch erklären sich die Aufwüchse in 2026 und 2027 gegenüber 2025? 4. Wie begründet sich die erhebliche Kürzung in TA 9 „Berliner unabhängige Beschwerdestelle (BuBS)“? Ist eine Ausweitung der Beschwerdestelle auf alle Unterkünfte (ASOG) geplant? Wenn nein, warum nicht? 5. Wofür wird der Aufwuchs in TA 10 „Integrierte Armuts- und Sozialberichtserstattung“ konkret verwendet? Ab wann wird die vollständige integrierte Armuts- und Sozialberichterstattung (IASB) dem Abgeordnetenhaus regelmäßig vorgelegt werden können? 6. Wie erklärt sich die Absenkung beim TA 11 „Teilhabebericht nach § 20 Abs. 1 LGBG“? Konnten die Mittel in 2024 und 2025 abgerufen werden? Wenn ja, wofür wurden sie verausgabt? Wann wird der nächste Teilhabebericht veröffentlicht? 7. Wie begründet sich die Kürzung in TA 13 „Landesfachstelle für Barrierefreiheit nach § 31 LGBG“? Wie lautet das Ist 2024 sowie das vorläufige Ist für 2025? Welche Maßnahmen wurden in den Jahren 2024 und 2025 ergriffen und welche externen Dienstleister wurden	LINKE	Bericht Nr. 101

Lfd. Nr.		Seite HH- Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
						beauftragt? Wie ist der Stand bei der Erarbeitung des Konzepts für eine Landesfachstelle und wann wird die Landesfachstelle für Barrierefreiheit eröffnet werden? 8. Welche Projekte wurden im Rahmen des TA 14 „Maßnahmen zur Umsetzung des LGBG: Partizipationsfonds“ in den Jahren 2024 und 2025 gefördert? Konnte das eingestellte Geld jeweils verausgabt werden? 9. Warum wird der TA 19 „Strategiekonferenz Wohnungsnotfallhilfe/ Rat der Wohnungslosenhilfe“ gekürzt bzw. ab 2027 auf 0 gesetzt? Wird das Format Strategiekonferenzen zur Wohnungslosenhilfe komplett eingestellt? Wenn ja, mit welcher Begründung? Wird das Format Rat der Wohnungslosenhilfe komplett eingestellt? Wenn ja, mit welcher Begründung? 10. Wie lautet das Ist 2024 sowie das vorläufige Ist für 2025 für den TA 20 „Berliner Seniorenwoche“? Wie erklärt sich der Aufwuchs in 2026/27? 11. Welche konkreten Maßnahmen sind im Rahmen des TA 23 „Koordinierungsstelle für die Berliner Kältehilfe und Straßensozialarbeit – neu“ geplant? Wofür sollen die Mittel konkret verausgabt werden? Wo soll die neue Koordinierungsstelle angesiedelt sein und welche Aufgabe und Kompetenzen soll sie erhalten? Wie viele Personalstellen oder BePos sind dafür vorgesehen? Warum bedarf es einer Koordinierungsstelle für die Kältehilfe, wenn gleichzeitig die in den EP 27 (2711 68404) eingestellten Mittel für die Kältehilfe deutlich abgesenkt werden?		
	d)	154 ff.	1150	54010	Dienstleistungen	1. Wie begründet der Senat die hohe Differenz zwischen dem Haushaltsansatz von über 5,7 Mio. EUR und dem <i>Ist</i>-Wert von lediglich 3,1 Mio. EUR im Jahr 2024? Was ist das <i>Ist</i> bisher in 2025? Bitte um Erläuterungen, warum die veranschlagten Mittel in 2024 und sofern zutreffend auch in 2025 nicht ausgeschöpft wurden. Welche Projekte oder Dienstleistungsverträge wurden verschoben,	AfD	Bericht Nr. 101

Lfd. Nr.		Seite HH- Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
						gekürzt oder nicht vergeben? 2. Wie bewertet der Senat die haushaltspolitische Notwendigkeit der nahezu gleich hohen Ansätze für 2026 und 2027, trotz der deutlichen Unterausnutzung im Vorjahr? 3. Wie wird die Wirkung der eingesetzten Mittel evaluiert, insbesondere im Hinblick auf die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes und die Armutsberichterstattung? 4. Bitte um nähere Erläuterungen zur <i>Zielsetzung</i>/zum <i>Zweck</i> und <i>Mittelplanung</i> sowie <i>Kostenzusammensetzung</i> der neu aufgenommenen Vorhaben Nr. 21, 23 und 24 (jeweils). 5. Bitte um Bericht bzw. Mitteilung des aktuellen Stands der Entwicklungen bei den bestehenden Vorhaben. <u>Zu Nr. 6</u> Wie wird die wissenschaftliche Evaluation der Umsetzung der Eingliederungshilfe-Reform konkret ausgestaltet? Welche Institute oder Sachverständige sind vorgesehen, und wie wird die Unabhängigkeit der Evaluation sichergestellt? <u>Zu Nr. 7</u> Welche konkreten Verhandlungsergebnisse oder strukturellen Verbesserungen wurden durch die Beratungsleistungen erzielt, und wie wird die haushaltspolitische Notwendigkeit der (beinahe) Verstetigung begründet? <u>Zu Nr. 9</u> Wie wird die Wirkung und Reichweite der Berliner unabhängigen Beschwerdestelle (BuBS) evaluiert, und wie rechtfertigt der Senat die Verstetigung der Mittel in Höhe von 1,19 Mio. EUR jährlich? Welche Fallzahlen, Bearbeitungszeiten und strukturellen Verbesserungen wurden seit Einrichtung erreicht?		

Lfd. Nr.		Seite HH- Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
						Wie wird sichergestellt, dass die BuBS nicht parallel zu bestehenden Beschwerdewegen arbeitet, sondern diese sinnvoll ergänzt? <u>Zu Nr. 10</u> Welche Berichte sind konkret geplant, mit welchem Zeitplan und welchem Umfang? Welche Dienstleister wurden beauftragt, nach welchem Verfahren, und wie verteilen sich die Kosten (unter ihnen)? Welche konkreten politischen oder administrativen Maßnahmen wurden in den letzten Jahren auf Basis dieser Berichte umgesetzt? Wie wird die Wirkung der Berichterstattung evaluiert und haushaltspolitisch gesteuert? <u>Zu Nr. 13</u> Welche konkreten Maßnahmen und Wirkungen sind mit den Mitteln für die Landesfachstelle für Barrierefreiheit verbunden, und wie wird deren Beitrag zur Umsetzung des LGBG messbar gemacht? Warum werden die Mittel im DHH 2026/27 reduziert? <u>Zu Nr. 15</u> Wie wird die Qualität und Verwertbarkeit der Statistik zu untergebrachten wohnungslosen Personen sichergestellt, und wie wird die haushaltspolitische Relevanz des Ansatzes von 4.000 EUR jährlich bewertet? Welche Dienstleistungen sollen konkret erbracht werden? <u>Zu Nr. 18</u> Welche konkreten Verwendungsnachweise und Evaluationsberichte liegen für die Dokumentationsprojekte im ISP vor, und wie wird deren haushaltspolitischer Mehrwert gegenüber anderen Formen der Qualitätssicherung begründet? Wie ist der Mittelaufwuchs zu		

Lfd. Nr.		Seite HH- Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
						rechtfertigen? <u>Zu Nr. 21</u> Wie wird die Wirkung der BuT-Beratungsstelle hinsichtlich der Zielgruppe (Kinder und Jugendliche aus einkommensarmen Haushalten) evaluiert, und wie wird die haushaltspolitische Angemessenheit der Mittelhöhe von 325.000 EUR jährlich begründet?		
ÄÄ		154 ff.	1150	54010	Dienstleistungen	Ansatz 2026: 5.442.000 Ansatz 2027: 5.685.000 VE 2026: 5.968.000 VE 2027: 6.048.000		
Änderungsanträge der Fraktionen								
				GRÜNE	LINKE		AfD	
				<u>Änderungsantrag Nr. 5</u>	<u>Änderungsantrag Nr. 8</u>		<u>Änderungsantrag Nr. 10</u>	
				2026: + 750.000 2027: + 650.000	2026: + 700.000 2027: + 700.000		2026: - 1.190.000 2027: - 1.190.000	
				a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Zu TA 9: „Berliner unabhängige Beschwerdestelle“. Senkung der Absätze in Anbetracht neuer Aufgaben nicht erklärbar. Erweiterung auf ASOG Unterkünfte angedacht.	a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Rücknahme der Kürzungen sowie Schaffung eines neuen TA zur Finanzierung des Berliner Behindertenparlaments		VE 2026: - 1.190.000 VE 2027: - 1.190.000	
				Zu TA 25 (Neu) „Kommission Altersarmut“ wird neu eingefügt. Massiv steigende Altersarmut in Berlin. Es braucht	b) <i>Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)*</i> TA 9 „Berliner unabhängige Beschwerdestelle (BuBS)“		a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> TA 9, Berliner unabhängigen Beschwerdestelle (BuBS): Die Fallkosten sind unverhältnismäßig hoch, eine belastbare Kontrolle liegt nicht	

Lfd. Nr.	Seite HH- Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
				eine eigene Strategie für die Zielgruppe Zu TA 26 (Neu) „Behindertenparlament Berlin“. Sicherung der Finanzierung des Behindertenparlaments als wichtigen Beitrag zur Partizipation von Menschen mit Behinderungen Zu TA 27 (Neu) „Machbarkeitsstudie Sozialunternehmen Unterbringung“. Eruierung wie mit Hilfe eines Sozialunternehmens nach Hamburger Vorbild die Unterbringung von Wohnungsnotfällen in Berlin verbessert werden kann Zu TA 28 (Neu): „Landesstrategie Einsamkeit“. Wachsende Einsamkeit in Berlin, es fehlt eine landesweite Strategie gegen Einsamkeit b) <i>Titelerläuterung/ (verbindliche Erläuterung)*</i> Zu TA 9 Berliner unabhängige Beschwerdestelle Ansatz 2026: 1.490.000 Ansatz 2027: 1.490.000 Zu TA 25 (Neu) Kommission Altersarmut Ansatz 2026: 50.000 Ansatz 2027: 50.000 Zu TA 26 (Neu) Behindertenparlament	Ansatz 2026: 1.740.000 Ansatz 2027: 1.740.000 <i>Ergänzung der Tabelle</i> TA 25 „Berliner Behindertenparlament neu“ Ansatz 2026: 150.000 Ansatz 2027: 150.000		vor. Aufgaben der BuBS können durch bestehende Verwaltungsstrukturen erfüllt werden. b) <i>Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)*</i> 2026: -1.190.000/ 2027: -1.190.000 Gegenfinanzierung

Lfd. Nr.		Seite HH- Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag		Fraktion	Bemerkungen
					Berlin Ansatz 2026: 100.000 Ansatz 2027: 100.000 Zu TA 27 (Neu) Machbarkeitsstudie Sozialunternehmen Unterbringung Ansatz 2026: 100.000 Ansatz 2027: 0 Zu TA 28 (Neu) Landesstrategie Einsamkeit Ansatz 2026: 200.000 Ansatz 2027: 200.000				
					Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich <u>abgelehnt</u> mit CDU, SPD und AfD gegen GRÜNE und LINKE	Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich <u>abgelehnt</u> mit CDU, SPD und AfD gegen GRÜNE und LINKE	Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich <u>abgelehnt</u> mit CDU, SPD, GRÜNE und LINKE gegen AfD		
121.		156	1150	54020	Versicherungen in besonderen Fällen	Gibt es Planungen seitens der Senatsverwaltung die Haftpflichtversicherung für Ehrenamtliche abzuschaffen oder neu auszuschreiben?		LINKE	Nach Aussprache erledigt (s. Inhalts- protokoll 19/56)
122.		156	1150	54079	Verschiedene Ausgaben	Wie lässt sich die vorliegende Kürzung mit dem Ziel der Stärkung der Seniorenmitwirkungsghremien vereinbaren?		LINKE	Nach Aussprache erledigt (s. Inhalts- protokoll 19/56)
ÄÄ		157	1150	63115	Ersatz von Ausgaben an den Bund für Aufwendungen aus den Sonder-	Ansatz 2026: 181.000.000 Ansatz 2027: 182.000.000			

Lfd. Nr.		Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
					und Zusatzversorgungssystemen der früheren DDR			
Änderungsanträge der Fraktionen								
CDU/SPD				GRÜNE		LINKE		
<u>Änderungsantrag Nr. 2¹</u>				<u>Änderungsantrag Nr. 6</u>		<u>Änderungsantrag Nr. 9</u>		
2026: - 3.131.000 2027: - 3.119.000				2026: - 13.700.000 2027: - 13.700.000		2026: - 17.298.511 2027: - 18.956.287		
a) Begründung zum Änderungsantrag Gegenfinanzierung				a) Begründung zum Änderungsantrag Zu TA 1: Anpassungen da Mittelabruf geringer erwartet wird und bessere Lastenverteilung durch den Bundeshaushalt geplant ist. Zur Gegenfinanzierung genutzt b) Titelerläuterung/ (verbindliche Erläuterung)* Ansatz 2026: 167.300.000 Ansatz 2027: 168.300.000		a) Begründung zum Änderungsantrag Gegenfinanzierung: Weniger, aufgrund der Umsetzung des Koalitionsbeschlusses der Bundesregierung vom 2. Juli 2025 im Entwurf zum HG 2026 (Drs. 21/600). Die Anhebung der Bundesbeteiligung um 10 Prozentpunkte auf 60 Prozent führt zu voraussichtlichen Minderausgaben i.H.v. 25,5 Mio. €.		
Abstimmungsergebnis: Einstimmig <u>angenommen</u> mit allen Fraktionen				Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich <u>abgelehnt</u> mit CDU, SPD und AfD gegen GRÜNE und LINKE		Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich <u>abgelehnt</u> mit CDU, SPD und AfD gegen GRÜNE und LINKE		
123.		157	1150	63124	Zuführung an die Stiftung	Sind bereits Abrufe aus Berlin bekannt? Wenn ja, wie viele und in welchem Gesamtumfang?	GRÜNE	<i>Bericht Nr. 102</i>

¹ Nach Rücksprache wurde die Nummerierung der Änderungsanträge angepasst.

Lfd. Nr.		Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
					Härtefallfonds Rente			
ÄÄ		158	1150	63621	Beiträge an die Unfallkasse	Ansatz 2026: 2.009.000 Ansatz 2027: 2.130.000		
Änderungsanträge der Fraktionen								
					GRÜNE			
					<u>Änderungsantrag Nr. 7</u>			
					2026: - 100.000 2027: - 100.000			
					a) Begründung zum Änderungsantrag Anpassungen da Mittelabruf geringer erwartet wird. Zur Gegenfinanzierung genutzt			
					b) Titelerläuterung/ (verbindliche Erläuterung)* Ansatz 2026: 1.909.000 Ansatz 2027: 2.030.000			
					Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich <u>abgelehnt</u> mit CDU und SPD gegen, GRÜNE und LINKE bei Enthaltung AfD			
124.	a)	158	1150	67101	Ersatz von Ausgaben	Wie viele Mittel sind in 2024 bzw. voraussichtlich in 2025 im Rahmen des Härtefallfonds Energieschulden an wie viele Berlinerinnen und Berliner ausgegeben worden? Warum wird der Fond eingestellt?	CDU SPD	Nach Aussprache erledigt

Lfd. Nr.		Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
	b)	158	1150	67101	Ersatz von Ausgaben	Wird der Härtefallfonds für Energieschulden eingestellt? Wenn ja, warum? Stellen Sie bitte die Beantragungen der letzten Jahre dar. Wie soll mit Personen mit Energieschulden in Zukunft verfahren werden?	GRÜNE	(s. Inhaltsprotokoll 19/56)
125.	a)	159	1150	68213	Zuschuss an die BVG für sonstige betriebsfremde Lasten und an die Jobcenter	Wie hat sich die Inanspruchnahme des Berlin Ticket S in den Jahren 2024 und 2025 entwickelt? Wie hoch soll der neue Preis ab dem 1. April 2026 sein? Wie viele der Mittel gingen in 2024 an die Berliner Jobcenter und welche Dienstleistung war damit verbunden? Wie hoch müssten die Mittel sein, um den Preis für das Berlin Ticket S stabil zu halten? Sind Tarifverhandlungen bereits eingepreist? Wenn nein, wie ist die Finanzierungslücke?	CDU SPD	Bericht Nr. 103
	b)	159	1150	68213	Zuschuss an die BVG für sonstige betriebsfremde Lasten und an die Jobcenter	Wie kommt die Reduktion der Mittel von 2025 auf 2026/2027 zustande? Mit welchem Ticketpreis wird für das Sozialticket (Ticket S) kalkuliert? Ist eine Einbindung in die Struktur des Deutschlandtickets geplant?	GRÜNE	
	c)	159	1150	68213	Zuschuss an die BVG für sonstige betriebsfremde Lasten und an die Jobcenter	1. Erklärt sich die Kürzung ausschließlich durch die Preiserhöhung für das Berlin-Ticket S im Jahr 2025 oder ist eine weitere Preiserhöhung geplant? 2. Die Zahl der potenziell Berechtigten nimmt zu. Wäre aufgrund dessen nicht mit einer Kostensteigerung zu rechnen? Mit welchen Nutzungszahlen rechnet die Senatsverwaltung in den Jahren 2026 und 2027? Wie viele Berlin-Tickets S wurden monatlich im Jahr 2024 und bisher im Jahr 2025 verkauft?	LINKE	
	d)	159	1150	68213	Zuschuss an die BVG für sonstige betriebsfremde Lasten und an die Jobcenter	· Wie begründet der Senat die erhebliche Kürzung des Zuschusses für das Berlin Ticket S von 86 Mio. EUR (2025) auf 51,5 Mio. EUR (2026/27), obwohl die Zahl der potenziell Berechtigten laut Gender Budget konstant hoch ist? · Warum liegen keine tatsächlichen Nutzungszahlen für das Berlin Ticket S vor, obwohl jährlich über 50 – zuvor über 80 Mio. EUR an	AfD	

Lfd. Nr.		Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
						Zuschüssen veranschlagt werden? Wie wird unter diesen Umständen sichergestellt, dass die Mittel zielgenau und bedarfsgerecht eingesetzt werden, wenn keine tatsächlichen Nutzungszahlen vorliegen und die Mittelverteilung rein rechnerisch erfolgt? Welche Maßnahmen sind geplant, um eine belastbare Wirkungskontrolle zu etablieren und die tatsächlichen Profiteure zu identifizieren? Wie wird ausgeschlossen, dass Mittel ineffizient oder an der Zielgruppe vorbei eingesetzt werden?		
ÄÄ		159	1150	68213	Zuschuss an die BVG für sonstige betriebsfremde Lasten und an die Jobcenter	Ansatz 2026: 51.500.000 Ansatz 2027: 51.500.000 VE 2026: 51.500.000 VE 2027: 51.500.000		
Änderungsanträge der Fraktionen								
			GRÜNE			AfD		
			<u>Änderungsantrag Nr. 8</u>			<u>Änderungsantrag Nr. 11</u>		
			2026: +/- 0 2027: +/- 0			c) <i>Anbringung Haushaltsvermerke*</i>: Verfügungsbeschränkung 2027: 15.000.000		
			a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Erweiterung des Angebotes bei steigenden Preis angezeigt b) <i>Titelerläuterung/ (verbindliche Erläuterung)*</i> Einfügen verbindlicher Erläuterung: „Das			Die Mittel werden vom Hauptausschuss erst nach Vorlage einer transparenten Darstellung der tatsächlichen Nutzung des Berlin-Ticket S, einschließlich Verkaufszahlen, Zielgruppenbezug und Wirkungskontrolle freigegeben.		

Lfd. Nr.		Seite HH- Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag		Fraktion	Bemerkungen
					Ticket S soll als Deutschlandticket angeboten werden“				
					Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich <u>abgelehnt</u> mit CDU und SPD gegen GRÜNE und LINKE bei Enthaltung AfD			Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich <u>abgelehnt</u> mit CDU, SPD, GRÜNE und LINKE gegen AfD	
126.	a)	160	1150	68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	Zu 3) Wie erklären sich die Kürzungen in der Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements? Zu 5) Wie erklären sich die Kürzungen bei den Beratungsstrukturen in Wohnraum? Welche Projekte werden nicht mehr gefördert? Zu 6) Wie erklären sich die Kürzungen in diesem Teilansatz? Zu 8) Wie viele Projekte wurden in den Jahren 2024 und 2025 gefördert? Wie viele Projekte sollen in den kommenden Jahren noch finanziert werden und wie erfolgt die fachliche Auswahl der Projekte?		CDU SPD	Frage der GRÜNEN zu lfd. Nummer 126 b) dort zu 8) nach Aussprache erledigt (s. Inhaltsprotokoll 19/56) <u>im Übrigen</u> Bericht Nr. 104
	b)	160	1150	68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	Zu 1.) Stellen Sie die Abrufe in 2024 und 2025 dar. Zu 5.) Stellen Sie die Abrufe in 2024 und 2025 dar. Wie kommt es zur massiven Kürzung im TA? Welche Projekte wurden in 2024/25 gefördert? Zu 6.) Stellen Sie die Abrufe projektscharf für 2024 und 2025 dar. Listen Sie auch die geplanten Mittel projektscharf für 2026 und 2027 auf. Welche Projekte werden zukünftig nicht mehr finanziert und welche Projekte stoßen dazu? Wie sollen die etwaigen Kürzungen in den Housing First-Projekten umgesetzt werden, bzw. welche konkreten Leistungsänderungen oder -einschränkungen sind hier im Rahmen der Kürzungen vorgesehen? Zu 7.) Welche Einrichtungen sollen mit welcher Summe gefördert werden? Zu 8.) Wie begründet der Senat die drastische Kürzung des Ansatzes		GRÜNE	

Lfd. Nr.		Seite HH- Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
						Landesprogramm „Mobile Stadtteilarbeit“? Welche Projekte bzw. Teams sollen in 2026 und 2027 in welcher Höhe finanziert werden? Welche Projekte bzw. Teams fallen aus der Förderung? Auf welcher Datengrundlage wurde diese Entscheidung getroffen? In der Erläuterung wird die Notunterkunft Ohlauer Str. erwähnt. Wird die Einrichtung Ohlauer Straße fortgeführt? Wird diese in diesem Titel angesiedelt? Welche Mittel fielen hierfür 2025 an, welche Mittel sind für 26/27 vorgesehen? Ist eine konzeptionelle Änderung geplant?		
	c)	160	1150	68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	1. In welchem Umfang sind für die einzelnen über diesen Titel finanzierten Projekte Mittel aus der dezentralen Tarifmittelvorsorge aus dem Kopfkapitel (1100 68406) vorgesehen? 2. Wofür wurden die Mittel in TA „Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements“ bisher verwendet? Wie erklärt sich die Kürzung? 3. Welche Beratungsstrukturen konnten bisher im Rahmen des TA 5 „Beratungsstrukturen in Wohnraum“ aufgebaut werden? Wie lautet das Ist 2024 sowie das vorläufige Ist für 2025? Wodurch erklärt sich die erhebliche Kürzung? Falls die Mittel nicht abgerufen werden konnten, warum wurden sie nicht an anderer Stelle gewinnbringend für wohnungslose Menschen eingesetzt? 4. Wie erklärt sich die Kürzung im TA 6 „Projekte für wohnungslose Menschen inkl. Housing First“ insbesondere vor dem Hintergrund steigender Wohnungslosenzahlen? Wie lautet das Ist 2024 sowie das vorläufige Ist für 2025? Bitte alle Projekte die über den TA gefördert werden mit den veranschlagten Ansätzen für 2024, 2025, 2026 und 2027 auflisten. Welche Projekte werden in welchem Umfang von den Kürzungen betroffen sein? Wie sollen die etwaigen Kürzungen in den Housing First-Projekten umgesetzt werden, bzw. welche konkrete Leistungsänderungen oder -einschränkungen sind hier im Rahmen der Kürzungen vorgesehen? Bis wann plant der Senat die Verankerung von Housing First in der Regelversorgung? 5. Wie begründet sich der Aufwuchs in TA 7 „Bereitstellung	LINKE	

Lfd. Nr.		Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
						Notunterkünfte 24/7, mit Schwerpunkt auf die Zielgruppe wohnungslose Menschen mit psychosozialen Problemen“? Welche Ausweitungen des Projekts sind geplant? Wird die zweite 24/7-Unterkunft wiedereröffnet werden? Wie begründet die Senatsverwaltung die erheblichen Kürzungen in TA 8 „Landesprogramm „Mobile Stadtteilarbeit“? Wie bewertet die Senatsverwaltung die bisher im Rahmen der mobilen Stadtteilarbeit geleistete Arbeit? Die LIGA geht von 18 Projekten aus, die infolge der Kürzungen abgewickelt werden müssten. Mit welchen Auswirkungen rechnet die Senatsverwaltung für die betroffenen Kieze? Welche Möglichkeiten sieht die Senatsverwaltung für die in den Erläuterungen angesprochenen alternativen Finanzierungsquellen? Strebt die Senatsverwaltung eine Verschiebung in die Bezirkshaushalte an?		
	d)	160	1150	68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	Bitte um Erläuterungen zur Mittelverwendung (jew. 2024 und 2025), unter Angabe der <i>Ansatz-/Ist</i>-Werte. · Warum sinkt der Ansatz von 17,9 Mio. EUR in 2025 auf rund 10,4 Mio. EUR in 2026/27, obwohl zentrale Maßnahmen wie Betreuungsvereine, Housing First und Notunterkünfte weitergeführt werden sollen? · Wie begründet der Senat die im Titel eingeplanten Verpflichtungsermächtigungen von 5 Mio. EUR (fällig 2028/29) – für welche längerfristigen Projekte sind diese vorgesehen und wie wird ihre Notwendigkeit belegt? <u>Zu Nr. 4</u> · Mit welchen Indikatoren misst der Senat den Erfolg der Monitoringstelle zur Umsetzung der UN-BRK? · Gibt es eine externe Evaluation der bisherigen Arbeit der Monitoringstelle und welche Schlüsse wurden daraus gezogen? <u>Zu Nr. 5</u> · Wie hoch war die Zahl der Begünstigten/ Beratenen in der	AfD	Bericht Nr. 104

Lfd. Nr.		Seite HH- Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
						Förderperiode 2024/25 und mit welcher Zahl ist in 2026 und 2027 zu rechnen? · Wie stellt sich die Kostenstruktur für die Beratungsstrukturen im Wohnraum in den Jahren 2024 und 2025 dar? Wie verändert sich diese zeitlich und personell bei einer Ansatzreduzierung um das Neunfache? Welche Maßnahmen zur Sicherstellung eines effektiven Mitteleinsatzes wurden erhoben und vorgelegt, um die Qualität und Reichweite der Beratung unter diesen Bedingungen zu gewährleisten? · Wie hoch ist die aktuelle Zahl der Flüchtlinge mit Aufenthaltstitel, die noch in LAF- oder ASOG-Unterkünften untergebracht sind (bitte differenziert nach Jahr, Unterkunftsart und Bezirk)? · Wie gliedern sich die jeweils im Jahr 2024 und 2025 für Beratungsstrukturen im Wohnraum veranschlagten 1,5 Mio. EUR auf Personal, Honorare, Sachmittel, Verwaltungskosten und wie stellt sich dies jährlich im DHH 2026/27 dar? · Welche konkreten Leistungen konnten damit im Jahr 2025 finanziert werden (z. B. Anzahl Beratungsfälle, Beratungsstellen, Beschäftigte in VZÄ)? · In welche anderen Haushaltstitel oder Kapitel (Förderprogramme) wurden die bisher für Beratungsstrukturen vorgesehenen Mittel umgeschichtet? · Werden die Aufgaben künftig über andere Förderinstrumente (Rahmenfördervertrag, IFP Stadtteilzentren, ESF/EFRE-Programme o. a.) finanziert? Falls ja, in welchem Umfang und unter welcher haushaltsrechtlichen Veranschlagung? · Welche Prognosezahlen liegen für 2026 und 2027 vor, und in welchem Umfang wird mit einer Fortführung oder Ausweitung des Bedarfs an Beratungsleistungen gerechnet? <u>Zu Nr. 6</u>		

Lfd. Nr.		Seite HH- Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
						· Warum werden die Mittel für „Projekte für wohnungslose Menschen inkl. Housing First“ von 4,6 Mio. EUR (2025) auf 3,65 Mio. EUR (2026/27) reduziert, obwohl die Zahl der Betroffenen (bitte aktuelle Zahlen angeben) in Berlin steigt? Wie bewertet der Senat die Wirksamkeit von Housing First bisher (z. B. Zahl erfolgreich stabilisierter Mietverhältnisse) und wie rechtfertigt er die Absenkung der Mittel? · Welche Finanzierungsalternativen zieht der Senat in Betracht, um die geplanten Kürzungen bei Notunterkünften und Housing First (insb. für Menschen mit psychosozialen Problemen) aufzufangen? · Wie gliedern sich die jeweils im Jahr 2024 und 2025 veranschlagten Mittel auf (Personal, Honorare, Sachmittel, Verwaltungskosten etc.) und wie stellt sich das jährlich im DHH 2026/27 dar? · Wieso sind beim Gender Budget die prozentualen Anteile der Nutzenden bekannt, jedoch nicht deren absolute Zahl (zumindest ist diese nicht ausgewiesen)? <u>Zu Nr. 7</u> · Wie stellt sich die konkrete Kostenstruktur für die Maßnahme „Bereitstellung von Notunterkünften 24/7“ in den Jahren 2024 und 2025 dar? · Wie viele Menschen haben tatsächlich von diesem Angebot profitiert, und welche psychosozialen Unterstützungsleistungen wurden erbracht? · Wie verteilen sich die Mittel auf Unterkunft, Beratung, Verpflegung und Personal? Welche Herausforderungen bestehen in der praktischen Umsetzung, und wie wird die Wirkung der Maßnahme evaluiert?		
ÄÄ		160	1150	68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche	Ansatz 2026: 10.352.000 Ansatz 2027: 10.440.000		

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
				Einrichtungen	VE 2026: - VE 2027: 5.000.000		
Änderungsanträge der Fraktionen							
CDU/SPD		GRÜNE		LINKE		AfD	
<u>Änderungsantrag Nr. 3</u>		<u>Änderungsantrag Nr. 9</u>		<u>Änderungsantrag Nr. 10</u>		<u>Änderungsantrag Nr. 12</u>	
2026: + 2.578.000 2027: + 2.570.000		2026: + 2.500.000 2027: + 2.500.000		2026: + 4.297.000 2027: + 4.254.000		2026: + 450.000 2027: + 450.000	
a) Begründung zum Änderungsantrag Mehrbedarf und Schaffung von zwei neuen Teilansätzen		a) Begründung zum Änderungsantrag Zu TA 6: Streichung der Freiwilligenkoordination in der Wohnungsnotfallhilfe aufgrund der hohen Bedarfe nicht angebracht. Korrektur der Streichung		a) Begründung zum Änderungsantrag Rücknahme der Kürzungen		VE 2026: + 400.000 VE 2027: + 500.000	
b) Titelerläuterung/ (verbindliche Erläuterung) *		b) Titelerläuterung/ (verbindliche Erläuterung)*		b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)*		a) Begründung zum Änderungsantrag	
Anpassung der Tabelle TA 8: Landesprogramm „Mobile Stadtteilarbeit“ 2026: 3.000.000 2027: 3.000.000		Zu TA 8: Erhöhung da äußerst erfolgreiches Projekt. Insbesondere zur Erreichung von Menschen außerhalb bisheriger Angebote		TA 5 „Beratungsstrukturen in Wohnraum“ Ansatz 2026: 1.500.000 Ansatz 2027: 1.500.000		TA 10 (neu): Wohnhilfe mit Werkstattanschluss Modellprojekt: Werkstattangebot für wohnungslose Menschen	
Ergänzung der Tabelle: TA10 (neu): Behindertenparlament 2026: 100.000 2027: 100.000		zu TA 6 Projekte für wohnungslose Menschen, Stärkung des Teilprojekts Freiwilligenkoordination in der Wohnungsnotfallhilfe Ansatz 2026: 3.852.000 Ansatz 2027: 3.885.000		TA 6 „Projekte für wohnungslose Menschen inkl. Housing First“ Ansatz 2026: 4.326.000 Ansatz 2027: 4.326.000		Leicht zugängliche Werkstattangebote bieten wohnungslosen Menschen die Möglichkeit, vorhandene handwerkliche Fähigkeiten zu nutzen und weiterzuentwickeln. Das Projekt verbindet Unterkunft mit praxisorientierter Werkstattarbeit in Bereichen wie Holzverarbeitung, Fahrradreparatur oder Textildesign. Es stärkt Eigenverantwortung, fördert soziale Stabilisierung und eröffnet wohnungslosen Menschen neue	
TA11 (neu): Freiwilligenkoordination in der Wohnungsnotfallhilfe				TA 8 „Landesprogramm „Mobile Stadtteilarbeit“ Ansatz 2026: 3.000.000 Ansatz 2027: 3.000.000			

Lfd. Nr.	Seite HH- Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
2026: 184.000 2027: 184.000				TA 8: Landesprogramm „mobile Stadtteilarbeit“ Ansatz 2026: 3.006.000 Ansatz 2027: 3.014.000			Perspektiven der gesellschaftlichen Einbindung. <i>b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)*</i> TA 10 (neu): Förderung von Werkstattprojekten für wohnungslose Menschen 2026: +150.000/ 2027: +150.000 Ab dem Haushaltsjahr 2026, zunächst als Modellprojekt für 2 Jahre. <i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> TA 11 (neu), Rückkehrberatung mit Perspektive In Berlin leben zahlreiche ausländische wohnungslose Menschen ohne Perspektive auf Integration in das Regelsystem. Ein freiwilliges Rückkehrprogramm mit sozialer Beratung und Reintegrationshilfe kann eine würdige Alternative bieten. Ziel ist die Unterstützung bei der Rückkehr ins Herkunftsland, verbunden mit individueller Beratung, Reiseorganisation und finanzieller Starthilfe. Die Maßnahme soll in Kooperation mit internationalen Organisationen (z. B. IOM) und lokalen Partnern im Herkunftsland umgesetzt werden. <i>b) Titelerläuterung/(verbindliche</i>

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
							<i>Erläuterung)*</i> TA 11 (neu): Förderung eines Modellprojekts zur freiwilligen Rückkehr und Reintegration ausländischer obdachloser Menschen. Die Maßnahme umfasst Beratung, Organisation der Rückreise und Unterstützung bei der sozialen Wiedereingliederung im Herkunftsland. 2026: +300.000/ 2027: +300.000
Abstimmungsergebnis: Einstimmig <u>angenommen</u> mit CDU, SPD, GRÜNE und LINKE bei Enthaltung AfD			Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich <u>abgelehnt</u> mit CDU, SPD und AfD gegen GRÜNE und LINKE		Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich <u>abgelehnt</u> mit CDU, SPD und AfD gegen GRÜNE und LINKE	Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich <u>abgelehnt</u> mit CDU, SPD, GRÜNE und LINKE gegen AfD	
127.	a)	165f.	1150	68431	Zuschüsse für integrierte Förderprogramme aus dem Rahmenfördervertrag mit den Wohlfahrtsverbänden Welche Träger sollen in welcher Höhe voraussichtlich Zuwendungen für welche Projekte erhalten? Stellen Sie dazu bitte auch die Werte der letzten 3 Jahre dar. Welche Projekte verlassen das ISP, werden in andere Titel umgesetzt und kommen neu hinzu? Bitte mit jeweiliger Mittelhöhe darstellen. Wie wurde die LIGA der Wohlfahrtspflege bei der Weiterentwicklung des ISP eingebunden? Welche Idee verfolgt der Senat beim Umbau des ISP? In welchem Verhältnis steht die Vorsorge der Tarifmittel zur Tarifvorsorge in Kapitel 1100? Auf welcher Grundlage wurde die Tarifvorsorge berechnet? Warum ist für 2027 eine fast dreifache Vorsorge getroffen worden?	GRÜNE	Bericht Nr. 105
	b)	165f.	1150	68431	1. Bitte für jedes im Rahmen des Integrierten Sozialprogramms (ISP) geförderte Projekt auflisten (jeweils für 2025 und 2026), in welcher Höhe Mittel im Doppelhaushaltsentwurf vorgesehen sind. Bitte zudem ggf. Aufwüchse oder Kürzungen gegenüber dem Ansatz von 2025	LINKE	

Lfd. Nr.		Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
					Rahmenfördervertrag mit den Wohlfahrtsverbänden	darstellen. 2. Wie berechnet sich die in TA 2 abgebildete Tarifmittelvorsorge und können weitere Tarifmittel etwa aus der Vorsorge aus dem Kopfkapitel angerufen werden? Sind in ausreichender Weise Tarifmittel im Haushalt vorgesehen, um alle Tarifierpassungen im TV-L der Jahre 2024 und 2025 sowie kommende Tarifierpassungen in den Jahren 2026 und 2027 bei den geförderten Zuwendungsprojekten nachzuvollziehen?		
	c)	165f.	1150	68431	Zuschüsse für integrierte Förderprogramme aus dem Rahmenfördervertrag mit den Wohlfahrtsverbänden	· Bitte um Auflistung der Einzelprojekte (Name) unter Angabe des Trägers, Erläuterung der <i>Ansatz-/Ist</i>-Werte in 2024 und 2025 sowie Entwicklungen für die kommenden Haushaltsjahre 2026/27. · Welche Kalkulationsgrundlage liegt der Mittelerhöhung bei Nr. 2 zugrunde? · Warum liegen keine Nutzeranalyse-Daten vor (Gender Budget, S.165,) bzw., wann ist mit der dazugehörigen Statistik zu rechnen? Sofern zwischendurch vorhanden, wie stellt sich die Entwicklung der Nutzer in den Jahren 2024 und 2025 dar?	AfD	
128.	a)	166	1150	68432	Zuschüsse für besondere soziale Projekte	Zu 1) Welche Projekte werden in welchen Sozialräumen durch diese Mittel finanziert?	CDU SPD	Bericht Nr. 106
	b)	166	1150	68432	Zuschüsse für besondere soziale Projekte	Welche Stadtteile und Einrichtungen werden für die Weiterentwicklung ausgewählt? Wie gestaltet sich dieser Prozess? Wer ist eingebunden? Stellen Sie bitte die bisherigen Projekte mit Mittelabrufen dar.	GRÜNE	
	c)	166	1150	68432	Zuschüsse für besondere soziale Projekte	· Wie bewertet der Senat die haushaltspolitische Nachhaltigkeit der Kofinanzierung im Titel 68432, insbesondere im Hinblick auf die langfristige Absicherung der Projekte „Teilhabeorientiertes Sozialraummanagement“ und „Stadtteilzentren III“ nach Auslaufen der EU-Förderperiode 2021–2027?	AfD	

Lfd. Nr.		Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
						- Welche Wirkungskontrollen bestehen für die eingesetzten Landesmittel, und wie wird sichergestellt, dass die Mittel zielgerichtet und sozialräumlich wirksam eingesetzt werden? - Wie setzt sich die Mittelverwendung nach Art der Ausgaben zusammen, und wie wird sichergestellt, dass die Mittel effektiv und zielgerichtet eingesetzt werden?		
129.	a)	167	1150	68455	Zuschüsse zur Bildung und Förderung von Stadtteilzentren	Sind weitere Stadtteilzentren geplant oder bleibt es bei der jetzt erreichten Zahl? Stellen Sie bitte die Mittelabrufe aller Zentren dar.	GRÜNE	Bericht Nr. 107
	b)	167	1150	68455	Zuschüsse zur Bildung und Förderung von Stadtteilzentren	1. Wie berechnet sich die in TA 2 abgebildete Tarifmittelvorsorge und können weitere Tarifmittel etwa aus der Vorsorge aus dem Kopfkapitel angerufen werden? Sind in ausreichender Weise Tarifmittel im Haushalt vorgesehen, um alle Tarifierpassungen im TV-L der Jahre 2024 und 2025 sowie kommende Tarifierpassungen in den Jahren 2026 und 2027 bei den geförderten Zuwendungsprojekten nachzuvollziehen? 2. Wie hoch ist der Ansatz für Personal und wie hoch für Sachmittel? 3. Plant der Senat weitere Stadtteilzentren in den Jahren 2026 und 2027?	LINKE	
	c)	167	1150	68455	Zuschüsse zur Bildung und Förderung von Stadtteilzentren	- Welche Kalkulationsgrundlage liegt der Mittelerhöhung bei Nr. 2 zugrunde? - Wie hat sich das Arbeitsaufkommen in den Stadtteilzentren im Verhältnis zur Entwicklung der Beschäftigtenzahlen und VZÄ in den Jahren 2022 bis 2024 verändert? Welche Aufgabenbereiche haben den Personalzuwachs verursacht, und wie wird die Effizienz des Mitteleinsatzes im Verhältnis zur tatsächlichen Nutzung (z. B. Besucherzahlen) bewertet? - Wann ist mit einer belastbaren Auswertung der Besucherstatistik für 2024 zu rechnen?	AfD	

Lfd. Nr.		Seite HH- Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
ÄÄ		167	1150	68455	Zuschüsse zur Bildung und Förderung von Stadtteilzentren	Ansatz 2026: 20.349.000 Ansatz 2027: 20.592.000		
Änderungsanträge der Fraktionen								
							AfD <u>Änderungsantrag Nr. 13</u> 2026: +/- 0 2027: +/- 0 a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> TA 12 (neu), Qualitativen Erfolgskontrolle im Rahmen der Förderung nach Titel 68455. b) <i>Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)*</i> Die Förderung von rund 80 Stadtteilzentren erfolgt bislang pauschal und ohne systematische Erfolgskontrolle. Angesichts des hohen Mittelvolumens und der sozialen Bedeutung der Einrichtungen ist eine qualitative Bewertung der Zielerreichung erforderlich. (Die bisherige Bewertung über Besucherzahlen und Ehrenamt reicht nicht aus, um die Wirkung der	

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Bemerkungen
							eingesetzten Mittel haushaltspolitisch nachvollziehbar zu machen (Vgl. Bericht Nr. 107 der Sammelvorlage). b) <i>Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)*</i> <i>Einführung und Umsetzung einer qualitativen Erfolgskontrolle, die die Wirkung der geförderten Maßnahmen systematisch und nachvollziehbar bewertet</i> Die Erfolgskontrolle ist innerhalb des bestehenden Mittelrahmens umsetzbar. Sie erfordert keine zusätzlichen Mittel, sondern eine Anpassung der Förderpraxis. Die Maßnahme dient der haushaltspolitischen Konsolidierung und Effizienzsteigerung im Titel 68455.
							Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich <u>abgelehnt</u> mit CDU, SPD, GRÜNE und LINKE gegen AfD
130.		168	1150	68484	Zuschüsse nach der Werkstätten-Mitwirkungs-verordnung (WMVO)	Wie viele Mittel waren im Haushalt 2024/25 für die Finanzierung von WRD e.V. in den Jahren 2024/25 und wie viele für die Finanzierung von Frauen.Machen.Stark e.V. im Jahr 2025 eingeplant (bitte für jeden Verein einzeln aufschlüsseln)? Welche Summe wurde an WRD e.V. und welche an Frauen.Machen.Stark e.V. überwiesen? Sind die Verfahren für beide Vereine identisch, d.h. hat das Land Berlin als Träger der Eingliederungshilfe diesen Betrag zu überweisen?	GRÜNE <i>Bericht Nr. 108</i>
131.	a)	171	1150 MG 32	51185	Dienstleistungen für die verfahrens-	Wie hoch ist das prognostizierte Ist im Jahr 2025 und welche Projekte wurden davon finanziert? Welche Einsparungen und Verbesserungen konnten durch diese Projekte erzielt werden?	CDU SPD <i>Bericht Nr. 109</i>

Lfd. Nr.		Seite HH- Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
					abhängige IKT	Zu 1) Welche Vorhaben sollen im Politikfeld Soziales vorangetrieben werden? Zu 2) Wie hoch waren die Ausgaben in diesem Bereich in den letzten beiden Jahren? Zu 3) Welche neuen Verfahren sollen entwickelt werden?		
	b)	171	1150 MG 32	51185	Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT	Stellen Sie bitte zu allen Teilansätzen die genauen Projekte dar. Ist ein Ersatz für die „Sozialplattform“ geplant? Wird es Mittel für die Integration des Berliner Teilhabeinstrumentes in das System des LAF geben? Wenn nicht in diesem Titel, dann an anderer Stelle?	GRÜNE	
ÄÄ		171	1150 MG 32	51185	Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT	Ansatz 2026: 9.092.000 Ansatz 2027: 8.969.000 VE 2026: 12.111.000 VE 2027: 6.823.000		
Änderungsanträge der Fraktionen								
					GRÜNE			
					<u>Änderungsantrag Nr. 10</u>			
					2026: + 2.000.000 2027: + 2.000.000			
					a) Begründung zum Änderungsantrag zu TA 5 (Neu): „Unterstützung der bezirklichen Sozialämter bei der Digitalisierung“. Katastrophale Zustände			

Lfd. Nr.	Seite HH- Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag		Fraktion	Bemerkungen
				in den Sozialämtern. Abhilfe nötig zu TA 6 (Neu): „Einführung digitaler Berechtigungsnachweis / BerlinPass“. Keine Mittel zur Lösung der Problemlage um die digitale Ausstellung des Berechtigungsnachweis eingestellt b) <i>Titelerläuterung/ (verbindliche Erläuterung)*</i> zu TA 5 (Neu): Unterstützung der bezirklichen Sozialämter bei der Digitalisierung Ansatz 2026: 1.500.000 Ansatz 2027: 1.500.000 zu TA 6 (Neu): Einführung digitaler Berechtigungsnachweis / BerlinPass Ansatz 2026: 500.000 Ansatz 2027: 500.000				
				Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich <u>abgelehnt</u> mit CDU und SPD gegen GRÜNE und LINKE bei Enthaltung AfD				
132.		171f.	1150 MG 32	52536	Aus- und Fortbildung für die verfahrens- abhängige IKT	Welche Fachverfahren sollen in beiden Ansätzen geschult werden? Wer ist Zielgruppe der Schulungen (landes- und/oder bezirkliche Stellen)?	GRÜNE	<i>Bericht Nr. 110</i>
133.		173	1150	titelüber- greifend	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für	Bitte um konkrete Darstellung, wie sich das Absinken der Ausgaben gegenüber 2025 im Einzelnen zusammensetzt.	LINKE	<i>Bericht Nr. 111</i>

Lfd. Nr.		Seite HH- Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
					Investitionen			
Kapitel 1160 – LAGeSo – Leitung der Behörde und Service								
134.		179ff.	über- greifend 1160-1167		LaGeSo	1. Vor dem Hintergrund der seit Jahren bestehenden Überlastung des LAGeSo, der erheblichen Zuwächse bei Anerkennungsverfahren ausländischer Berufsabschlüsse sowie jüngster Vorkommnisse in Pflegeheimen, die auf strukturelle Defizite in der Heimaufsicht hinweisen: Wie gedenkt der Senat im DHH 2026/27 die personellen und finanziellen Ressourcen so zu bemessen und zu verstärken, dass die Leistungsfähigkeit des LAGeSo nachhaltig gesichert und die Aufgabenerfüllung trotz steigender Verfahrenszahlen gewährleistet werden kann? Welche konkreten Titelansätze im DHH 2026/27 sollen mit welcher Zweckbestimmung zur Effizienzsteigerung und Personalstabilisierung eingesetzt werden? Welche messbaren Zielwerte (z. B. Bearbeitungsdauer von Anerkennungen, Heimkontrollen pro Jahr, VZÄ-Aufbau) werden verbindlich vorgegeben, und wie will der Senat deren Einhaltung im Haushaltsvollzug kontrollieren?	AfD	

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
2027: + 90.000							
a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Mehrbedarf							
Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich <u>angenommen</u> mit CDU, SPD, GRÜNE und LINKE gegen AfD							
Kapitel 1162 – LAGeSo – Gesundheits- und Verbraucherschutz							
					Keine Einreichungen		
Kapitel 1164 – LAGeSo – Versorgung							
ÄÄ		215	1164	68145	Geldleistungen an Opfer von SED- Unrecht	Ansatz 2026: 31.600.000 Ansatz 2027: 31.600.000	
Änderungsanträge der Fraktionen							
			GRÜNE <u>Änderungsantrag Nr. 11</u> 2026: - 1.000.000 2027: - 1.000.000 a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Zu TA 1: Anpassungen da Mittelabruf geringer erwartet wird. Zur Gegenfinanzierung genutzt				

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Bemerkungen
			b) Titelerläuterung/ (verbindliche Erläuterung)* Ansatz 2026: 30.600.000 Ansatz 2027: 30.600.000				
			Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich <u>abgelehnt</u> mit CDU, SPD und AfD gegen GRÜNE und LINKE				
Kapitel 1166 – LAGeSo – Soziales							
135.		229	1166 MG 01	35998	Entnahme aus der Rücklage der Ausgleichsabgabe nach dem Sozialgesetzbuch -Neuntes Buch-	Stellen Sie bitte den Bestand und die Entwicklung der Rücklage der letzten 10 Jahre dar.	GRÜNE <i>Bericht Nr. 113</i>
136.		230	1166 MG 02	18212	Rückflüsse von Darlehen nach dem SGB XII und AsylbLG	1. Wie plausibilisiert der Senat die gleichbleibende Veranschlagung der Rückflüsse aus Darlehen nach dem SGB XII und dem AsylbLG in Höhe von jährlich 228.000 EUR, obwohl die tatsächlichen Rückzahlungsleistungen erfahrungsgemäß erheblichen Schwankungen unterliegen? 2. Was ist der Ist-Wert in 2025? 3. Wie bewertet der Senat das Verhältnis zwischen gewährten Darlehen und tatsächlichen Rückflüssen im Sinne der haushaltsrechtlichen Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit? 4. Gibt es Überlegungen, die Rückflüsse differenzierter nach Rechtskreisen (SGB XII vs. AsylbLG) oder Darlehensarten (z. B. Mietkaution, Heizkostennachzahlung) zu erfassen, um die Steuerungsfähigkeit und Transparenz zu erhöhen? 5. Wie viele Darlehensfälle nach dem SGB XII und dem AsylbLG wurden in den Jahren 2022 bis 2024 jeweils gewährt,	AfD <i>Bericht Nr. 114</i>

Lfd. Nr.		Seite HH- Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
						wie viele davon wurden vollständig oder teilweise zurückgezahlt und wie hoch sind die jeweils offenen Rückzahlungsbeträge zum Jahresende? [Bitte differenziert nach Rechtskreis (SGB XII vs. AsylbLG), Darlehensart (z. B. Mietkaution, Heizkosten) und Jahr.] 6. Welche Rückzahlungsquote ergibt sich daraus und wie bewertet der Senat diese im Verhältnis zur Höhe der gewährten Darlehen? 7. Welche Maßnahmen zur Verbesserung der Rückflüsse und zur Minimierung von Ausfällen wurden ergriffen oder sind geplant (sofern zutreffend)?		
137.		230	1166 MG 02	23133	Anteil des Bundes an der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII	1. Wie viele Leistungsberechtigte Personen nach dem 4. Kapitel SGB XII (Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) wurden in den Jahren 2022 bis 2025 jeweils erfasst, und wie hoch waren die durchschnittlichen monatlichen Leistungen pro Person? 2. Wie hoch ist der Anteil der Leistungsberechtigten im Alter gegenüber jenen mit dauerhafter Erwerbsminderung? 3. Welche strukturellen oder demografischen Entwicklungen (z. B. Altersarmut, Zuwanderung, Rentenlücken) erwartet der Senat für die Jahre 2026/27, und wie wurden diese in der Fortschreibung des Ansatzes berücksichtigt?	AfD	Bericht Nr. 115
138.		231	1166 MG 02	28125	Ersatz von Wohngeld für Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen nach dem SGB XII und AsylbLG	Wie viele Erstattungsfälle wurden in den Jahren 2022 bis 2025 jeweils abgerechnet, und in welcher Höhe standen diesen Einnahmen die korrespondierenden Ausgaben bzw. besteht eine strukturelle Unterdeckung zwischen Einnahmen und Ausgaben?	AfD	Bericht Nr. 116

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Bemerkungen
139.	233	1166	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Bitte den starken Aufwuchs erklären.	GRÜNE	Nach Aussprache erledigt (s. Inhaltsprotokoll 19/56)
140.	233	1166	42811	Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten	Bitte die starke Reduktion der Personalkosten in 2027 erklären.	GRÜNE	Nach Aussprache erledigt (s. Inhaltsprotokoll 19/56)
141.	234	1166	53101 (neu)	Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit	1. Welche Maßnahmen sollen konkret zur Ausweitung des GMS ergriffen werden? 2. Bis wann geht der Senat davon aus, dass die angestrebte Verdopplung des Wohnungskontingents im GMS erreicht werden kann?	LINKE	Bericht Nr. 117
142.	235	1166	67122	Ersatz von Ausgaben an Wohnungsbau- gesellschaften	1. Warum wird der Ansatz abgesenkt, wenn eigentlich eine Ausweitung des GMS geplant ist? 2. Was war die Berechnungsgrundlage für die zu ersetzenden Ausgaben an Wohnungsbau- gesellschaften und mit wie vielen Wohnungen im GMS hat der Senat für die Jahre 2026 und 2027 gerechnet?	LINKE	Bericht Nr. 118
143.	241	1166 MG 01	68298	Leistungen an öffentliche Unternehmen aus der Ausgleichsabgabe nach dem Sozialgesetzbuch -Neuntes Buch-	1. Wie bewertet der Senat die stark schwankenden Ansätze im Titel 68298 (2026: 3,349 Mio. EUR, 2027: 824 Tsd. EUR) im Verhältnis zur tatsächlichen Mittelbindung aus den Verwaltungsvereinbarungen mit der Bundesagentur für Arbeit und den Jobcentern? 2. Wie viele schwerbehinderte Menschen wurden durch die geförderten Programme in den Jahren 2022–2024 tatsächlich in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung vermittelt? 3. Welche konkreten Maßnahmen wurden mit den Mitteln der	AfD	Bericht Nr. 119

Lfd. Nr.		Seite HH- Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Bemerkungen
						Ausgleichsabgabe finanziert, und wie wird deren Wirkung evaluiert?		
144.		245	1166 MG 02	63615	Nichtstationäre Krankenhilfe	Bitte um Erläuterung zur Mittelverwendung unter Angabe der <i>Ansatz- /Ist-Werte</i> in 2024 und 2025, zu den Begünstigtenzahlen (nach d. jew. Rechtskreis) und der Leistungsart.	AfD	<i>Bericht Nr. 120</i>
145.		245	1166 MG 02	63625	Stationäre Krankenhilfe	Bitte um Erläuterung zur Mittelverwendung unter Angabe der <i>Ansatz- /Ist-Werte</i> in 2024 und 2025, zu den Begünstigtenzahlen (nach d. jew. Rechtskreis) und der Leistungsart.	AfD	<i>Bericht Nr. 121</i>
146.		245	1166 MG 02	63635	Sonstige Krankenhilfe- leistungen	Bitte um Erläuterung zur Mittelverwendung unter Angabe der <i>Ansatz- /Ist- Werte</i> in 2024 und 2025, zu den Begünstigtenzahlen (nach d. jew. Rechtskreis) und der Leistungsart.	AfD	<i>Bericht Nr. 122</i>
147.		246	1166 MG 02	67116	Stationäre Hilfe zur Pflege nach SGB XII und AsylbLG	Bitte um Erläuterung zur Mittelverwendung unter Angabe der <i>Ansatz- /Ist-Werte</i> in 2024 und 2025, zu den Begünstigtenzahlen (nach d. jew. Rechtskreis) und Art der Leistung.	AfD	<i>Bericht Nr. 123</i>
148.		246	1166 MG 02	67126	Eingliederungs- hilfe für behinderte Menschen nach SGB XII und AsylbLG	Bitte das prognostizierte Ist für 2025 darstellen.	GRÜNE	<i>Bericht Nr. 124</i>
149.	a)	246	1166 MG 02	67133	Eingliederungs- hilfe nach dem SGB IX für Menschen mit Behinderungen	Von welchen Fallzahlen wird hier ausgegangen? Bitte die Fallzahlen der letzten 5 Jahre darstellen und die Prognosen für die beiden nächsten Jahre. Mit welchen Tarifsteigerungen rechnet der Senat in diesem Bereich? Welche Pläne zur sogenannten „Dämpfung“ der Kosten verfolgt die Senatsverwaltung? Welche Auswirkungen wird der neue öffentliche Vertrag auf die Kostenentwicklung haben?	GRÜNE	<i>Bericht Nr. 125</i>

Lfd. Nr.		Seite HH- Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Bemerkungen
	b)	246	1166 MG 02	67133	Eingliederungs- hilfe nach dem SGB IX für Menschen mit Behinderungen	Bitte um Erläuterung zur Mittelverwendung unter Angabe der <i>Ansatz-/Ist-Werte</i> in 2024 und 2025, zu den Begünstigtenzahlen (nach d. jew. Rechtskreis) und Art der Leistung.	AfD	
150.		247	1166 MG 02	68105	Leistungen nach dem 4. Kapitel SGB XII für Personen, die die Altersgrenze noch nicht erreicht haben	Wie haben sich die Zahlen der Leistungsempfänger i. Vgl. zur Vorperiode entwickelt? Bitte um Erläuterung zur Mittelverwendung unter Angabe der <i>Ansatz-/Ist-Werte</i> in 2024 und 2025, zu den Begünstigtenzahlen (nach d. jew. Rechtskreis) und Art der Leistung.	AfD	<i>Bericht Nr. 126</i>
151.		247	1166 MG 02	68107	Laufende Leistungen zum Lebensunterhalt nach SGB XII und AsylbLG	Bitte um Erläuterungen und Angabe der <i>Ansatz/Ist-Werte</i> für 2024 und 2025. Wie haben sich die Zahlen der Leistungsempfänger und die Leistungsvolumina nach Art der Leistung (z. B. Unterkunft, Heizung) i. Vgl. zur Vorperiode entwickelt?	AfD	<i>Bericht Nr. 127</i>
152.		247	1166 MG 02	68115	Leistungen nach dem 4. Kapitel SGB XII für Personen, die die Altersgrenze erreicht haben	Bitte um Erläuterungen. Wie haben sich die Zahlen der Leistungsempfänger in 2024 und 2025 i. Vgl. zur Vorperiode entwickelt?	AfD	<i>Bericht Nr. 128</i>
153.	a)	247	1166 MG 02	68128	Ambulante Hilfe zur Pflege nach SGB XII und AsylbLG	Wie hoch waren die Ausgaben für das Arbeitgebermodell in den Jahren 2024 und 2025? Wie hoch ist die Veranschlagung für die Haushaltsjahre 2026 und 2027 und welche Tarifvertragsdetails werden zukünftig nicht finanziert? Wie hoch sind die durchschnittlichen Kosten pro Stunde im Arbeitgebermodell für das Land Berlin im Vergleich zu den Diensten?	CDU SPD	<i>Bericht Nr. 129</i>

Lfd. Nr.		Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
	b)	247	1166 MG 02	68128	Ambulante Hilfe zur Pflege nach SGB XII und AsylbLG	Bitte das Ist 2025 darstellen. Mit welchen Eingruppierungen für das Arbeitgebermodell und Dienstleistermodell rechnet die Verwaltung? Stellen Sie bitte die Nutzer*innenzahlen für beide Modelle dar. Von welchen Tarifsteigerungen geht die Verwaltung aus?	GRÜNE	
	c)	247	1166 MG 02	68128	Ambulante Hilfe zur Pflege nach SGB XII und AsylbLG	1. Warum geht die Senatsverwaltung davon aus, dass das Ist von 2024 gehalten werden kann? Welche Kostensteigerung unterstellt die Senatsverwaltung in diesem Titel und wäre es nicht realistischer, mit einem Anstieg der Kosten zu rechnen? 2. Wurde Vorsorge für die Tarifangleichung für im Arbeitgeber:innenmodell beschäftigte persönlichen Assistent:innen getroffen, wie im Tarifvertrag mit AAPA vereinbart?	LINKE	
	d)	247	1166 MG 02	68128	Ambulante Hilfe zur Pflege nach SGB XII und AsylbLG	Bitte um Erläuterungen sowie Angabe der <i>Ansatz/Ist</i> -Werte (2024/2025). Wie haben sich die Zahlen der Leistungsempfänger und die Leistungsvolumina nach Art der Leistung i. Vgl. zur Vorperiode entwickelt? In welcher Höhe werden Mittel für die Persönliche Assistenz im Arbeitgeberinnen-Modell bereitgestellt? Wie viele Leistungsberechtigte erhalten Leistungen der Persönlichen Assistenz im Arbeitgebermodell (AGM) gemäß § 78 SGB IX, und wie bewertet der Senat die haushaltsrechtliche und sozialpolitische Angemessenheit der aktuellen Pauschalen? Bitte um Darstellung der Fallzahlen und durchschnittlichen Leistungshöhen für AGM vs. Assistenzdienst. Welche haushaltsrechtlichen Maßnahmen sind geplant, um die Gleichstellung und Funktionsfähigkeit des AGM sicherzustellen?	AfD	
ÄÄ		247	1166 MG 02	68128	Ambulante Hilfe zur Pflege nach SGB XII und	Ansatz 2026: 105.260.000 Ansatz 2027: 105.260.000		

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
				AsylbLG			
Änderungsanträge der Fraktionen							
				GRÜNE	LINKE	AfD	
				<u>Änderungsantrag Nr. 12</u>	<u>Änderungsantrag Nr. 11</u>	<u>Änderungsantrag Nr. 14</u>	
				2026: + 3.000.000 2027: + 3.000.000	2026: + 34.739.000 2027: + 41.541.000	2026: + 1.500.000 2027: + 1.700.000	
				a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Refinanzierung des Tarifvertrages im Arbeitgebermodell	a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Anpassung des unterdeckten Titels auf die tatsächlich zu erwartenden Kosten in Höhe von zusätzlich 25.763.000 Euro in 2026 und 32.117.000 Euro in 2027 sowie zusätzliche Mittel in Höhe von 8.976.000 Euro in 2026 und 9.424.000 Euro in 2027 zur Refinanzierung des Tarifvertrags der Assistent:innen im Arbeitgebermodell.	a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Sicherstellung der Refinanzierung tariflicher Mehrkosten im Arbeitgebermodell der Persönlichen Assistenz.	
				b) <i>Titelerläuterung/ (verbindliche Erläuterung)*</i> Einfügen verbindliche Erläuterung: Die durch den für den Tarifvertrag der Arbeitgebenden im Arbeitgebermodell entstandenen Aufwendungen werden übernommen“		Die Persönliche Assistenz im Arbeitgebermodell (AGM) ist ein zentrales Instrument zur Sicherung von Selbstbestimmung und Teilhabe für Menschen mit Behinderungen. Die im Jahr 2021 zwischen der AAPA und ver.di geschlossene Tarifvereinbarung sieht eine Eingruppierung der Assistentinnen in <i>Entgeltgruppe E5</i> sowie Regelungen zur Rufbereitschaft vor. Die bisherige haushaltsrechtliche Praxis berücksichtigt jedoch nur die E3, was zu einer strukturellen Unterfinanzierung führt und die Funktionsfähigkeit des AGM gefährdet.	

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
							b) <i>Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)*</i> Refinanzierung der tariflich vereinbarten Mehrkosten, der Sicherung der Wahlfreiheit zwischen Assistenzformen und der Vermeidung einer Abwärtsspirale bei der Qualität und Verfügbarkeit von Assistenzleistungen im AGM. <i>Deckungsvorschlag:</i> Die Finanzierung erfolgt aus Einsparungen durch Änderungsanträge in anderen Titeln des EP 11, ArbSoz. 2026: +1.500.000/ 2027: +1.700.000
				Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich <u>abgelehnt</u> mit CDU und SPD gegen GRÜNE und LINKE bei Enthaltung AfD	Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich <u>abgelehnt</u> mit CDU, SPD und AfD gegen GRÜNE und LINKE		Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich <u>abgelehnt</u> mit CDU, SPD, GRÜNE und LINKE gegen AfD
Kapitel 1167 – LAGeSo – Öffentlicher Gesundheitsdienst und ärztliche Begutachtungen							
					Keine Einreichungen		

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
Einzelplan 27 – Zuweisungen an und Programme für die Bezirke							
Kapitelübergreifende Berichtsanträge							
154.			über-greifend EP 27		Tarifvorsorge	Mit welcher Tarifvorsorge plant der Senat für die bezirklichen Zuwendungsempfänger?	GRÜNE <i>Bericht Nr. 130</i>
Kapitel 2711 – Aufwendungen der Bezirke – Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung							
155.	a)	335f.	2711	68404	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen im Rahmen der Berliner Kältehilfe	Bitte erklären Sie die Kürzungen in der Kältehilfe und stellen Sie diese ggf. projektscharf im Vergleich zu den Ist 2024/25 dar.	GRÜNE
	b)	335f.	2711	68404	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen im Rahmen der Berliner Kältehilfe	1. Warum wurden die Mittel in 2024 und voraussichtlich in 2025 nicht vollständig ausgeschöpft? 2. Mit welchem Bedarf an Kältehilfeplätzen rechnet die Senatsverwaltung angesichts der steigenden Obdachlosenzahlen für die Saison 2025/26 und 2026/27 3. Welche Konsequenzen ergeben sich aus der Kürzung der Mittel für die Kältehilfe für die Träger von Kältehilfeeinrichtungen? 4. Wie erklärt sich die Kürzung bei der Hitzehilfe? Welche Maßnahmen sind im Rahmen der Hitzehilfe konkret in den Bezirken geplant?	LINKE
ÄÄ		335f.	2711	68404	Zuschüsse an soziale oder ähnliche	Ansatz 2026: 5.417.000 Ansatz 2027: 5.446.000	<i>Bericht Nr. 131</i>

Lfd. Nr.		Seite HH- Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
					Einrichtungen im Rahmen der Berliner Kältehilfe			
Änderungsanträge der Fraktionen								
						LINKE Änderungsantrag Nr. 12 2026: + 1.183.000 2027: + 1.154.000 a) Begründung zum Änderungsantrag Rücknahme der Kürzungen		
						Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich <u>abgelehnt</u> mit CDU, SPD und AfD gegen GRÜNE und LINKE		

Lfd. Nr.		Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Bemerkungen
156.	a)	337	2711	68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	Bitte die Kürzungen der Allgemeinen unabhängigen Sozialberatung (AUSB) in den Bezirken im Vergleich zu 2025 nach Bezirken und Beratungsstelle darstellen. Auf welcher (fachlichen) Grundlage wurden die Mittelveränderungen vorgenommen? Welche Einschränkungen der Beratungskapazitäten der AUSB sind infolge dieser Kürzung zu erwarten? Wie sollen die AUSB den steigenden Beratungsbedarf der Bürger mit eingeschränkten Kapazitäten decken? Inwiefern wird die Kürzung der AUSB voraussichtlich zu einer Unterversorgung armutsbetroffener und hilfebedürftiger Menschen führen?	CDU SPD	Bericht Nr. 132
	b)	337	2711	68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	Erklären Sie bitte die Einsparungen bei den allgemeinen unabhängigen Sozialberatungen? Wie verteilen sich die Mittel auf die Bezirke/Einrichtungen? Sind Schließungen von Beratungsstellen geplant? Auf welcher (fachlichen) Grundlage wurden die Mittelveränderungen vorgenommen? Welche Einschränkungen der Beratungskapazitäten der AUSB sind infolge dieser Kürzung zu erwarten? Wie sollen die AUSB den steigenden Beratungsbedarf der Bürger*innen mit eingeschränkten Kapazitäten decken oder wird es zu einer Unterversorgung armutsbetroffener und hilfebedürftiger Menschen kommen?	GRÜNE	

Lfd. Nr.		Seite HH- Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
	c)	337	2711	68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	1. Bitte um Darstellung der Ansätze und Kürzungen im Vergleich zu 2025 nach Bezirken und Beratungsstellen. 2. Auf welcher (fachlichen) Grundlage wurden die Mittelveränderungen vorgenommen? 3. Welche Einschränkungen der Beratungskapazitäten der AUSB sind infolge dieser Kürzung zu erwarten? 4. Welche Erkenntnisse hat der Senat zu steigendem Beratungsbedarf insbesondere in den Bereichen Obdachlosigkeit, Überschuldung, psychische und physische Krisen und Armut trotz Armut und Erwerbsarbeit? 5. Wie sollen die AUSB den steigenden Beratungsbedarf der Bürger*innen mit eingeschränkten Kapazitäten decken? 6. Inwiefern wird die Kürzung der AUSB voraussichtlich zu einer Unterversorgung armutsbetroffener und hilfebedürftiger Menschen führen? 7. Hat die Senatsverwaltung Folgekosten für die Sozialsysteme in ihre Berechnungen einbezogen?	LINKE	
ÄÄ		337	2711	68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	Ansatz 2026: 2.017.000 Ansatz 2027: 2.041.000		
Änderungsanträge der Fraktionen								
CDU/SPD					GRÜNE		LINKE	
Änderungsantrag Nr. 5					Änderungsantrag Nr. 13		Änderungsantrag Nr. 13	
2026: + 183.000 2027: + 159.000					2026: + 4.100.000 2027: + 4.200.000		2026: + 983.000 2027: + 959.000	
a) Begründung zum Änderungsantrag Mehrbedarf					a) Begründung zum Änderungsantrag Zu TA 1: Bisher nicht ausreichend finanziert.		a) Begründung zum Änderungsantrag Rücknahme der Kürzungen sowie Aufstockung der Mittel für die Allgemeine	

Lfd. Nr.	Seite HH- Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
b) Titelerläuterung/ (verbindliche Erläuterung) *			Anpassung der Tabelle TA 1 Allgemeine unabhängige Sozialberatung in den Bezirken 2026: 2.200.000 2027: 2.200.000		Zu TA 2 (Neu) „Fortführung sozialräumlicher Maßnahmen aus dem Sicherheitsgipfel“: Korrektur der ersatzlosen Streichung der bisherigen Mittel zur Bekämpfung der Folgen absoluter Armut im öffentlichen Raum	unabhängige Sozialberatung in den Bezirken	
b) Titelerläuterung/ (verbindliche Erläuterung)*			TA 1: Allgemeine unabhängige Sozialberatung in den Bezirken inkl. Schwerpunkt Beratung zur Altersarmutsprävention Ansatz 2026: 2.117.000€ Ansatz 2027: 2.241.000€		TA 2 (Neu): Fortführung sozialräumlicher Maßnahmen aus dem Sicherheitsgipfel Ansatz 2026: 4.000.000€ Ansatz 2027: 4.000.000€		
Abstimmungsergebnis: Einstimmig <u>angenommen</u> mit CDU, SPD und LINKE bei Enthaltung GRÜNE und AfD			Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich <u>abgelehnt</u> mit CDU, SPD und AfD gegen GRÜNE und LINKE		Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich <u>abgelehnt</u> mit CDU, SPD und AfD gegen GRÜNE und LINKE		
